

Von Hassel: Das macht ja keine Schwierigkeiten. Eine Verschiebung oder ein anderer Termin als Ende April ist nicht möglich. Wir haben alles genau geprüft.

Adenauer: Ihre Wünsche werden erfüllt, Herr Albers. – Damit können wir schließen. Ich stelle fest, daß wir harmonisch auseinandergehen, trotz der leidlichen Politik. Ich danke allen Landesvorsitzenden, speziell den Herren von Hassel, Altmeier, Blumenfeld und Fay, von ganzem Herzen für ihre mühevollen Arbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

10

Bonn, 9. November 1959

Sprecher: Adenauer, Adorno, Albers, Altmeier, Blumenfeld, von Brentano, Cillien, Dufhues, Erhard, Etzel, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kraske, Krone, [Lücke], Frau Rehling, Scheufelen, Schröder, Stingl, Stoltenberg, Frau Weber, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage. Aussprache über die Ergebnisse der Sitzung des Bundesausschusses vom 28. September 1959. Konstituierung der Fachausschüsse der Bundespartei. Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion bis 1961; Parteifinanzen; Rundfunkgesetz. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben eine Tagesordnung heute, die sehr viel enthält, die wir aber in Ruhe erledigen wollen. Deswegen darf ich beginnen, obwohl wir hier schwach besetzt sind.

Entschuldigt haben sich die Herren Meyers, Schmücker, Kiesinger, Osterloh und Noltenius – das ist sehr bedauerlich; denn ich habe daran gedacht, daß er uns einen Bericht über die Wahl in Bremen¹ geben würde. Es ist zwar nicht viel darüber zu berichten.

¹ Am 11. Oktober 1959: SPD 54,9 %, CDU 14,8 %, DP 14,5 %, FDP 7,1 % (FISCHER 1 S. 453f.).

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Zum Punkt 1: Bericht zur politischen Lage! Ich möchte mich verhältnismäßig kurz fassen, weil wir auf der Tagesordnung noch stehen haben: „Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion“ und sich bei der Besprechung dieses Punktes der Tagesordnung Anhaltspunkte für innenpolitische Betrachtungen ergeben. Innenpolitisch war sehr interessant die vergangene Woche und in der vergangenen Woche namentlich die außenpolitische Debatte im Bundestag.² Die außenpolitische Debatte war – das kann man ohne Übertreibung sagen – für unsere Fraktion ein voller Erfolg, und zwar sowohl in der Sache wie auch in der Form. Sie sehen das am besten daraus, daß die Sozialdemokraten, namentlich die Nicht-Spitzenleute – die Spitzenleute hielten sich mehr zurück –, bei dieser ganzen Affäre hinausgehen wollten. Noch interessanter ist, daß Herr Mommer, nachdem ihr letzter Sprecher, Carlo Schmid, gesprochen hatte – es waren noch vierzehn Abgeordnete gemeldet –, die CDU-Fraktion bat, abzubrechen und Schluß zu machen mit der gesamten außenpolitischen Debatte; eine außenpolitische Debatte, die von ihnen verlangt worden war. Ich glaube, es war gut, daß die CDU-Fraktion dem stattgegeben hat, sonst wäre die ganze Debatte am anderen Tage zerflattert in einer sehr unwürdigen Weise. Es stimmten dem Antrag auf Schluß der Debatte zu: unsere Fraktion, die SPD-Fraktion und die DP-Fraktion. Es lehnte ihn ab die FDP-Fraktion, und zwar deswegen, weil dem Vernehmen nach Herr Becker³ noch eine Rede präpariert hatte, die er gern gehalten hätte.

Ich habe mich gefreut, daß dieser Tag so gut für unsere Fraktion verlaufen ist, und zwar aus zwei Gründen. Einmal hatten wir seit eineinhalb Jahren keine große außenpolitische Debatte mehr im Bundestag gehabt. Seit dieser letzten außenpolitischen Debatte hatten sich mehrere Veränderungen innerhalb unserer Fraktion vollzogen. Es hat sich gezeigt, daß diese Veränderungen ausgeglichen sind und daß wir gute Redner haben in der Fraktion, auch bei so schwierigen Fragen wie in einer außenpolitischen Debatte. Der zweite Grund, warum wir Anlaß haben, zufrieden zu sein, ist folgender: Es zeigte sich in der Debatte immer wieder, daß der Deutschlandplan der Sozialdemokratie⁴ ihre verwundbarste Stelle ist. Sie ist selbst geteilt in der Beurteilung, wenn auch der größere Teil ihrer Fraktion – davon müssen wir Kenntnis nehmen – offenbar hinter dem Deutschlandplan steht. Wir dürfen also nicht den Deutschlandplan der SPD etwa nach dieser Debatte zur Seite legen, sondern wir müssen uns weiter damit beschäftigen; denn er wird – soweit man bis jetzt etwas darüber sagen kann – einer der Hauptpunkte im kommenden Wahlkampf sein.

2 Am 5. November 1959. – Sten.Ber. 3. WP Bd. 44 S. 4682–4786.

3 Dr. Max Becker (1888–1960), 1946 MdL Hessen (FDP), 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1960 MdB, ab Juli 1956 Bundestags-Vizepräsident.

4 Druck: AdG 1959 S. 7614f.

Ich möchte dann übergehen zur außenpolitischen Situation. Sie werden verstehen, daß ich mich auch da relativ kurz fasse und wenig sage, weil man sich vor den Konferenzen und Besprechungen, die in der nächsten Zeit stattfinden werden, natürlich nicht im Bundestag – das ist mir vorgeworfen worden –, aber auch nicht in einem so großen Kreis wie hier, ausführlich über all die Dinge, die eventuell auf den Konferenzen besprochen werden, auslassen kann. Zunächst wird die Besprechung in London sein, und zwar morgen in acht Tagen.⁵ Ich bin überzeugt davon, daß diese Aussprache mit dem Premierminister Macmillan gut verlaufen wird. Sie wissen, daß die ganze Unstimmigkeit zwischen England und uns eigentlich beruht auf den massiven Auslassungen der englischen Presse vor Jahresfrist gegen die Bundesrepublik überhaupt.⁶ Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß zur gleichen Zeit auch in einem Teil der amerikanischen Presse gegen die Bundesrepublik Deutschland sehr entschiedene Stellung genommen wurde. Es ist für mich ganz klar, daß hier Drahtzieher aus dem Osten dahinter waren. Ich habe von den Drahtziehern gesprochen. Warum die Sozialdemokratie mir das besonders übel genommen hat, weiß ich nicht. Das ist ihr Geheimnis. Ich habe Herrn Macmillan, als er im vergangenen Februar hier war nach seiner Moskareise, unter Vorlage einer Reihe von Presseäußerungen britischer Journalisten dargelegt, daß diese Stellungnahmen gegen die Bundesrepublik Deutschland mir ernste Sorgen machten, daß wir doch bemüht sein müßten, die Stimmung der öffentlichen Meinung in Großbritannien über Deutschland zu verbessern. Das war der eine Punkt, der uns immer wieder beschäftigte.

Der zweite Punkt ist der Rapacki-Plan. Er scheint aber jetzt von Großbritannien ad acta gelegt worden zu sein, worüber ich mich herzlich freue. Der dritte Punkt ist die Frage des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone. Erlauben Sie mir, darüber doch einige Worte zu sagen. Der Gemeinsame Markt muß betrachtet werden nicht in erster Linie als ein wirtschaftlicher Vertrag, sondern als ein politisches Instrument. Er muß im Zusammenhang betrachtet werden mit dem Europarat, der Montanunion und EURATOM, kurz und gut, es handelt sich hier um eine Reihe von politischen Fakten. Die EWG ist in der Hauptsache ein politischer Vertrag, der bezweckt, auf dem Wege über die Gemeinsamkeit der Wirtschaft zu einer politischen Integration Europas zu kommen. Ich darf Sie erinnern an den Norddeutschen Zollverein⁷ und daran, daß man im vorigen Jahrhundert über diese wirtschaftlichen Verträge zur politischen Einigung und Verständigung in Deutschland gekommen ist. Hier finden Sie ein Parallelstück.

5 Besuch Adenauers in Großbritannien vom 17. bis 19. November 1959 – AdG 1959 S. 806f.

6 Anlaß der antideutschen Kampagnen waren Kriegsverbrecherprozesse und antisemitische Aktivitäten. Vgl. ADENAUER: Teegespräche 1959–1961 S. 31; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 532f.

7 Vermengung von Deutschem Zollverein und Norddeutschem Bund. Bei dem Deutschen Zollverein handelt es sich um den Zusammenschluß deutscher Staaten von 1834 zur Schaffung einer deutscher Wirtschaftseinheit. Der Norddeutsche Bund bezeichnet den nach dem Deutschen Krieg von 1866 geschaffenen Zusammenschluß von Preußen und 17 norddeutschen Kleinstaaten in einem Bundesstaat.

Ich habe deswegen auch den britischen Herren, die mit mir gesprochen haben, gesagt: Wir sind bereit, den Nichtmitgliedern des Gemeinsamen Marktes auf wirtschaftlichem Gebiet soweit entgegenzukommen, daß der politische Zweck des EWG-Vertrages dadurch nicht gefährdet wird. Das muß unser Leitgedanke sein. Die übrigen Mitglieder des Gemeinsamen Marktes teilen diese Auffassung. Die Vereinigten Staaten haben sich zu diesen Fragen geäußert, aber nicht öffentlich, sondern intern. Mir hat Eisenhower, als er damals hier war, gesagt, die europäische Integration hält die Vereinigten Staaten fest an Europa. Das war ein sehr ernstes und sehr wichtiges Wort, das wir unter allen Umständen beachten müssen. Die Vereinigten Staaten haben sich auch durch ihren Unterstaatssekretär Dillon⁸ mit diesen wirtschaftlichen Fragen befaßt; ihr Standpunkt, kurz zusammengefaßt, ist folgender: Die EWG ist für die Vereinigten Staaten wirtschaftlich nicht angenehm, aber die Vereinigten Staaten gehen aus von der politischen Bedeutung dieses Vertrages, weil er auch nach ihrer Auffassung zur Integration Europas führen soll. Daher sind sie bereit, über die eventuellen wirtschaftlichen Nachteile, die die EWG für die Vereinigten Staaten hat, hinwegzusehen, und zwar im Interesse des politischen Zieles. Dillon hat aber hinzugefügt, wenn Großbritannien hinzukäme, dann würde der wirtschaftliche Nachteil für die Vereinigten Staaten so groß sein, daß sie dann nicht mehr ruhig zusehen könnten. Das ist also alles schwierig, meine Damen und Herren! Sie werden gelesen haben, daß der derzeitige Präsident der EWG, Herr Hallstein, neue Vorschläge⁹ gemacht hat. Wir müssen nun abwarten, ob diese neuen Vorschläge in Großbritannien und in den nordischen Ländern Beifall finden oder nicht. Jedenfalls darf ich nochmals wiederholen und unterstreichen: Unser Standpunkt ist der, soweit entgegenzukommen, wie dies der politische Zweck der EWG – der nicht gefährdet werden darf – zuläßt. Ich hoffe, daß sich in den nächsten Monaten eine Einigung mit den Ländern, die als Teilnehmer der Freihandelszone in Aussicht genommen worden sind, finden läßt.

Nach dem Besuch in London muß ich am 1. und 2. Dezember nach Paris.¹⁰ Eine Tagesordnung hierfür steht noch nicht fest; wir haben über eine Tagesordnung noch nicht gesprochen. Es handelt sich um eine Aussprache zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung über die gegenwärtige Lage in der Welt und über das kommende West-Gipfeltreffen und das dahinter stehende Ost-West-Gipfeltreffen. Dieses West-Gipfeltreffen findet am 19. Dezember und den folgenden Tagen in Paris statt.¹¹ Es soll im kleinsten Kreis gehalten werden. Es nehmen teil Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und ich. Es soll nicht etwa irgendwie zu

8 C. Douglas Dillon (geb. 1909), amerikanischer Bankier, Diplomat und Politiker (Republikaner), 1957–1959 Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen.

9 Denkschrift der EWG zu einer Europäischen Wirtschaftsassoziation vom 24. September 1959 – AdG 1959 S. 7973–7975.

10 Vgl. AdG 1959 S. 8088f.

11 Vom 19. bis 21. Dezember 1959 Treffen der Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien, den USA sowie der Bundesrepublik Deutschland – AdG 1959 S. 8125–8127.

einer erweiterten NATO-Sitzung kommen. Ich halte das auch für vernünftig und für verständlich; denn man wird sich dort über die politische Lage in der ganzen Welt in Ruhe aussprechen müssen.

Wann nun das Ost-West-Gipfeltreffen stattfinden wird, an dem teilnehmen werden – auch mit unserer Zustimmung – Amerika, England, Frankreich und Sowjetrußland, das steht noch nicht fest. Sie wissen, daß da Differenzen entstanden sind, aber nicht zwischen uns und Amerika, wie die Sozialdemokraten meinen. Wir haben uns sehr zurückgehalten bei der Frage des Termins, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß wir Deutsche und die Vertreter der Deutschen sich in Fragen, die nicht von großer Bedeutung sind für Deutschland und den Frieden in Europa und in der Welt, nach Möglichkeit zurückhalten sollen; denn unsere Vergangenheit haftet uns noch immer an und ist keineswegs vergessen.

Sie wissen, daß Eisenhower den Wunsch hatte, in der ersten Dezemberhälfte diese Ost-West-Konferenz abzuhalten. Das war aber sachlich nicht möglich, weil noch gar keine Vorbereitungen getroffen waren. De Gaulle seinerseits wünscht eine möglichst intensive Vorbereitung und hat deswegen intern vorgeschlagen: Mai/Juni. Nun kommt aber hinzu, daß faktisch der Präsident der Vereinigten Staaten von Mitte Juli an, wenn die Konvente der Parteien im Gange sind, sich äußerste Zurückhaltung in allen politischen Angelegenheiten auferlegen muß.¹² Aus alledem ist wohl der Schluß zu ziehen, daß diese Ost-West-Gipfelkonferenz im Februar/März stattfinden wird.¹³ Über die Tagesordnung steht noch nichts fest. Es war zunächst die Meinung ausgesprochen worden – nicht bei uns –, es sollte auf die Tagesordnung nur die Berlin-Frage gesetzt werden, und zwar in Fortsetzung der Genfer Konferenz. Das aber hätte ich für uns als eine außerordentlich große Gefahr gesehen; denn wenn die vier zum erstenmal zusammenkommen und diese Konferenz geht ohne ein Ergebnis auseinander, dann ist das eine sehr ernste Situation. Sie wäre so ernst, daß alle Teilnehmer, auch der Russe, bestrebt sein müßten, ein solches ergebnisloses Auseinandergehen zu verhindern. Stünde aber auf der Tagesordnung nur die Berlin-Frage und wollte man sich unter allen Umständen über die Berlin-Frage einigen, dann wäre das eine sehr schlechte Konstellation für die deutschen Interessen.

Darum habe ich immer wieder betont, die Hauptfrage ist die Abrüstungsfrage. Sie ist es auch! Wenn durch ein Wunder Gottes die ganze deutsche Frage jetzt plötzlich gelöst wäre, aber die Abrüstungsfrage wäre nicht gelöst und es würde weiter wie bisher gerüstet, dann wäre die Spannung in der Welt genau die gleiche, wie sie auch bisher gewesen ist. Es haben sich dann diesem Standpunkt Eisenhower, Chruschtschow und de Gaulle angeschlossen. Ich habe aber den sehr lebhaften Wunsch, es möchten auf dieser Konferenz nicht nur die Abrüstungsfragen und die Berlin-Frage, sondern auch

12 Präsidentschafts-, Kongreß- und Gouverneurswahlen fanden in den USA am 8. November 1960 statt (AdG 1960 S. 8751). Im Juli 1960 wurden Kennedy (Demokraten) und Nixon (Republikaner) als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

13 Beginn am 16. Mai und Abbruch am 17. Mai 1960 – AdG 1959 S. 8400–8407.

noch andere Fragen besprochen werden, damit die Berlin-Frage aus den taktischen Gesichtspunkten, die ich eben erwähnt habe, nicht zu stark hervorgehoben wird.

Wir müssen davon ausgehen, daß durch die Erklärung, die Chruschtschow in Camp David gegeben hat¹⁴, die Berlin-Frage eine Frage ist, die zunächst bis auf weiteres für uns gelöst ist, aber nicht für sechs Monate, wie es dann wäre, wenn man zu einer Stellungnahme da kommen wollte, sondern für eine längere Zeit. Die amerikanische Regierung steht auch auf dem Standpunkt, daß die Berlin-Frage aufgrund einer Zusage, die Eisenhower Chruschtschow in Camp David gegeben hat¹⁵, auf der Gipfelkonferenz nicht gelöst zu werden braucht. Ich hoffe, daß man bei dem Standpunkt auch verbleibt. Eisenhower ist im Laufe der nächsten Wochen und Monate ganz angefüllt mit diesen Konferenzfragen. Ich deutete eben schon an, daß etwa Mitte Juli der Präsident der Vereinigten Staaten auch mit seiner Regierung mehr oder weniger Gewehr bei Fuß stehen muß mit Rücksicht auf die amerikanischen Wahlen. Das ist natürlich eine etwas ernste Zeit, die dann kommt. Der neue Präsident tritt sein Amt am 20. Januar des nächsten Jahres an, und von Mitte Juli bis 20. Januar des folgenden Jahres liegen eine Reihe von Monaten. In dieser so bewegten und unruhigen Welt weiß man nicht, welche Konstellationen sich dann ergeben.

Ich möchte noch ein Wort in diesem Zusammenhang zur Sozialdemokratie sagen und halte mich hierbei an einen Artikel von Ingram¹⁶, den heute morgen die „Kölnische Rundschau“ unter der Überschrift „Der zänkische Alte“ gebracht hat.¹⁷ Das bin ich, meine Damen und Herren! Er schreibt darin, daß die Sozialdemokratie mich jetzt so getauft habe und mir nun vorwerfe, daß ich das tue, was sie vor gar nicht langer Zeit verlangt hätte. In dem Artikel heißt es u.a.:

Die neueste Gußform der deutschen Opposition für die Herabsetzung Konrad Adenauers ist „Der zänkische Alte“. Bald reibt er sich an Macmillan, bald an de Gaulle, jetzt sogar an Eisenhower. So bringt er alle Bündnisse in Unordnung. Da ist es gut, wenn man als Papiersammler imstand ist, den sozialdemokratischen „Vorwärts“ gelegentlich rückwärts zu lesen. Am 20. März enthielt er eine Glosse über „Nationalpolitik“. Da wurden einige Reibereien Frankreichs, Belgiens und Dänemarks mit dem NATO-Kommando als Vorbild für Bonn hingestellt, wo „jede vom NATO-Dogma abweichende Meinungsäußerung allein schon als Verrat gedeutet“ werde. „Jedes der NATO-Länder nimmt sich gewisse Freiheiten heraus, wenn es um seine eigenen Interessen geht.“ Die einzige Ausnahme sei Deutschland. „Man sollte nationale Interessen zugeben und nicht aus der Welt schweigen ... Die nationalen deutschen Interessen verlangen eine eigenständige deutsche Politik.“

14 Besuch Chruschtschows in den USA vom 15. bis 27. September 1959. Vgl. AdG 1959 S. 7962, 7965f.; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 555f.

15 EBD. sowie AdG 1959 S. 7968–7971.

16 Robert Ingram, eigentlich Franz Klein, Publizist.

17 „Kölnische Rundschau“ vom 9. November 1959.

Also, alle NATO-Mitglieder wehrten sich entschieden, wenn ihre nationalen Interessen in Frage kämen; nur ich täte das nicht. Ich schluckte alles geduldig und nähme alles in Ruhe hin, gleichgültig, wie sich unsere Interessen dazu verhielten.

Es ist richtig, ich habe gegen Herrn Macmillan Stellung genommen; ich habe gegen Herrn de Gaulle Stellung genommen. Übrigens habe ich gegen Eisenhower nicht Stellung genommen. Nur „Die Welt“, das große Hamburger Blatt, will unter allen Umständen, daß wir mit Amerika Krach haben sollen! Wir haben keinen Krach! Sie sehen es am besten aus folgendem: Herr Bruce¹⁸ war vor seiner Abreise nach Washington bei mir. „Die Welt“ hat geschrieben, er sei gekommen, um mir ernste Vorhaltungen zu machen, weil ich mich soundso gegen die amerikanische Politik benähme.¹⁹ Das ist von A bis Z frei erfunden. Herr Bruce kam zu mir, um mir zu sagen, daß Murphy²⁰ nicht kommen würde als Botschafter. Es stand das noch nicht in der Presse. Er kam, um mir zweitens zu sagen, daß er nun plötzlich die Aufforderung bekommen habe, am anderen Tage nach Washington zu kommen, um dort zu überlegen, wer sein Nachfolger werden solle, daß er aber den Auftrag habe, mit mir über die Frage seines Nachfolgers zu sprechen, und ob ich irgendwelche Wünsche dabei hätte.

Sie sehen also, daß der Besuch schon ungewöhnlich freundschaftlich war. Wir haben dann „Die Welt“ berichtigt, aber „Die Welt“ hat dann uns „berichtigt“, es sei doch wahr, wir hätten doch Krach. Ich darf hier sagen: Heinrich Hansjakob²¹ – vielleicht ist dem einen oder anderen der Name bekannt –, ein Pfarrer und Schriftsteller im Schwarzwald, den wir früher gerne und oft gelesen haben, hat einen Satz geschrieben, den ich mir damals offenbar so eingepägt habe, daß ich ihn nie vergessen habe. Er hat gesagt: „Man soll nie mit Zeitungen und kleinen Jungen Krach anfangen; denn die Zeitungen und die kleinen Jungen rufen immer etwas hinter einem nach; dagegen kann man nichts machen.“²² Und dieser Satz – ich habe es in der Folgezeit oft erfahren müssen – ist absolut zutreffend. Also, dann schweigt man am besten. Und so will ich auch hier schweigen und nichts darüber sagen. Ich möchte aber nachdrücklich betonen, daß zwischen den Vereinigten Staaten und uns volle Harmonie herrscht,

18 David K. E. Bruce (1898–1977), Jurist, amerikanischer Politiker und Diplomat; 1949–1952 Botschafter in Paris, 1952–1953 stellvertretender amerikanischer Außenminister, 1953–1955 Botschafter bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg, 1957–1959 in Bonn, 1961–1969 in London.

19 „Verstimmung Bonn-Washington. Botschafter Bruce fliegt nach USA. Schatten über den Beziehungen nach der Rede Adenauers in Baden-Baden“, in: „Die Welt“ vom 31. Oktober 1959. Vgl. auch: „Demonstrative Betonung guter Beziehungen Bonn-Washington. Eine Verstimmung wird bestritten“, in: „Die Welt“ vom 2. November 1959.

20 Dr. Robert Daniel Murphy (1894–1978), amerikanischer Diplomat; 1959 Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im Außenministerium (Rücktritt am 28. Oktober, endgültiges Ausscheiden aus der Politik am 3. Dezember 1959 – vgl. AdG 1959 S. 8028).

21 Heinrich Hansjakob (1837–1916), katholischer Pfarrer; badischer Landtagsabgeordneter 1871–1878 (Zentrum), Schriftsteller.

22 Nicht ermittelt.

daß, alles in allem genommen, die Vereinigten Staaten die jetzige Situation und die Situation der nächsten Zeit mindestens so ernst beurteilen, wie wir sie beurteilen. Allein Macmillan ist optimistisch, und deswegen freue ich mich besonders auf die Aussprache mit ihm. Vielleicht bringe ich etwas Optimismus davon mit nach Hause.

Im übrigen kann ich Ihnen nur das eine sagen: Die ganze außenpolitische Situation ist auch durch den Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten, auch durch das Blasen der Friedensschalmei seitens Moskau in keiner Weise entspannt. Ich möchte noch ein Wort hinzufügen: Die Taktik ist anders geworden, aber die Spitze der sowjetrussischen Politik richtet sich absolut gegen die Bundesrepublik Deutschland. Und aus Äußerungen Chruschtschows selbst wissen wir, daß das Ziel der sowjetrussischen Politik ist, auf irgendeine Weise die Bundesrepublik Deutschland kommunistisch zu machen. Das war seit Jahr und Tag und ist nach wie vor das Ziel der Politik Sowjetrußlands. Sowjetrußland glaubt, weil die Sozialdemokraten ja doch eine Reihe von weichen Stellen gezeigt haben, auf innenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet dieses Ziel zu erreichen. Damit würde nicht nur dieses Land mit seinen Menschen und Einrichtungen in den sowjetrussischen Sog hineinkommen und damit die Kraft Sowjetrußlands außerordentlich verstärken; es wäre damit auch Italien erledigt, wo die kommunistische Partei sehr stark ist. Die Situation in Italien ist zwar durch den Sieg von Segni etwas gefestigt, aber nach der Auffassung maßgebender Leute in Italien selbst ist sie keineswegs gesichert. Das italienische Kabinett in seinem größten Teil sieht die Reise des italienischen Staatspräsidenten Gronchi²³ mit größter Besorgnis. Sie finden heute in den Zeitungen ein Telegramm²⁴ darüber, aus dem auch hervorgeht, daß im Kabinett sehr schwere Befürchtungen geäußert worden sind.

Wenn es Sowjetrußland gelänge, uns zu bekommen, dann hätte es Italien ohne weiteres und wahrscheinlich auch Frankreich. Damit wäre das Ziel der sowjetrussischen Politik, Herrscher Europas zu werden, erreicht. Wir müssen uns diese Linie der sowjetrussischen Politik immer vor Augen halten. Wir müssen dafür sorgen, daß die deutsche und auch die nichtdeutsche Öffentlichkeit aufgeklärt wird über dieses Ziel der sowjetrussischen Politik.

Damit möchte ich schließen. Wenn Sie Fragen zu stellen haben, bitte tun Sie es, aber bedenken Sie, daß wir eine große Tagesordnung haben. Wahrscheinlich wird, wie gewöhnlich, die Abreise um 3 Uhr einsetzen. – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Ich habe ein paar Fragen, Herr Bundeskanzler, in bezug auf die Konferenz in London und Paris. Ich darf dabei das Wort aufgreifen, Herr Bundeskanzler, was Sie gesagt haben in bezug auf die europäische Integration und den Vorrang, den unsere Politik auch in der jetzigen Phase beibehalten muß. Da

23 Giovanni Gronchi (1887–1978), italienischer Politiker (DC); Mitgründer der Katholischen Volkspartei, 1955-1962 Staatspräsident. – Zum Besuch Gronchis in Moskau vom 6. bis 9. Februar 1960 vgl. AdG 1960 S. 8206f.

24 Vgl. FAZ vom 9. November 1959: „Gronchi fährt im Januar nach Moskau. Ein Gegenbesuch Chruschtschows in Rom soll verhindert werden“.

bin ich allerdings der Auffassung, Herr Bundeskanzler, daß es nicht ganz klar aus Ihren Worten herauskam, ob wir uns darüber im klaren sind, daß für die Engländer die Frage „Kleine Freihandelszone“ als einem Gegengewicht sozusagen gegen den Gemeinsamen Markt ein ebenso großes Politikum darstellt wie für uns, d.h., ob der Gemeinsame Markt mit politischem Vorrang und nicht unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden kann. Das haben Sie zwar sehr deutlich hervorgehoben, Sie haben aber nicht – jedenfalls habe ich es nicht gehört – ebenso deutlich gemacht, daß für die Engländer diese ganze Frage ebenfalls ein Politikum ersten Ranges ist, und zwar so vorrangig, daß es eigentlich direkt nach den Problemen, die auf einer Gipfelkonferenz zu behandeln sind, ansteht.

Meine Frage, Herr Bundeskanzler, lautet: ob Sie das auch so sehen, und wenn ja, dann muß ich sagen, daß hier doch einige Besorgnisse vorliegen, und zwar um so mehr, als man noch nicht sagen kann, wie dann die Dinge politisch gelöst werden können innerhalb überschaubarer Zeit.

Wir sind uns darüber einig, daß unser amerikanischer Verbündeter mit erheblichen Sorgen ein Auseinanderfallen Europas betrachten würde. Ich erinnere an die Gespräche, die wir vor Monatsfrist in Bad Godesberg mit den Amerikanern hatten²⁵, wo die amerikanischen Freunde – und es waren bedeutende Persönlichkeiten darunter – sehr eindeutig erklärten oder es haben durchblicken lassen, daß ein Auseinanderfallen in Europa durch einen wirtschaftlichen oder politischen Gegensatz zwischen Großbritannien und den übrigen europäischen Ländern, und zwar unter der Führung von Frankreich und Deutschland, für die amerikanische Politik allerdings eine große Sorge darstellen würde. (*Adenauer*: Sie haben mich gefragt, ob sie etwa auf England einwirken sollten, nicht auf uns!) Das weiß ich, und das ist auch richtig, Herr Bundeskanzler! Ich stelle an Sie die Frage, ob wir uns darüber im klaren sind, daß diese Frage für England nicht eine wirtschaftliche ist. Das haben Sie bei einer früheren Bundesvorstandssitzung durchblicken lassen; im wesentlichen sei es eine wirtschaftliche Frage. Ich glaube, daß es weniger eine wirtschaftliche als eine politische Frage ist. Und diese Frage stelle ich nur, Herr Bundeskanzler.

Ich habe noch eine Frage. Im Hinblick auf die Gespräche in Paris würde uns alle interessieren, ob die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie²⁶ eine bestimmte politische Haltung bedeuten oder ob es mißverständliche Äußerungen gewesen sind, die dort fielen. Wir wissen, daß Chruschtschow die beiden Herren, zumindest de Gaulle, außerordentlich gelobt hat aufgrund ihrer realistischen Haltung gegenüber den Fragen,

25 Deutsch-amerikanische Gespräche vom 1. bis 4. Oktober 1959. Vgl. FAZ vom 2. und 3. Oktober 1959.

26 De Gaulle bzw. Michel Debré. – De Gaulle am 25. März 1959 (AdG 1959 S. 7628f.) und 10. November 1959 (ebd. S. 8050–8052); vgl. auch FAZ vom 26. März 1959. Debré sprach in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1959 von der „Respektierung der Grenzen, und zwar aller Grenzen mit Einschluß der sog. Oder-Neiße-Linie“ (vgl. NZZ vom 15. Oktober 1959).

die im Osten bzw. in Europa zu lösen sind, und zwar gerade unter Heranziehung dieser Äußerungen.

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang! Sie sprachen von dem Termin der Gipfelkonferenz und glaubten, daß sie im Februar/März stattfinden werde. Meinen Sie, daß bis dahin de Gaulle mit diesem Termin einverstanden sein wird, auch wenn bis dahin die französischen Atomversuche in der Sahara²⁷ nicht beendet sind?

Adenauer: Herr Blumenfeld! Zunächst möchte ich klarstellen, daß ich kein Zauberer bin und Menschen nicht ins Herz sehen kann, nicht einmal Parteifreunden! (*Heiterkeit.*) Ich muß also das, was ich sage, mir selbst aus den gegebenen Tatsachen herleiten. Ich habe sehr deutlich gesagt, was Eisenhower mir erklärt hat unter vier Augen, daß die Vereinigten Staaten an Europa festhalten würden durch die europäische Integration. Er hat noch einige Worte hinzugefügt, die will ich Ihnen dann auch sagen, und zwar: gegründet auf die französisch-deutsche Freundschaft. – So müssen Sie bitte die ganze politische Situation sehen.

Und die zweite Frage! Ich habe bisher nicht gewußt, daß für Großbritannien die Frage EWG und Freihandelszone eine entscheidende politische Frage ist. Das ist mir neu. Vielleicht können Sie mich aufklären darüber. Ich wüßte auch nicht, warum das eine politische Frage für Großbritannien sein soll. Aber daß für Großbritannien der Gemeinsame Markt ebenso wie für uns eine wirtschaftliche Frage ist, das ist klar. Unser Bestreben geht dahin, nicht nur keine Gegensätze entstehen zu lassen auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch soweit wie möglich zu gehen in Vereinbarungen – das habe ich eben sehr deutlich zum Ausdruck gebracht –, ohne allerdings den politischen Zweck der EWG zu gefährden. Das dürfen wir und wollen wir nicht tun. Wir wollen unter keinen Umständen das Europa der Sechs hinschwinden lassen.

Nun möchte ich Ihnen folgendes sagen, damit Sie beruhigt sind. Mir hat der britische Botschafter²⁸ erklärt – meine Damen und Herren, ich bitte, das sehr vertraulich zu betrachten –, daß die britische Regierung die EWG als Kern Westeuropas und der europäischen Integration anerkennt. Ich glaube, damit dürften Ihre politischen Besorgnisse wohl hinfällig geworden sein.

Dann haben Sie gefragt nach der Oder-Neiße-Linie aufgrund der Erklärungen von de Gaulle und Debré.²⁹ Auf dem Gebiet ist Herr Kollege von Brentano genauer im Bilde als ich. Er kann vielleicht nachher Ihnen etwas darüber sagen. Aber, Herr Blumenfeld, glauben Sie, daß Amerika, England, Frankreich, Italien, Holland und Belgien, daß irgendeiner einen Krieg mit Sowjetrußland anfangen würde um die Oder-Neiße-Linie? Wie die Verhältnisse im Osten eines Tages geregelt werden, das

27 1960 führte Frankreich drei Atombombenversuche in der Sahara durch – AdG 1960 S. 8213, 8310 und 8840.

28 Sir Christopher Eden Steel. Vgl. Nr. 7 Anm. 22.

29 Vgl. Anm. 26. – Michel Debré (geb. 1912), französischer Politiker; 1958–1959 Justizminister, 1959–1962 Ministerpräsident.

wird davon abhängen, wie sich überhaupt die Dinge, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, in Europa entwickeln werden, aber es wird nicht von heute auf morgen gehen. Man muß sich darüber klar sein, Herr Blumenfeld, daß keiner unserer Bundesgenossen, keiner – mag es nun de Gaulle, Eisenhower oder dessen Nachfolger, mag es Macmillan oder dessen Nachfolger sein, das ist ganz gleichgültig – einen Krieg anfangen wird wegen der Oder-Neiße-Linie.

In diesem Kreise kann ich darauf aufmerksam machen, wie die Oder-Neiße-Linie durch das Drängen Polens nach dem Westen hin entstanden ist. Sie ist dadurch entstanden, daß der östliche Teil Polens Rußland zugesprochen wurde und daß Rußland diesen Teil Polens in seinen Besitz genommen hat, so daß dadurch die ganze Lage noch komplizierter geworden ist. Wenn es sich bei der Oder-Neiße-Linie darum handelte, daß Polen ein Stück Land hinzuhaben möchte, dann wäre die Frage unendlich viel leichter, als sie jetzt ist: daß nämlich Polen ein Stück Land hinzuhaben will, weil ihm eben im Osten ein Stück Land abgenommen worden ist. Das muß man bei der ganzen Sache immer im Auge behalten.

Chruschtschow war bitter enttäuscht, als ich vor etwa vierzehn Monaten in Colombey-les-deux-Églises gewesen bin und das Kommuniké so lautete, wie es da herausgekommen ist. Wenn Sie daran denken, werden Sie sich erinnern, daß damals die gesamte russische Presse ein Trommelfeuer gegen de Gaulle losgelassen hat. Ein Feuerwerk muß man nehmen, wie es kommt, heute so, morgen so, aber wir müssen darauf achten – vielleicht hören Sie mal zu, Herr Blumenfeld, denn ich antworte Ihnen – (*Blumenfeld*: Ich höre ja!) und daran festhalten, was die Völker zusammenhält, aber nicht an dem, was sie voneinander trennt. Hierbei handelt es sich um die Interessengegensätze. Da bei einer weiteren friedlichen Entwicklung der Weltlage die Interessen Frankreichs und Deutschlands absolut parallel verlaufen, kann man mit Sicherheit annehmen, daß de Gaulle auf die Lockungen Chruschtschows nicht hereinfliegen wird. Vielleicht wird Herr von Brentano noch einige Worte zu den Äußerungen von de Gaulle und Debré sagen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe zu dieser Äußerung Stellung genommen in meiner Rede vor dem Bundestag.³⁰ Ich habe genau den Wortlaut zitiert. Vielleicht darf ich denjenigen, die es interessiert, eine Abschrift geben. Die Rede ist im BULLETIN veröffentlicht.

Ich möchte ganz kurz sagen, daß wir keinen Anlaß haben, diese Äußerung von Debré in irgendeiner Weise zu dramatisieren; denn wir müssen sie lesen, wie sie gesagt worden ist. Ich gebe zu – und das wurde angedeutet in meinem Gespräch auch mit dem französischen Botschafter³¹ –, daß es nicht nötig war, diese Frage überhaupt aufzugreifen. Das ist ihm sicherlich einfach so herausgerutscht. (*Zuruf*: Es war überflüssig!) Es ist auch schon manches Überflüssige von Deutschen gesagt

30 Sten.Ber. 3. WP Bd. 44 S. 4736f.; BULLETIN vom 7. November 1959 S. 2123f.

31 François Seydoux (1905–1981), französischer Diplomat; 1958–1962 Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

worden. Wir dürfen nicht so schrecklich empfindlich sein. Was er gesagt hat, war: Wenn wir jetzt in eine Serie von Konferenzen kommen, wollen wir davon ausgehen, daß nichts am Status quo geändert wird. Und dann zitierte er: Zu diesem Status quo gehört auch Berlin. Zu der Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands gehört die Grenze nach dem Osten, die Oder-Neiße-Linie, damit nicht durch irgendeine einseitige Maßnahme der Ausgangspunkt einer Konferenz erschwert oder verschoben wird.

Ich wiederhole, es war nicht nötig, das zu sagen, aber das Bundespresseamt hat zwei Tage darauf eine Erklärung abgegeben, die sofort vom Quai d'Orsay bestätigt worden ist. Obendrein hat am 16. September – ich weiß das Datum nicht genau –, nachdem am 12. September Debré diese Erklärung abgegeben hatte, der französische Botschafter Seydoux eine Rede gehalten, die veröffentlicht worden ist, in der er die authentische Interpretation gab, wie er sie uns gegeben hatte; eine Rede, die veröffentlicht worden ist in „Le Monde“.³² Daß der französische Botschafter nicht ohne Autorisierung spricht, ist ganz klar. Außerdem hat wenige Tage darauf, auch noch um die Sache klarzumachen, Herr François-Poncet³³ in einem übrigens sehr guten Leitartikel im „Figaro“ noch einmal diesen Fragenkomplex behandelt und darauf hingewiesen, daß es sich hier lediglich um eine Feststellung handele, daß der Status quo nicht durch einseitige Maßnahmen verändert werden solle.

Ich habe in meiner Rede darauf hingewiesen, daß der Deutschlandvertrag vom Jahre 1952 von keinem der Beteiligten umstritten ist, daß noch in Genf Ausgangspunkt einer jeden Diskussion über den Friedensvertrag eine Entscheidung der vier Außenminister – der drei westlichen und des deutschen – war, daß die Ostgrenze nur im Wege eines frei verhandelten Friedensvertrages von einer dazu legitimierten gesamtdeutschen Regierung ausgehandelt und verändert werden könne. Es gibt so viel eindeutige Erklärungen darüber, daß wir uns nicht allzusehr daran stoßen sollten, wenn einmal eine – ich wiederhole – nicht notwendige Äußerung dazu fällt. Ich glaube, jeder von uns hat Anlaß, einmal darüber nachzudenken, daß er vielleicht eine Äußerung getan hat, die er nachher lieber nicht gesagt hätte.

Deswegen sollten wir nicht so überaus peinlich sein, wenn eine solche Äußerung fällt. Ich habe selbstverständlich auch dem Quai d'Orsay sagen lassen, daß ich sehr hoffe, daß sich das nicht wiederholt, weil es einfach überflüssig sei. Wir kämen damit in innere Schwierigkeiten. Deswegen sollte man darauf mehr Rücksicht nehmen. Das ist jetzt auch zu erwarten.

32 Tatsächlich 13. und 16. Oktober (nicht September). In der außenpolitischen Bundestagsdebatte vom 5. November 1959 zitierte von Brentano aus der Rede Seydoux' vom 16. Oktober 1959 (vgl. Anm. 30, Sten.Ber. S. 4737; „Le Monde“ vom 21. Oktober 1959).

33 In „Le Figaro“ vom 26. Oktober 1959. – André François-Poncet (1887–1978), französischer Diplomat; 1949–1955 Hoher Kommissar bzw. Botschafter in Bonn. Vgl. PROTOKOLLE I S. 58 Anm. 18.

Adenauer: Darf ich fragen, ob noch weitere Aufklärungen gewünscht werden? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann darf ich Herrn Krone bitten, zum Punkt 2 der Tagesordnung das Wort zu nehmen. (*Johnen*: Darf ich bitten, den Punkt 4 vorwegzunehmen. Wir haben heute Landtagssitzung, und ich muß um 14.30 Uhr in Düsseldorf sein zur Ältestenratssitzung.) Ist die Versammlung damit einverstanden, daß wir den Punkt 4 vorziehen? (*Zustimmung*.)

Dann darf ich, ehe ich das Wort dazu nehme, einige allgemeine Äußerungen machen, die ich zweckmäßigerweise hätte schon eben machen sollen. Es handelt sich um die Einigkeit in der CDU, und zwar auch um die Einigkeit zwischen den Ländern, die von einer CDU-Mehrheit getragen werden. Ich bedaure, daß Herr Ministerpräsident Meyers nicht hier sein kann, sonst würde ich ihm in aller Freundschaft gesagt haben, daß er zwar mit Recht die Hilfe des Bundes bei der sehr schwierigen Sache „Kohle und Öl“ für Nordrhein-Westfalen erbeten hat³⁴, daß es aber in der Bundestagsfraktion sehr unangenehm aufgefallen und etwas bitter empfunden worden ist, daß er unmittelbar darauf die Bundesregierung, die doch absolut getragen wird von der Bundestagsfraktion, so massiv angegriffen hat, daß das eine helle Freude für die Gegner der CDU war. Ich meine, wenn jemand etwas gegen die Bundesregierung auf dem Herzen hat – namentlich ein Ministerpräsident –, dann muß er an folgendes denken. Ich zitiere jetzt ein Wort, das kann aber nicht genauso angewendet werden: Freund [Mann] mit zugeknöpften Taschen, dir tut keiner was zuleid [zulieb], Hand wird [nur] von Hand gewaschen; wenn du nehmen willst, so gib!

Das gilt auch für die verschiedenen Länder im Bundesrat, nur etwas umgekehrt: Wenn du etwas haben willst, so gib du auch etwas. – Vor allem aber steht doch das Parteiinteresse an der Spitze. Man kann natürlich gemäßigt kritisieren, aber unter Parteifreunden und unter Regierungen, die doch wesentlich von CDU-Leuten – in Nordrhein-Westfalen allein von der CDU – geführt werden, müßte ein mehr freundschaftlicher Ton geübt werden, der auch überzeugt. Wir werden, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, sowieso in Bälde noch eine Vorstandssitzung haben, um über das Rundfunkwesen und das zweite Fernsehprogramm zu sprechen, damit Sie einmal sehen, wie die Sache liegt vom Standpunkt dessen aus, der etwas vom Rundfunk- und Fernsehprogramm bekommen soll, nämlich vom Hörer aus. An sich ist es ja ein Unsinn, daß wir Sender haben für Bremen und für Hamburg; wenn man die gegenseitig abschirmen könnte, wären sie schnell kaputt. Bremen und Hamburg haben einen ziemlich geringen Zuhörerkreis.

Ich muß noch einmal zurückkommen auf innenpolitische Gegensätze. Ich dachte, ich hätte das anbringen können bei dem Referat von Herrn Krone. Da uns aber die Herren Dufhues und Johnen früher verlassen müssen, kann ich das jetzt nicht unterdrücken. Ich meine, unter Parteifreunden – auch unter Parteifreunden, die auf

³⁴ Vgl. dazu Rede vor dem nordrhein-westfälischen Landtag vom 22. September 1959, zit. in MEYERS S. 332–338, insbes. S. 335.

Regierungssesseln sitzen – kann man doch einen parteifreundlichen Ton gebrauchen. Das ist viel besser, als wenn man so unfreundlich spricht! (*Altmeier*: Es kommt darauf an, wer angefangen hat!) Böse zu sprechen, Herr Altmeier, das haben nun wirklich wir nicht getan! Ich darf darauf hinweisen, daß mir ein Ministerpräsident dieser Tage noch gesagt hat: Wir haben die Verhandlungen so lange hinausgezogen, damit Sie nicht in der Lage waren, die Kündigungsfrist des Vertrages, wonach die Post die Gebühren für das Fernsehen einzieht³⁵, einzuhalten. (*Dufhues*: Das stimmt einfach nicht, Herr Bundeskanzler!) Ich will Ihnen den Herrn nennen! (*Dufhues*: Daß die Äußerung gefallen ist, ist richtig, aber die Tatsache nicht! Der Postvertrag ist bewußt nicht gekündigt worden!) Bewußt nicht gekündigt worden! Vielleicht hören Sie nachher Herrn Schröder; wir wissen genauer, was bewußt und unbewußt dabei ist.

AUSSPRACHE ÜBER DIE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES VOM 28. SEPTEMBER 1959

Adenauer: Ich darf nun, wenn Sie einverstanden sind, über den Punkt 4 referieren. (*Zustimmung*.) Ich darf daran erinnern, daß Herr Kollege Dufhues in der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses, die drüben im Fraktionsraum stattgefunden hat, einen Antrag gestellt hat, der mit großer Mehrheit angenommen worden ist.³⁶ Infolgedessen hat Herr Kollege Dufhues der Anregung, die ihm damals gegeben worden ist, entsprechend den Antrag weiter ausgearbeitet und bestimmte Vorschläge darüber gemacht, wie man sich diese Änderung, namentlich in sachlicher Beziehung, denken könne. Darüber haben dann Gespräche stattgefunden; wahrscheinlich unter vielen. Ich habe darüber gesprochen mit den Herren Krone, Schröder, von Hassel, Dufhues, Meyers und Johnen. Kurz und gut, aus allen Gesprächen ist dann ein Vorschlag zur Diskussion hier hervorgegangen.

Ehe wir zur Diskussion übergehen, muß ich noch erwähnen, daß Herr Kollege Albers mit mir darüber gesprochen hat³⁷, und zwar waren bei ihm die Herren Katzer und Arndgen. Herr Albers hat Beschwerde darüber geführt, daß aus dieser Fühlungnahme, die ich gehabt habe – mehr war es nicht –, nun das Ergebnis hervorgegangen sei. Er hat geglaubt, und zwar nach meiner Überzeugung mit Recht,

35 Von 1923 bis 1975 lag die Verwaltung der Rundfunkgebühren bei der Post, die diese nach Abzug ihrer Kosten an die Rundfunkanstalten überwies (vgl. zum Fernsehstreit KÜPPERS).

36 Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesparteiausschusses vom 28. September 1959 (ACDP VII-001-021/5 S. 100f.: „Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand der CDU, die Fragen der Aktivierung und Intensivierung der Arbeit der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der Beratungen vom 28. September 1959 zu prüfen und dem Bundesausschuß rechtzeitig vor dem nächsten Bundesparteitag entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“).

37 Vermutlich am 29. Oktober 1959 (TERMINKALENDER).

daß die Arbeitnehmer überhaupt in unserer Partei zu wenig berücksichtigt würden. Es hat dann darüber ein längeres Gespräch stattgefunden zwischen den Herren und mir, nachdem Herr Albers schon im Laufe des Sommers bei mir gewesen war und dasselbe Thema angeschnitten hatte.

Meine Freunde! Herr Albers hat recht, wenn er sich beschwert hat für den Kreis, den er vornehmlich vertritt. Es haben Zufälle trauriger Art dabei mitgespielt. Sie wissen, daß Herr Arnold plötzlich gestorben ist, daß Herr Kaiser infolge seiner Krankheit leider nicht mehr die Pflicht, die ihm besonders am Herzen lag, hat wahrnehmen können. Wir müssen also daran denken, wie wir den berechtigten Beschwerden Abhilfe schaffen können. Ich weiß nicht, Herr Kraske, ob diese Statistik von Herrn Kühn³⁸ den Herren gegeben worden ist. (*Kraske*: Sie ist heute auf den Plätzen verteilt worden!) Heute! Es tut mit leid, daß Sie dieses Material erst heute bekommen haben; denn es ist eine sehr lesenswerte Studie des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Kühn; eine Analyse der letzten Bundestagswahl. Daraus ergibt sich ganz unmißverständlich, daß die CDU ohne einen erheblichen Prozentsatz von Stimmen der Arbeitnehmer überhaupt nicht daran denken kann, die Mehrheit im Bundestag zu bekommen. Ich halte deswegen das Verlangen der Herren, die die Arbeitnehmer vertreten, für berechtigt, innerhalb der Führung der Partei und der Parteiarbeit stärker beteiligt zu sein. Dieser Wunsch ist um so berechtigter, als zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der christlichen Arbeiterschaft eine Einigung erfolgt ist, wie mir die Herren mitgeteilt haben.

Ich darf wiederholen, Herr Albers, was Sie mir gesagt haben, daß sich nämlich an demselben Tisch versammelt haben und in Zukunft versammeln werden die Sozialausschüsse, der Kolping-Bund, die Christliche Kollegenschaft, die evangelischen Arbeitervereine, die katholischen Arbeitervereine.³⁹ Ich weiß nicht, ob ich einen ausgelassen habe. (*Albers*: Das sind sie im großen und ganzen, bis auf die Christlichen Gewerkschaften!) Und die Christlichen Gewerkschaften! Die Herren, die bei mir waren, haben gesagt, daß diese verschiedenen Strömungen innerhalb der christlichen Arbeiterschaft nunmehr zusammengingen und auch in Zukunft zusammengehen würden. Das ist ein großer Fortschritt; dadurch wird verhindert, daß nicht immer der eine so und der andere so sagt. Dadurch wird verhindert, daß sich die Macht des einen durch die negierende Macht des anderen aufhebt. Herr Albers hat den Wunsch geäußert, bevor wir hier in die Diskussion eintreten, zu diesem Thema seinen Standpunkt in aller Kürze hier vorzutragen. Ich darf wohl annehmen, daß Sie

38 Heinz Kühn (1912–1992), 1953–1963 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 161 Anm. 40; Walter FÖRST: Heinz Kühn 1912–1992. In: Geschichte im Westen 7 (1992) S. 7–9. – Gemeint ist seine Analyse: Lohnarbeiter zwischen CDU und SPD. Was lehren uns die Bundestagswahlen? (4 S., Abschrift) o.D. (ACDP I-035-009/3).

39 Vgl. Ständiger Ausschuß Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongresse (Hrsg.): Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß 1960 vom 26. bis 27. März in Köln, Köln 1960. Berichterstattung in UiD Nr. 13 vom 31. März 1960 S. 4. Weitere Materialien in ACDP IV-013.

damit einverstanden sind, daß Herr Albers nunmehr das Wort bekommt, um sein Anliegen vorzutragen.

Albers: Herr Bundeskanzler! Wir waren uns beide darüber einig, daß ich zu dem Thema, das jetzt behandelt wird, hier etwas vortragen soll. Ich kann mich sehr kurz fassen. Der Herr Bundeskanzler hat bereits auf die Übersicht des Herrn Kühn aufmerksam gemacht. Meine Damen und Herren! Studieren Sie diese Ausführungen bitte. Zum Schluß sagt er: „1957 betrug die SPD-Quote an sämtlichen Arbeiterstimmen rd. 50 %; das waren etwa 25 % der Gesamtwählerschaft. Gelänge es, diese Quote 1961 auf 70 % der Arbeiterstimmen zu erhöhen und damit den SPD-Anteil an der Gesamtwählerschaft um 10 % zu steigern, so ergäbe sich unter sonst gleichen Voraussetzungen ein Kräfteverhältnis zwischen SPD und CDU von 42 zu 40 statt 32 zu 50 im Jahre 1957. Damit wäre die Vorherrschaft der CDU gebrochen.“

Meine Damen und Herren! Auf diese Gefahr hat der Herr Bundeskanzler hier im Vorstand schon mehr als einmal deutlich hingewiesen. Der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß es uns gelingen müsse, viel mehr Wähler aus der industriellen Arbeiterschaft zu gewinnen; ein Ziel, Herr Bundeskanzler, das wir uns schon im Jahre 1945 in Köln bei der Gründung der Partei vorgestellt haben.

Es gab vor 1933 nur eine Partei, die das aufweisen konnte. Das war die Zentrumspartei, die mehr als 50 % ihrer Wähler aus der industriellen Arbeiterschaft hatte. Aus dieser Tatsache ziehe ich Schlußfolgerungen. Ich spreche jetzt nicht mehr von „Arbeitnehmern“. Herr Pferdmeiges hat mir erklärt, er sei ein Arbeitnehmer gewesen. Es kommt mir darauf an, daß es um die Arbeiterschaft geht, d.h., nur um diese Gruppe geht es. Ich sage Ihnen folgendes: Wenn es uns nicht gelingt, bei der nächsten Bundestagswahl diese starke Gruppe unseres Volkes zu erhalten und zu vermehren, dann ist auch das Interesse in weiten Kreisen unseres Volkes für unsere Politik verschwunden. Herr Kühn spricht davon, daß 60 % der katholischen Arbeiterschaft und 19 % der evangelischen Arbeiterschaft CDU wählen; er kommt ohne irgendwelche konfessionelle Voreingenommenheiten zu dieser Feststellung. Das Faktum für ihn ist, von seiten der SPD aus nun in diese Kreise der katholischen und evangelischen Arbeiterschaft einzurücken. Wir haben im Januar dieses Jahres die sogenannte Betriebsaktion⁴⁰ durchgeführt. Viele von Ihnen haben diese Aktion nicht richtig verstanden. Es ging nicht darum, nun damit für die Sozialausschüsse oder die Christliche Kollegenschaft⁴¹ neue Mandate zu erobern oder möglichst viele eigene Listen aufzustellen, sondern es kam uns darauf an, unseren bisherigen Einfluß nicht nur zu erhalten, sondern auch noch zu stärken. Und das haben wir erreicht. Wir

40 Ins Leben gerufen am 6. Januar 1959 – Bericht in UiD Nr. 1 vom 8. Januar 1959 S. 2; Aufruf in „Soziale Ordnung“ vom Januar 1959, letzte Seite.

41 Die Christlich-Soziale Kollegenschaft verstand sich seit 1953/54 als innergewerkschaftliche Gruppierung der christlich-sozialen Kräfte im DGB (Organ 1954–1979: „Gesellschaftspolitische Kommentare“). – Vgl. Wolfgang SCHROEDER: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Köln 1990 S. 103–149.

stellen nunmehr im Bergbau in Nordrhein-Westfalen aufgrund dieser Aktion 35 % aller Betriebsräte. Wir haben es fertiggebracht, bei der BASF in Ludwigshafen gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund auf einen Schlag mehr als 32 % aller Stimmen für unsere eigenen Listen zu gewinnen.⁴² (*Unruhe.*) Ich will die Sache nicht weiter vertiefen, obwohl gerade das auch für Sie interessant sein müßte. Ich stelle folgendes fest: Mehr als früher ist die Arbeiterschaft willens, sich für die christlich-sozialen Anliegen innerhalb unserer Partei einzusetzen. Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß wir in der letzten Zeit schwere Verluste innerhalb der christlichen Arbeiterschaft aufzuweisen hatten. Kaiser ist krank, Arnold ist gestorben, und Gockeln ist tödlich verunglückt. Herr Altmeyer! Sie wissen, gerade in Rheinland-Pfalz, unter welcher Parole wir im Jahre 1945 angetreten sind. Damals haben wir den Grundsatz aufgestellt: Wenn die Stellung der Arbeiterschaft in Deutschland vor 1914 überhaupt bestritten, in der Weimarer Zeit umstritten war, so soll sie nach 1945 unbestritten sein. Das war der erste Grundsatz.

Der zweite Grundsatz war der – und hier muß ich den Herrn Bundeskanzler an seine Neheim-Hüstener Rede⁴³ erinnern –, die Arbeiterschaft wird gleichberechtigt in die Gesellschaft und in die Politik eingeführt. Innerhalb der Arbeiterschaft ist dieses Wollen – sonst wäre es ja nicht durch die Wahlen bestätigt worden – auch entsprechend anerkannt und honoriert worden. Aber jetzt müssen wir ein Weiteres sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht darüber sprechen, aber auf dem Kongreß der christlichen Arbeiter und Angestellten im März des nächsten Jahres in Köln, zu dem mehr als eine Million Teilnehmer kommen werden, werden wir noch im einzelnen zur Politik Stellung nehmen, und zwar rechtzeitig vor dem Bundesparteitag in Karlsruhe.⁴⁴

Was ich jetzt sagen will, ist etwas anderes. Die Arbeiterschaft wünscht eine saubere, klare und kluge Politik. Diese saubere und kluge Politik ist von dem Herrn Bundeskanzler gemacht worden. Ich habe damals gesagt – was ich jetzt wiederholen möchte –, man solle bei dem zehnjährigen Dienstjubiläum des Herrn Dr. Adenauer als Bundeskanzler auch gefälligst daran denken, daß er der größte Sozialpraktiker der letzten zehn Jahre gewesen ist, aber nicht etwa ein sozialpolitischer Schwärmer. Aber man hat das erstere nicht genügend herausgestellt.

Es kommt nicht nur darauf an, meine Damen und Herren, daß Politik für die Arbeiterschaft im Rahmen des Volksganzen getrieben wird, sondern auch darauf, daß durch die Arbeiterschaft Politik gemacht wird für sich und für das Volk. Sie

42 Berichte und Ergebnisse der Betriebsräte- und Personalvertretungswahlen 1959–1961 in: Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1959–1961, Düsseldorf o.J. S. 127–130.

43 Zweite Tagung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone vom 26. Februar bis 1. März 1946 in Neheim-Hüsten. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen I S. 57–62. Zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des Zonenausschusses vgl. HEITZER S. 482–521.

44 CDU, 9. Bundesparteitag Karlsruhe 26.–29. April 1960.

wissen, woher ich komme. Ich bin Gewerkschaftler; vielleicht der älteste noch aus den Reihen der früheren Christlichen Gewerkschaften. Ich war früher ein Zentrumsmann. Das war der Herr Bundeskanzler auch. (*Adenauer*: Ich war auch einmal in der Christlichen Gewerkschaft! – *Heiterkeit*.) Es war ein ungeschriebenes Gesetz in der Zentrumspartei, daß der Reichsparteivorstand sich aus einem Drittel Arbeitervertretern zusammensetzte. Neben dem Herrn Oberbürgermeister von Köln waren damals Mitglied im Reichsparteivorstand Marx⁴⁵, Stegerwald⁴⁶, Joos⁴⁷, Elfes⁴⁸, Kaiser usw. Heinrich Krone war damals einer der Geschäftsführer der Deutschen Zentrumspartei⁴⁹.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der vorigen Woche meine Meinung zu der Frage der Parteireform der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Ich habe erklärt, es war nur durch den großen Vertrauensbeweis der Arbeiterschaft zur CDU möglich, diese Politik zu betreiben. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß in der nächsten Zeit von der SPD in den Kerngebieten der christlichen Arbeiterschaft versucht wird, verstärkten Einfluß zu gewinnen. (*Anhaltende Unruhe*.) Was da in diesen Gebieten und Betrieben in den nächsten Wochen getrieben wird, das werden Sie noch an Ort und Stelle erleben. Wenn wir also nicht den Betrieben unsere große Aufmerksamkeit, und zwar durch die Gesamtpartei, schenken, dann sehe ich schwarz. Es kommt wirklich darauf an, daß wir der Arbeiterschaft ein Mitwirkungsrecht und eine Beteiligung an der Gestaltung der Partei geben. (*Unruhe*.) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich folgendes drastische Beispiel angeben: Nehmen Sie an, in den nächsten Tagen käme die SPD auf den Einfall, einmal an allen Arbeitsstellen die Zusammensetzung des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses der CDU mit Berufsangaben usw. gedruckt vor Augen zu führen. (*Unruhe*. – *Weber*: Das können sie haben! – *Bewegung*. – *Gurk*: Dann aber auch von der SPD diese Angaben! – *Lebhafte Unruhe*.)

45 Wilhelm Marx (1863–1946), 1923–1925 und 1926–1928 Reichskanzler (Zentrum). Vgl. Ulrich von HEHL: Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie. Mainz 1987.

46 Adam Stegerwald (1874–1945), 1921 preußischer Ministerpräsident, 1929–1930 Reichsverkehrsminister, 1930–1932 Reichsarbeitsminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 43 Anm. 121.

47 In der Vorlage: Joost. – Joseph Joos (1878–1965), führender Repräsentant der Katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands; 1920–1933 MdR (Zentrum), 1941–1945 KZ Dachau, 1950–1960 Tätigkeit beim Katholischen Männerwerk im Bonifatiushaus Fulda. Vgl. Oswald WACHTLING: Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker. Politische Biographie 1878–1933. Mainz 1974.

48 Wilhelm Elfes (1884–1969), christlicher Gewerkschafter, Journalist; 1919–1933 Mitglied des Reichsparteivorstandes des Zentrums, 1922–1933 Mitglied des preußischen Staatsrates, 1945 Oberbürgermeister von Mönchengladbach, 1947 MdL NW (CDU), 1951 Mitbegründer des „Hauptausschusses für Volksbefragung und Remilitarisierung“, November 1951 Ausschluß aus der CDU (West), 1953–1963 Vorsitzender des Bundes der Deutschen, seit 1952 Teilnahme an Friedenskonferenzen (Ost) und Parteitagen der Ost-CDU. – Vgl. Albert ESSER: Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker. Mainz 1990.

49 Krone war stellvertretender Generalsekretär.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie dringend, den Redner bei einer so wichtigen Angelegenheit in Ruhe anzuhören.

Albers: Dann würden sie folgendes feststellen: Von den 60 Vorstandsmitgliedern gehören der Arbeiterschaft an:

1. Blank, Gewerkschaftssekretär
2. Stingl⁵⁰, Gewerkschaftssekretär
3. Lücke, Schlosser
4. Altmeier

– ich weiß nicht, ob ich Ihren Namen nennen darf, aber ich weiß, daß Sie vor 1933 kaufmännischer Angestellter und Mitglied des DHV waren; ich zähle Sie zu dieser Gruppe –

5. Albers, Schriftsetzer
6. Dichtel, Installateur.

Bedenken Sie, daß auch die Herkunft des einzelnen bei der Bewertung innerhalb der Arbeiterschaft eine gewisse Rolle spielt. Beim Bundesparteiausschuß ist es ebenso. Von den etwa 200 Vertretern sind vielleicht 15 Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenschaft. Das ist nach meiner Auffassung in unserer Partei nicht gut möglich, sondern hier muß entsprechend korrigiert werden.

Es ist so, daß es in Hamburg außer Georg Schneider⁵¹ auch nicht einen Arbeiter gibt, der in der CDU etwas zu sagen hat. Das gleiche gilt auch für andere Bezirke. (*Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Werden Sie nicht rot, wenn sich ein Gewerkschaftssekretär aus dem DGB heute zur CDU bekennt und dort mitarbeiten will! (*Weber:* Da werden wir gar nicht rot!) Ich habe nur festzustellen, daß sich auch noch viele Gewerkschaftssekretäre positiv zur CDU bekennen, daß sie gern mitarbeiten möchten, aber das wird bei vielen Gruppen von uns nicht hoch angesehen und nicht anerkannt. (*Unruhe.*) Denken Sie daran, daß erstens die Betriebsarbeit in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei sein muß, damit uns die SPD nicht überrennt; zweitens, daß wir eine Sozialpolitik zu treiben haben. Ich brauche dazu keine näheren Vorschläge zu machen. Das werden wir tun müssen aus Selbsterhaltungsgründen. Wir müssen unsere Politik für die Anliegen des Volkes, auch für die Kleinsten draußen, populär machen.

Nehmen Sie meine Vorschläge und Warnungen bitte ernst! Denken Sie daran, daß im Bundesparteivorstand und im Bundesparteiausschuß die Arbeiterschaft eine entsprechende Mitwirkungsmöglichkeit haben muß, d.h., daß sie zahlenmäßig gleichberechtigt vertreten ist. Ich bilde mir nicht ein, nun zu sagen, mit der Arbeiterschaft steht und fällt die Partei, sondern ich sage nur – was ich auch allen meinen Freunden draußen erkläre –, es darf innerhalb der Arbeiterschaft nicht noch einmal die Meinung

50 Josef Stingl (geb. 1919), 1953–1968 MdB (CDU), 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1213 Anm. 50.

51 Georg Schneider (1892–1977), 1953–1961, 1962–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 640 Anm. 117.

hochkommen, daß ihre berechtigten Ansprüche nur in der SPD wahrgenommen werden könnten. Wir haben dafür zu sorgen, daß in der Arbeiterschaft das Bewußtsein lebendiger und stärker wird, daß gerade bei uns ihre Interessen, und zwar in der Gesamtpartei, wahrgenommen und entsprechend berücksichtigt werden.

Noch ein Wort an Heinrich Krone! Verehrter Freund Heinrich Krone! In der letzten Bundesvorstandssitzung hast Du gefragt: Wo sind die Leute? – Ich habe Dir schon vor mehreren Monaten gesagt, daß diese Leute da sind. Man muß sie nur heranholen und für die Mitarbeit gewinnen. Meine verehrten Freunde! Parteipolitik und Personalpolitik gehören zusammen. Wenn Sie das erkennen und die Anliegen und Interessen der Arbeiterschaft entsprechend berücksichtigen, dann können wir hoffen, daß die Wahlen so positiv ausfallen werden, wie wir das alle wünschen im Interesse der Christlich-Demokratischen Union. *(Beifall.)*

Adenauer: Ich möchte nicht die Diskussion über den Punkt 4 in die Länge ziehen, aber das Thema, das Herr Albers angeschnitten hat, ist von solch entscheidender Bedeutung für unsere gesamte Partei, meine Freunde, daß ich – nehmen Sie es mir nicht übel – etwas erschrocken bin darüber, welche Aufnahme bei Ihnen einige seiner Ausführungen gefunden haben. Lesen Sie doch das, was Herr Kühn geschrieben hat! Studieren Sie das einmal! Dann wird Ihnen vieles klar. Das Ergebnis ist doch, daß wir ohne einen erheblichen Prozentsatz der Arbeitnehmerstimmen eine Mehrheit im Bundestag nicht wieder erreichen können. Und das ist doch für uns alle miteinander ein Punkt von entscheidender Bedeutung.

Ich möchte noch hinzufügen: Die Sozialdemokratie wird sich zu diesem Wahlkampf für das Jahr 1961 in einer Weise rüsten wie niemals zuvor; denn wenn sie diese Wahl auch noch verliert, dann ist allerdings der Bestand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schwer gefährdet. Das verträgt keine Partei, viermal hintereinander geschlagen zu werden. Wir wollen die Arbeit des Bundesvorstandes aktivieren, und hierbei bitte ich, auch diesen Punkt mit allem Ernst zu betrachten, und zwar seiner ganzen Bedeutung entsprechend. Ich kann das nur nochmals unterstreichen, was Herr Albers über die Gefahr, die uns hier droht, gesagt hat. Überlegen Sie einmal, welche großen Wählergruppen stehen zu uns. Da haben wir zunächst die Landwirtschaft. Nun, meine Freunde, für die Landwirtschaft im Bundesvorstand, im Bundesparteiausschuß, im Bundesparteitag und in der Fraktion des Bundestages ist wirklich gesorgt. Die folgende große Wählergruppe sind die Frauen. Für die Frauen wird nach meiner Meinung – die ich immer vertreten habe – zu wenig getan bei uns. *(Weber: Viel zu wenig!)* Ich spreche ja in Ihrem Sinne, Frau Weber!

Die dritte große Gruppe ist die mittelständische Gruppe. Ich will mich einmal ganz unbestimmt ausdrücken. Auch für sie wird viel getan. Es wird viel darüber gesprochen, und wir betonen mit Recht immer und überall, daß wir für den Mittelstand eintreten. Die Sozialdemokratie hat versucht, in die intellektuellen Schichten der mittelständischen Kreise hineinzukommen. Diese Schicht ist nicht groß. Das ist ihr aber nicht gelungen, und jetzt kehrt sie zurück – und das zeigt die Untersuchung von Kühn ganz klar – zu ihrem ursprünglichen Standpunkt, eine Partei der Arbeiter

zu sein. Das ist der Auftrag dazu. Kühn ist ein kluger Mann und hat das sehr gut gemacht.

Und nun denken Sie daran – lassen Sie mich jetzt auf die Außenpolitik zurückkommen –, was es bedeuten würde, wenn nach der nächsten Bundestagswahl wir nicht mehr zu bestimmen hätten den Kurs der Bundesregierung in dieser ungemein gefährlichen Lage, in der sich Deutschland auch dann noch befinden wird. Denken Sie daran, daß führende Leute, deren Name etwas galt bei der Arbeiterschaft – ich nenne Arnold und Kaiser –, nicht mehr da sind. Und da müssen Sie doch verstehen, wenn aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft der dringende Wunsch an uns herangetragen wird, dafür zu sorgen, daß auch bei uns die Arbeitnehmerschaft entsprechend vertreten wird. Mehr wollte Herr Albers gar nicht sagen. Und dieses Verlangen von ihm müssen wir als berechtigt und im Interesse der Gesamtpartei liegend anerkennen, weil wir sonst, wenn wir Arbeiter als Wähler verlieren, nicht mehr damit rechnen können, die Mehrheitspartei im Bundestag zu bleiben. Betrachten Sie deshalb bitte die Sache auch unter diesem Gesichtspunkt. Dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß es ein berechtigtes Anliegen der Gesamtpartei ist, wenn wir uns mit dieser Frage ernsthaft beschäftigen.

Gurk: Im Prinzip sind wir in der Sache, die vorgetragen worden ist, durchaus einig. Darüber brauchen wir nicht zu streiten; aber es gibt gewisse Schwierigkeiten praktischer Art, z.B. die Frage, wer denn als Arbeiter gilt. Das ist nicht geklärt und kann auch heute nicht geklärt werden. Das ist ungeheuer schwierig. Ich z.B. war auch ein kleiner Büroangestellter. Ich will aber nicht von mir ausgehen. Die Definition des Wortes „Arbeitnehmer“ müssen wir gelegentlich einmal suchen.

Es ist völlig richtig, mehr in den Betrieben zu wirken. Ich habe in meinem Landesverband einen hauptamtlichen Sozialsekretär nur zu diesem Zweck bestellt. Ich selber habe die Betriebsgruppe gegründet. Ich darf darauf hinweisen: Einen eigentlichen Handarbeiter, also einen Mann, der noch an der Hobelbank steht, hat in Karlsruhe nur die CDU. Die Sozialdemokratie verfügt in der ganzen Fraktion nicht über einen Handarbeiter. Sie macht sich darüber auch keine Gedanken. Das sind aber nur Detailfragen. Jedenfalls sind wir in der Sache völlig einig, und wir brauchen darüber keinen Streit.

Ich hätte nur gerne eine Auskunft – und deswegen allein habe ich das Wort ergriffen –, und zwar möchte ich klar wissen, ob die Christlichen Gewerkschaften in diesen Verbund der Zusammenarbeit einbezogen sind oder nicht. (*Zuruf:* Einbezogen!) Wir sind dankbar für jeden Sekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der in der CDU mitmacht. Und wenn die Herren den Eindruck haben, daß sie bei uns nicht geschätzt sind, dann stimmt das in keiner Weise. (*Zuruf:* Was stimmt nicht?) Ich möchte wissen, ob die Christlichen Gewerkschaften von dieser Zusammenarbeit ausgeschlossen sind, ob sie verfolgt werden oder ob sie gleichberechtigt mit am Tisch sitzen.

Adenauer: Können wir in der Beratung fortfahren? (*Gurk:* Was ist mit der Antwort?) Sie haben es doch von Herrn Albers gehört. Als ich zuletzt mit ihm sprach,

sagte er mir, die Christliche Gewerkschaft sei dabei gewesen. (*Gurk*: Gut!) – Herr Albers!

Albers: Ich will zur Klarstellung noch einmal herausstellen: Auf diesem Kongreß sind in erster Linie alle diejenigen vertreten, die einig in ihrem Wollen sind. Auf diesem Kongreß werden aber keine gewerkschaftlichen Fragen behandelt. Wir werden die Christliche Kollegenschaft und die Christliche Gewerkschaft irgendwie mit eingruppiert. Wenn Sie fragen, wie wir das machen, dann kriegen Sie von mir heute keine Antwort. Ich kann Ihnen nur die Gewißheit geben, daß es uns gelingen wird, alle diese Gruppen auf diesem Kongreß in einer Gemeinschaft vertreten zu sehen.

Adenauer: Bei der Besprechung mit Herrn Albers hat einer der Herren – ich weiß nicht, wer es war – ein Wort von Lenin zitiert, das so heißt: Die Betriebe sind unsere Burgen. Das ist ein sehr ernstes Wort, meine Freunde! Die Arbeiter, die soundso viel Stunden in der Woche – ich weiß nicht, ob es 40 sind – zusammen arbeiten und die lange An- und Abfahrtswege haben, treiben auf diesen Wegen und in den Betrieben sehr viel Politik. Deswegen ist es durchaus gut, wenn solche Betriebsgruppen möglichst überall gebildet werden. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, die Herr Krone genannt hat, hat die SPD 7.000 solcher Betriebsgruppen, (*Krone*: Unter der Führung von Wehner!) die SPD, nicht der DGB. Und wir haben etwa 1.000. Herr Krone macht darauf aufmerksam, daß diese Betriebsgruppen unter der Führung von Wehner stehen. Wenn Wehner die Sache in die Hand nimmt, dann hält er diese Betriebsgruppen für absolut wichtig; denn sonst hätte er sie nicht in die Hand genommen.

Herr Albers! Wir werden uns über diese ganze Frage in einer der nächsten Vorstandssitzungen aussprechen, so daß dann Anträge gestellt werden können für den nächsten Parteitag. Wir können heute an der Zusammensetzung des Bundespartei Vorstandes nichts ändern. Das muß später erfolgen.

Darf ich Ihnen nun erläutern, was gesprochen worden ist in Verfolg des Antrages, den damals Herr Dufhues gestellt hat. Er hat gesagt: „Der Bundesvorstand und der Bundesparteiausschuß der CDU halten es für notwendig, die Arbeit der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden zu aktivieren und zu intensivieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen den Mitgliedern des Vorstandes, unbeschadet ihrer Verantwortung, für die Organisation und Politik der CDU bestimmte Führungsaufgaben übertragen werden.“ Also, er will die Arbeit, um es mit einem Satz zu wiederholen, aktivieren und intensivieren. Er will die Arbeit verteilen auf eine Anzahl von Vorstandsmitgliedern. „Die Erfüllung dieser Aufgaben“ – so fährt er fort – „wird dadurch erschwert, daß die Mitglieder des Vorstandes durch staatliche Ämter in Anspruch genommen sind.“ – Ich würde hinzusetzen: durch staatliche Ämter „und parlamentarische Tätigkeit“ in Anspruch genommen sind. – „Mit Rücksicht hierauf empfiehlt es sich, dem Vorstand geeignete Mitglieder der CDU zuzuteilen, die die laufende Bearbeitung der im folgenden bezeichneten Führungsaufgaben übernehmen. Diese Mitarbeiter sind dem Bundesvorsitzenden und dem gesamten Vorstand verantwortlich.“ Das ist

das Wesentliche: Der Antrag sieht vor, einer Anzahl von Mitgliedern des großen Vorstandes bestimmte Aufgaben zu übertragen und ihnen gleichzeitig Mitarbeiter zuzuteilen. Das ist das Prinzip des Ganzen.

Ich habe Ihnen diese Drucksache nicht zugehen lassen, weil jetzt eine Reihe von Namen genannt werden und weil, wenn der eine oder andere Name nicht gefällt und die Persönlichkeit durch jemand anderes ersetzt werden soll, es dann peinlich ist, wenn 30 oder 40 Exemplare mit diesem Resümee, das nicht in allen Teilen Ihre Billigung findet, in der Welt sind. Im einzelnen wird folgende Regelung vorgeschlagen:

Von Hassel: Es soll Ihnen zugeteilt werden: Politische Wahlen und die Landwirtschaft, und zwar für die politischen Wahlen Dr. Nahm – das ist der Staatssekretär, der bald ausscheidet – und Dr. Heck, der sich freundlicherweise bereit erklärt hat, das zu übernehmen; er ist uns aufgrund der Erfahrungen, die er früher als Bundesgeschäftsführer und jetzt in der Bundestagsfraktion gesammelt hat, ein sehr willkommener Mitarbeiter; für die Landwirtschaft: Solke⁵² und Richarts⁵³. Herr Solke kommt, soviel ich weiß, aus Nordrhein-Westfalen, Herr Richarts aus Rheinland-Pfalz.

Dr. Gerstenmaier: Aufgabenbereich: Universitäten, studentische Jugend und geistige Berufe. Mitarbeiter: Dr. Martin und ein anderer Herr; ich weiß nicht mehr, wer da genannt worden ist. Darüber müßte man mit Herrn Gerstenmaier noch einmal sprechen. (*Gerstenmaier*: Der Bund hat nichts zu sagen. Das ist nicht möglich! Wie kann ich dazu etwas sagen!) Herr Gerstenmaier kommt mit einer übergeistreichen Frage; er sagt: Der Bund hat in der Sache nichts zu sagen, wie kann ich dazu etwas sagen? (*Gerstenmaier*: Das ist nicht identisch mit dem Bund! – *Unruhe und Bewegung*. – *Zurufe*: Warum nicht die Bundespartei? – Wer soll es sagen? – *Gerstenmaier*: Ihre Meinung geht die Bundespartei nichts an!) Meine Herren! Ihre „Liebenswürdigkeiten“ können Sie sich gleich sagen! Lassen Sie mich jetzt selbst bitte weitersprechen.

Blank: Aufgabenbereich: Arbeitnehmer, Betriebsgruppen, betriebliche Wahlen. Nun hat Herr Blank bis zur Bundestagswahl noch ein außerordentlich großes gesetzgeberisches Pensum zu erledigen und somit eine sehr große Arbeit vor sich. Deswegen sollen ihm für diese Arbeit drei Herren zugeteilt werden, und zwar die Herren Katzer, Mick⁵⁴ und Hahn⁵⁵.

52 Emil Solke (geb. 1916), Landwirt; 1953–1961 und 1969–1976 MdB (CDU), 1970 Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes.

53 Hans Richarts (1910–1979), Diplolandwirt, Oberlandwirtschaftsrat; 1953–1972 MdB (CDU) und 1958–1972 MdEP.

54 Josef Mick (1914–1978), christlicher Gewerkschafter; 1930 Windthorstbund, 1946 CDU, 1952–1957 Stadtverordneter in Köln, 1957–1976 MdB, 1963–1975 Vorsitzender der CDA Rheinland und des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der CDA.

55 Karl Hahn (1901–1982), 1953–1969 MdB CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 886 Anm. 79.

Dr. Krone: Aufgabenbereich: Zusammenarbeit der Gesamtpartei, CDU-Fraktion des Bundestages; Mitarbeiter: Rasner und Rösing⁵⁶. Katholische Vereine und Verbände; Mitarbeiter: Barzel⁵⁷.

Kiesinger: Aufgabenbereich: Jugend; Mitarbeiter: Dr. Stoltenberg und Dr. Even. Frauen; Mitarbeiterinnen: Brauksiepe und Jochmus. (*Weber*: Die Frauen tauchen zum erstenmal auf. Ich bin der Meinung, daß vor allem bei den Verbänden eine Frau dabei sein müßte.) Frau Weber! Machen Sie bitte gleich die Vorschläge; lassen Sie mich das zunächst vorlesen.

Dr. Meyers: Aufgabenbereich: Organisation der CDU, Mitgliederwerbung, Propaganda; welche Mitarbeiter Herr Meyers bekommen soll, muß noch überlegt werden. Ausbau von Eichholz zu einem christlich-demokratischen Führungszentrum; Mitarbeiter: Dr. Marx⁵⁸, der jetzt beim Verteidigungsministerium ist.

Dr. Schröder: Aufgabenbereich: Wirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft; (*Erhard*: Wieso Wirtschaft?) Mitarbeiter: Dr. Burgbacher. Evangelische Vereine und Verbände; Mitarbeiter: steht noch nicht fest. Sport. (*Fricke*: Wieso kommt Herr Schröder zur Wirtschaft?) Das hat er von Ihnen gelernt! Wer nicht aufgeführt ist, möge nicht traurig sein. Ich bin auch nicht aufgeführt. (*Von Hassel*: Beim Sport!) Ich war ein sehr angesehener Mann im Sport, Herr von Hassel, als ich noch Oberbürgermeister von Köln war. Aber das ist nun vorbei.

Darf ich wiederholen. Der Grundgedanke von Herrn Dufhues ist der: Um die Arbeit zu aktivieren, nehmen wir eine Anzahl von Mitgliedern des Vorstandes – das sind die, die ich eben aufgezählt habe –, und dann teilen wir jedem dieser Mitglieder bestimmte Arbeitsbereiche zu. Mit Rücksicht darauf, daß die meisten Vorstandsmitglieder – genau wie hier – durch andere Arbeit außerordentlich stark belastet sind, sollen die Mitarbeiter, die sie bekommen, unter ihrer Anleitung die Hauptarbeit tun. Das ist der Grundgedanke. Nun möchte ich bitten, damit die Diskussion klar bleibt, daß wir uns zunächst über den Grundgedanken unterhalten und erst dann, wenn über den Grundgedanken Einigkeit besteht, zu der Frage der Personen übergehen. Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Herrn Dufhues schwebte vor, Herr Erhard, daß die Vorsitzenden der Partei und die Herren des geschäftsführenden Vorstandes – die also bis zum nächsten Parteitag Vorsitzendenfunktionen haben – mit bestimmten Aufgabengebieten bedacht

56 Josef Rösing (1911–1983), Diplomvolkswirt; 1945 Mitgründer der DZP, ab 1949 Geschäftsführer der DZP-Fraktion im Bundestag, 1954 MdB (fraktionslos), 1954 Eintritt in die CDU, 1955–1961 und 1965–1972 MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-BT-Fraktion (1955–1972).

57 Dr. Rainer Barzel (geb. 1924), 1957–1987 MdB (CDU), 1962–1963 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 1963 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-BT-Fraktion, 1964–1973 Fraktionsvorsitzender, 1971–1973 Vorsitzender der CDU, 1982–1983 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983–1984 Präsident des Deutschen Bundestages.

58 Dr. Werner Marx (1924–1985), Regierungsdirektor; 1965–1985 MdB (CDU), 1982–1985 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

werden sollen. Es soll also nicht aus dem Vorstand eine beliebige Anzahl von Mitgliedern genommen werden, sondern nur die stellvertretenden Parteivorsitzenden und die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes entsprechend dem Statut. – Hier ist ein Vorschlag gemacht worden, die Zentralarbeit zu intensivieren, vor allem sollen des öfteren Bundespartei Vorstandssitzungen abgehalten werden. Das muß positiv gemacht werden. Ob der Versuch mit den Aufgabengebieten richtig ist, muß jetzt überlegt werden.

Von Hassel: Ich darf ein paar Sätze sagen als derjenige, der die Konferenz der Landesvorsitzenden in diesem Jahr geleitet hat.⁵⁹ Die Landesvorsitzenden haben sich mit der Frage der Organisation sehr eingehend beschäftigt. Das Ergebnis lag dem Bundesvorstand vor, und der Bundesausschuß hat es dann verabschiedet.⁶⁰ Die Landesvorsitzenden haben zusammen mit den stellvertretenden Vorsitzenden und den drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern auch dieses Thema im einzelnen erörtert. Ihre Auffassung geht – ich will nicht sagen, in völlig entgegengesetzter Richtung – dahin, daß sie ausdrücklich gesagt haben, daß lediglich die vier stellvertretenden Vorsitzenden die Aufgaben unter sich abgrenzen sollten. Die vier stellvertretenden Vorsitzenden sollten alsdann gewisse Aufgaben zuteilen.

Auf dem Bundesparteitag in Kiel ist Herr Katzer beauftragt worden, sich mit den Fragen der Arbeitnehmerschaft zu beschäftigen. Es gibt hier eine enge Zusammenarbeit sowohl mit Herrn Krone als auch mit Herrn Blank, die beide stellvertretende Vorsitzende sind. Ähnlich ist es – um ein Beispiel zu nennen – im Bereich der Universitäten. Hier ist bereits Dr. Martin tätig, und zwar, soweit ich sehe, mit einem außerordentlich guten Erfolg.

Wir waren uns in diesem Kreise einstimmig darüber einig, daß die Funktion der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder mit dem kommenden Bundesparteitag auslaufen soll, so daß eine geschlossene Arbeit, wenn wir jetzt anfangen, alles wieder aufzuteilen, nahezu unmöglich wird. Das ist zumindest die Auffassung, die bei den Landesvorsitzenden nach eingehenden Beratungen erarbeitet worden ist. Da eine Reihe von Landesvorsitzenden unter uns sind, wäre ich dankbar, wenn von dort aus diese Fäden aufgenommen würden. Jedenfalls sind für uns diese Vorschläge neu. Ich persönlich habe davon in einem Gespräch am vorigen Freitag von dem Herrn Bundeskanzler gehört. Ich habe sie schriftlich noch nicht gesehen; diese Vorschläge sind nicht einmal Gegenstand eines Gespräches unter uns gewesen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß dieser Vorschlag, den ich bisher nur mündlich gehört habe, in drei Punkten gewisse Schwierigkeiten in sich schließt. Einen Punkt hat Herr von Hassel uns genannt.

59 Protokolle vom 22. Januar, 17. und 23. April, 2. Mai und 3. September 1959 in ACDP VII-004-034/1.

60 Sitzungsprotokoll des Bundesausschusses vom 28. September 1959 in ACDP VII-001-021/5 S. 122–124.

Ich glaube, daß es keinen Zweck hat, Aufgaben zu erteilen aus einem bestimmten Personenkreis heraus, wenn man davon ausgeht, daß dies nur bis zum kommenden Bundesparteitag geschehen soll. Jeder, der eine solche Aufgabe übernimmt, wird eine gewisse Anlaufzeit gebrauchen, um die notwendigen Vorbereitungen bis zu einem Tag, wo die Arbeit wirklich laufen und wo etwas geschehen kann, zu treffen. Und das hat keinen Zweck, wenn die Arbeit im April ohnehin zu Ende sein soll.

Wenn man davon ausgeht, daß diese Tätigkeit nicht im April zu Ende gehen soll, sondern über den nächsten Bundesparteitag hinaus, dann finde ich doch, daß dieser Vorschlag – und zwar gegen die Stimmung, die z.B. auf der Sitzung des Bundesparteiausschusses für uns alle sehr deutlich geworden ist – eine sehr weitgehende Präjudizierung für den kommenden Bundesparteitag ist. Er geht aus von der Institution der drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Es geht dabei gar nicht um die personelle Besetzung des geschäftsführenden Vorstandes, sondern es ging bei allen Überlegungen um die institutionelle Frage, ob diese Stellung in der Spitzengruppe erhalten werden sollte oder nicht. Hier wird im Grunde präjudiziert: Sie soll in dieser Form erhalten bleiben. Und das finde ich schwierig.

Der zweite Punkt scheint mir ebenso wichtig zu sein. Man kann sicher in einem Kabinett davon ausgehen, daß die und die Persönlichkeiten zur Verfügung stehen und auch die Aufgaben verteilt werden. Ich glaube aber, in einer politischen Partei, insbesondere auf dem Felde der Organisation, der Propaganda usw., stehen zuerst die Aufgaben da. Und dann wird man, wenn der Vorstand im ganzen eine Entlastung braucht, überlegen, welche Aufgaben im einzelnen noch von irgendwelchen Leuten besonders wahrgenommen werden sollen. Ich glaube aber, daß man hier zu schwierigen und in manchen Fällen vielleicht erzwungenen Lösungen kommt, wenn man ausgeht von einem Tableau bestimmter Persönlichkeiten und dann Überlegungen anstellt – das ist, wie ich offen gestehen muß, mein Eindruck von dem Vorschlag –, wie kann man diesen sechs oder sieben Leuten oder wieviel es sein mögen ein ungefähr gleichwertiges Arbeitsgebiet geben. Ich finde, daß dieser Vorschlag wirklich der ausdrücklichste Beweis dafür ist, daß der Weg von den Personen zu den Aufgaben in einer politischen Partei nicht gangbar ist, sondern daß man von den Aufgaben zu den Personen gehen muß.

Nun der dritte Punkt! Ich habe in meiner eininhalbjährigen Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer und vorher als Stellvertreter von Herrn Heck in der gleichen Weise die Erfahrung gemacht, daß das, was die Christlich-Demokratische Union dringend braucht, ein Mehr an Koordinierung ist. (*Zuruf*: Sehr gut!) Ich habe bei diesem Vorschlag, so wie ich diese Partei und den Betrieb, der sich daraus entwickelt, kenne, die große Angst, daß daraus nicht ein Mehr an Koordinierung, sondern ein Mehr an Atomisierung wird. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Lassen Sie mich das an einem Punkt klarmachen. Hier wird ein Aufgabenbereich verteilt: politische Wahlen. Es wird ein anderer Aufgabenbereich verteilt: Organisation und Propaganda. Was gehört hier zusammen, und was soll hier getrennt werden? Es werden gewisse Aufgabenbereiche verteilt, z.B. die Landwirtschaft, für die wir ein Kabinettsmitglied der Christlich-

Demokratischen Union haben, für die wir einen Bundesfachausschuß der Christlich-
Demokratischen Union haben und für die wir nun einen Beauftragten mit zwei – wie
soll ich mich ausdrücken – Delegaten haben. Und ich weiß nicht, ob diese Aufgabe
in ihrer Lösung, so wichtig sie ist, dadurch wesentlich erleichtert wird, daß wir nun
eine neue Instanz schaffen. Mir scheint vielmehr, daß man überdenken sollte, wo
liegen die Probleme innerhalb unseres Verhältnisses zur agrarischen Bevölkerung.
Und da kann man zu dem Ergebnis kommen, daß der Landwirtschaftsminister wegen
seiner staatlichen Funktion nicht immer der Mann ist, der das gleichzeitig für die
Partei wahrnehmen kann auf öffentlichen Veranstaltungen, auf Kundgebungen und
in der Publizistik. Aber ich würde sagen, da muß man überlegen, wie können wir
aus dem neu zu konstituierenden Agrarausschuß der Bundespartei – wenn wir ihn
nicht von vornherein zur Farce machen wollen – etwas entwickeln, was neben
dem Landwirtschaftsminister und in enger Zusammenarbeit mit ihm diesen Bereich
wahrnehmen kann.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auf einen vierten Punkt hinzuweisen.
Halten Sie das nicht für eine Anmaßung! Wenn ich jetzt diesen Vorschlag höre
und wenn ich ihn sehe, dann überlege ich mir als der von Ihnen gewählte
Bundesgeschäftsführer der Partei eigentlich nur, was es in diesem Amt noch für
sinnvolle Aufgaben gibt, denen ich mich in Zukunft vielleicht zuwenden kann.

Wenn ich hier also sehe: Drei Mann für die Organisation, drei Mann für politische
Wahlen, drei Mann für politische Bildungsarbeit, dann kann ich ehrlicherweise der
Partei nur raten, das Geld, das sie bisher für mein Gehalt ausgegeben hat, in Zukunft
entweder karitativen Zwecken oder einer anderen vernünftigen Aufgabe zuzuführen.
An mich werden Sie es dann jedenfalls sinnlos verschwenden. Das wird keinen Zweck
mehr haben!

Adenauer: An die letzten Worte des Herrn Kraske möchte ich doch anknüpfen,
und zwar in voller Offenheit, Herr Kraske. Sie haben mir gesagt, als ich die Gedanken
äußerte – der Vorschlag stammt von Herrn Dufhues, und ich nehme an, er wird das
Wort dazu noch ergreifen –, Sie seien anderer Meinung, weil nach Ihrer Auffassung
durch ein Mehr an Personen, die sich mit den ganzen Fragen beschäftigen, die
Lösung nur schwieriger werde. Aber daß Sie mir jetzt hier sagen, daß wir dann
Ihr Geld sparen sollten, das kann ich – nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Kraske –
unter keinen Umständen billigen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Für Sie ist Arbeit mehr als
genug noch vorhanden! Meinen Sie denn, daß wir nicht alle darunter leiden, daß sich
bisher zu wenig Leute um den ganzen Betrieb gekümmert haben! Sie haben doch
nicht nur für den laufenden Betrieb zu sorgen, daß Briefe beantwortet werden usw.;
Sie haben mehr als genug Arbeit, weil einer dasitzen, beobachten und aufmerksam
machen muß. Wenn Sie so etwas sagen, dann verkennen Sie völlig die Aufgabe, die
Ihnen zuteil geworden ist. Das muß man Ihnen sehr nachdrücklich sagen! (*Weber:*
Jawohl!) Es kann gar keine Rede davon sein, daß Sie etwa der Verantwortliche sein
sollen für die ganze Wahl. Das können Sie gar nicht, und wenn Sie Gott weiß was
für Geisteskräfte hätten. Das können Sie einfach nicht leisten! Sie haben offenbar

noch keine Wahl in einer so verantwortlichen Stelle mitgemacht. Fragen Sie einmal den Herrn Heck. Wir haben vor den letzten Wahlen jede Woche einmal in einem sogenannten technischen Kreis zusammengessen. Wir werden das auch jetzt wieder tun. Ich habe das eben nicht gesagt, um nicht zu verwirren. Es handelt sich um einen technischen Kreis, der die Technik der ganzen Wahlen einschließlich der Propaganda, des Films usw. durcharbeitet. Das ist eine geradezu ungeheuer große Arbeit. Und der nächste Wahlkampf wird noch viel erbitterter werden, als es der letzte Wahlkampf gewesen ist.

Nun aber, meine Damen und Herren, möchte ich ein Wort zu dem sagen, was Herr von Hassel gesagt hat. Es sind von der linken Seite des Hauses Klagen gekommen, daß bisher gar nichts davon bekanntgeworden ist. (*Gerstenmaier*: Mir nichts, aber den anderen alle! – *Von Hassel*: Mir vor vier Tagen! – *Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Das ist immerhin eine Besinnungspause!) Wer sich noch nicht besonnen hat, der braucht heute nichts zu sagen, der kann warten. Mir liegt nichts daran, daß das heute beschlossen wird. Ich möchte Ihnen sagen, wie die Dinge wirklich liegen.

Die Wahlen kommen mit jedem Tag 24 Stunden näher. Der Bundestag wird sein am 27. April. Die Wahlen werden sein Mitte September des folgenden Jahres. Dazwischen kommen zweimal die Herbstferien; es kommen die Osterferien und die Weihnachtsferien, so daß also die Zeit, die wir haben, außerordentlich knapp ist. Und da finde ich es gut, daß Herr Dufhues die Sache gemacht hat. Er hat es nicht mit mir etwa vorher besprochen. Ich bin auch eines Tages davon überrascht worden, als er gesagt hat, wir können nicht warten bis zum 27. April, und dann [können nicht] große Zänkereien darüber losgehen auf dem Parteitag, wie wir unsere Organisation machen sollen, sondern es muß jetzt gearbeitet werden. Und wenn sich zeigt – was ich für möglich halte –, daß diese Organisation nicht klappt, dann müssen wir darüber noch vor dem Parteitag in einem kleinen Kreise reden. Wir müssen jetzt anfangen zu arbeiten und dürfen nicht immer nur organisieren und die Dinge hinausschieben.

Aus diesen Erwägungen heraus hat Herr Dufhues gesagt: Nehmen wir die Leute, die wir jetzt haben. Machen Sie sich doch klar, daß weder der Bundesvorstand noch der Bundesausschuß ein Recht haben, den vom Bundesparteitag gewählten Leuten einfach zu sagen: Du arbeitest jetzt nicht mehr mit. Es sind doch die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder gewählt worden. Woher sollen wir das Recht nehmen, nun zu sagen, raus mit euch? Das kann nur der Bundesparteitag tun, aber nicht wir. (*Zuruf*: Der Bundesausschuß!) Gut! Dann der Bundesausschuß! Aber wollen Sie vielleicht sagen: Meyers, Kiesinger und Schröder, weg mit euch! Daran kann doch kein Gedanke sein. Ich bitte Sie also wirklich, hier etwas praktisch zu denken. Das war also der Ausgangspunkt des Vorschlags von Herrn Dufhues, daß man das nimmt, was man jetzt hat, damit man ordentlich arbeiten kann.

Sie haben gesagt: Wir haben einen Landwirtschaftsminister, wir haben den Herrn Etzel, wir haben den Herrn Blank usw. Die Leute sehe ich kaum. Ich bin froh, wenn ich einmal in der Woche das ganze Kabinett einigermaßen zusammenhabe; denn die Herren sind fortwährend auf Reisen in Deutschland und außerhalb Deutschlands, in

Europa und außerhalb Europas. Und dann wollen Sie denen noch anvertrauen, sich um die Wahl zu kümmern. Die Herren können das gar nicht. Natürlich muß man mit ihnen Fühlung halten. Das ist ganz klar, aber man darf sie nicht dafür verantwortlich machen. Und so finde ich, *rebus sic stantibus* – an jeder Lösung ist etwas auszusetzen, das ist selbstverständlich –, daß es das Greifbarste ist, was wir jetzt haben.

Ich war, als Herr Dufhues das zuerst vortrug, auch zunächst überrascht. Aber auch wenn man überrascht ist, sollte man überlegen, welche Gründe für einen solchen Vorschlag sprechen. Man sollte nicht einfach sagen: Das Scheusal muß in die Wolfsschlucht. – Machen Sie also praktische Vorschläge!

Dufhues: Die Bemerkung, daß die Annahme dieses Vorschlages die Ergebnisse des Bundesparteitages präjudizieren werde, hat mich erschreckt. Mich beunruhigt der Gedanke, daß man offensichtlich bestrebt ist, bis zum Bundesparteitag die Dinge auf sich beruhen zu lassen und keine Aufgaben in dieser konzentrierten Form unter Benennung einzelner Mitarbeiter vorzusehen. (*Von Hassel:* Das ist überhaupt nicht gesagt worden! – *Zuruf:* Sehr richtig! – *Unruhe.*) Ich setze mich nicht mit Ihnen, Herr von Hassel, sondern mit Herrn Kraske auseinander, der seiner Schlußfolgerung den Ausdruck gegeben hat, daß die Ergebnisse des Bundesparteitages präjudiziert würden.

Wir haben nicht nur im Jahre 1961 Bundestagswahlen, wir haben auch im nächsten Jahr in fünf Ländern Kommunalwahlen.⁶¹ Wenn irgend etwas in unseren Sitzungen hervorgehoben werden muß, dann die unbedingte Notwendigkeit, endlich auch einmal die Kommunalwahlen in den deutschen Ländern zu einem Erfolg werden zu lassen, und zwar so wie bei den Bundestagswahlen und zum Teil auch bei den Landtagswahlen. Wenn das der Fall sein soll, dann kann man nicht einfach sechs Monate verstreichen lassen, ohne wenigstens zu einer Intensivierung und Aktivierung der Arbeit zu kommen.

Das, was Ihnen der Herr Bundeskanzler mitgeteilt hat, ist nicht das Ergebnis meiner persönlichen Überlegungen. Wir haben in einem Kreis verschiedener Parteifreunde zusammengesessen. Ich habe mit den Herren Johnen, Meyers und Krone gesprochen. Wir haben lediglich den einen Wunsch gehabt, die weitere Diskussion vorzubereiten. Es soll nichts präjudiziert werden. Ich gehe aus von den Tatbeständen, wie sie nun einmal gegeben sind, von den Persönlichkeiten, die im Vorstand zur Verfügung stehen. Ich habe nach Möglichkeiten und Wegen gesucht, um die Arbeit innerhalb dieses Kreises nun wirklich anlaufen zu lassen.

61 1960 sollten Kommunalwahlen in Bayern, an der Saar, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen stattfinden (UiD Nr. 3 vom 21. Januar 1960 S. 1f. und 6). Tatsächlich stattgefunden haben die Wahlen in Bayern am 27. März 1960 (AdG 1960 S. 8313), in Hessen und Rheinland-Pfalz am 23. Oktober 1960 (ebd. S. 8718) und im Saarland am 4. Dezember 1960 (ebd. S. 8818). Die Wahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mußten wegen Wahlrechtsänderungen auf den 19. März 1961 verschoben werden (ebd. 1961 S. 8985).

Ich meine, daß dieser Versuch dem nächsten Bundesparteitag die Möglichkeit gibt, aus einer größeren Vertrautheit mit dem, was geschehen ist oder nicht geschehen ist, die Entscheidungen zu treffen, die er zu treffen hat. Es kann keinesfalls als eine Belastung der Beratungen des Bundesparteitages angesehen werden, daß in der Zwischenzeit der Versuch unternommen worden ist, die Arbeit der Spitze der CDU zu intensivieren, um damit dem Parteitag die Möglichkeit zu geben, nun zu sagen: Es hat sich bewährt, oder es hat sich nicht bewährt. Das ist eine Zeit, die man nutzen soll. Ich will mit dem Herrn Bundeskanzler, den ich nicht habe sprechen können – der Kreis der Personen geht über Nordrhein-Westfalen hinaus –, zu dem Ergebnis kommen, daß wir der gegenwärtigen personellen Zusammensetzung des Vorstandes Rechnung tragen müssen, weil das die Basis jeder konkreten Überlegung des Augenblicks ist.

Ich habe mir weiter mit den Damen und Herren Gedanken darüber gemacht, daß es angesichts der Belastung dieser Herren notwendig ist, jüngere Mitarbeiter zur verantwortlichen Arbeit heranzuziehen, aber nicht als Assistent eines einzelnen, nicht als Privatsekretär oder persönlicher Referent, sondern als Persönlichkeit aus dem Kreise der mittleren oder jungen Generation, die dem Bundesvorsitzenden und dem Gesamtvorstand verantwortlich sind. Es sollen Persönlichkeiten sein, denen man eine Chance gibt, sich in der Arbeit der Partei zu bewähren. Da sind Namen wie Stoltenberg, Majonica⁶², Blank und viele andere genannt worden, die nun einmal unter diesem Gesichtspunkt unter die Lupe genommen werden sollen.

Es geht nicht darum, die Verantwortung der Wirtschaftspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Ernährungspolitik usw. dieser Herren zu teilen, Herr Professor Erhard. Niemand hat daran gedacht, Ihre Zuständigkeit auch nur in etwa zu beschneiden; das gleiche gilt auch für Herrn Schwarz⁶³. Aber es geht, um ein Beispiel zu sagen, darum, die großen Verbände in der Landwirtschaft zusammenzufassen, Verbände, die bisher nicht in jenen Kontakt zur CDU gekommen sind, auf den die CDU nicht verzichten kann; wie ich überhaupt eines vermisste – was ich jetzt in Westfalen anzupacken versuche –, daß wir nämlich zwischen der CDU als Partei und den vielfältigen Vereinigungen und Verbänden draußen im Lande bei weitem nicht jene Verzahnung hergestellt haben, die notwendig ist, um diese auch mitgliedermäßig auf schwachen Füßen stehende Partei zu stärken, um dieser Partei jenes Gewicht in den großen Organisationen des kirchlichen und ständischen Raumes zu geben, auf das sie praktisch nicht verzichten kann, wenn sie sich weiter erfolgreich betätigen will. Die Übertragung von Aufgaben auf den einen oder anderen dient nicht zuletzt dem Ziel, die Vorbereitungen dafür zu treffen, daß diese Verzahnung, diese ständige Fühlungnahme, dieser geistige Austausch und auch die politische Beeinflussung dieser Verbände endlich in die Hand genommen werden.

62 Dr. Ernst Majonica (geb. 1920), 1950–1972 MdB (CDU), 1979–1984 MdEP. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 84 Anm. 33.

63 Werner Schwarz (1900–1982), Landwirt; 1953–1965 MdB (CDU), 1959–1965 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Das waren die Überlegungen, von denen wir ausgegangen sind. Ich bitte herzlich darum, die Vorschläge, die hier von mir mit meinen Freunden gemacht worden sind – die zum Teil nicht unwesentlich verändert worden sind aufgrund von Überlegungen, die der Herr Bundeskanzler angestellt hat –, lediglich als Basis für Ihre Überlegungen zu nehmen. Es möge sich niemand gekränkt fühlen, daß er nicht berücksichtigt ist oder daß ihm Aufgaben übertragen worden sind, für die er an sich eine Zuständigkeit nicht hat. Es ist ein Versuch, ein Schema zu entwickeln, das vielleicht zu einer Intensivierung unserer Arbeit führen kann.

Ich würde vorschlagen, die Einzelheiten der Aufstellung dieser Aufgaben, auch die Einzelheiten der personellen Ausstattung mit den zugeteilten Herren, hier nicht im einzelnen zu diskutieren; denn wir sind uns darüber einig, daß das praktisch nicht möglich ist. Es sollte eine Kommission gebildet werden, zu deren Mitgliedern Sie alle das Vertrauen haben, daß sie ohne persönlichen Ehrgeiz sich an die Aufgabe heranzumachen, um dann bereits für die nächste Vorstandssitzung Vorschläge zu erarbeiten, die von Ihnen generell erörtert und entweder gebilligt oder abgelehnt werden können. Mir liegt daran, Ihnen eine Diskussionsbasis zu geben, damit wir endlich zu einer praktischen Arbeit kommen. Es soll, Herr von Hassel, nichts präjudiziert werden, auch nicht durch Überlegungen, von denen Sie gesprochen haben.

Adenauer: Es liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Ich glaube, wir haben alle Gewinn davon, wenn die Diskussion möglichst klar ist. Lassen Sie mich deswegen auf ein Wort des Herrn von Hassel noch zurückkommen, das er eben gesagt hat. Er hat gesagt, dieser Vorschlag entspreche nicht der Intention der Landesvorsitzenden, die der Auffassung gewesen seien – ich glaube, ich habe es richtig behalten –, daß die vier stellvertretenden Vorsitzenden die Intensivierung der Parteiarbeit übernehmen müßten. Nun, das erkläre ich Ihnen für absolut unmöglich, meine Damen und Herren. Ich wüßte nicht, wie diese vier stellvertretenden Vorstandsmitglieder das überhaupt fertigbringen sollen; (*Weber:* Sie haben es bis jetzt auch nicht fertiggebracht!) denn die Herren haben wahrhaftig noch sehr viel anderes zu tun.

Wir müssen also das Ganze unbedingt auf breitere Schultern legen. Deswegen finde ich den Vorschlag des Herrn Dufhues – ich komme auf die Prinzipien noch einmal zu sprechen – richtig, daß er aus dem jetzt gewählten Vorstand eine Anzahl von Mitgliedern herausnimmt und ihnen Aufgabenbereiche zuteilt und ihnen gleichzeitig, da die Herren anderweitig sehr stark in Anspruch genommen sind, Mitarbeiter zuweist, und zwar hauptsächlich aus dem mittleren und jüngeren Lager. Das halte ich ebenfalls für sehr wichtig. Und wenn es nicht richtig läuft, dann können wir vor dem 27. April – vielleicht im Januar – zusammenkommen und die Sache wieder ändern. Keinesfalls aber können wir warten bis zum 27. April. Das ist restlos ausgeschlossen.

Albers: Wir haben es zu tun mit dem Vorschlag Dufhues. Wir müssen ihn überprüfen. (*Zuruf:* Ich nicht! – *Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich kann auch meine Zustimmung zu diesem Vorschlag heute nicht geben. Das muß noch im einzelnen überprüft werden. Herr Dufhues, Herr Johnen und die anderen

Landesfürsten! Nehmen Sie auch einige Leute dazu, die etwas von der Parteipolitik und von der allgemeinen Politik kennen. Dann kann man die Dinge überlegen. Wie es uns jetzt vorgetragen wird, habe ich in einzelnen Punkten Bedenken anzumelden, die ich aber jetzt nicht aufzählen möchte.

Scheufelen: Der Vorschlag von Herrn Dufhues scheint mir am Zentralpunkt völlig vorbeizugehen. Uns geht es zunächst einmal darum, einen Raum zu schaffen, in dem die Partei überhaupt existieren kann. Es ist von den Kommunalwahlen gesprochen worden. Wir haben gestern in Baden-Württemberg Kommunalwahlen gehabt.⁶⁴ Wir haben diesen Wahlkampf führen müssen ohne einen Pfennig Geld von der Fördergesellschaft, (*Weber:* Hört, hört!) weil wir von der Partei aus bis jetzt nicht verstanden haben, uns den Raum zu schaffen in der Gesetzgebung, in dem wir als Partei existieren können. – Die SPD ist in einer ganz anderen Situation. Sie verfügt von vornherein über die Hilfe der Gewerkschaften. Sie hat es von vornherein verstanden, sich von allen Zeitungen, die mit ihrer Hilfe und durch Spitzenträger von ihr gegründet worden sind, einen Umsatzbonus von 3 % geben zu lassen. Das sind Beträge, die im Jahr in die Millionen gehen.

Bei uns hat es an der notwendigen Voraussicht gefehlt, das Karlsruher Urteil⁶⁵ zu verhindern, dessen Auswirkungen wir jetzt sehen. Die Landtagswahlen in Hessen und Bremen⁶⁶ und die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg wären bestimmt besser gewesen, wenn wir über die nötigen Gelder hätten verfügen können. Wir stehen vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im nächsten Jahr.⁶⁷ Es sind Situationen eingetreten, daß wir als Landesvorsitzende sagen müssen, in dieser Form können wir als Partei nicht mehr existieren. Infolgedessen ist es nicht das Primäre, ein zweites Kabinett zu schaffen, sondern das Primäre ist, zunächst einmal eine schlagkräftige Gruppe zu schaffen, die versucht, nun zu retten, was noch zu retten ist. Wir müssen einen Weg finden, um die finanzielle Situation in Ordnung zu bringen, und zwar soll sich die Partei um das Parteiengesetz kümmern. Das scheint mir das zentrale Problem zu sein. Erst dann können wir an die zweite Aufgabe herangehen. Ich halte es für unglücklich, daß man jetzt wieder die Sache zersplittert, bevor man an dieses zentrale Problem herangeht. Ich möchte im Interesse der CDU hoffen, daß der Vorschlag, Herrn Schröder mit den Wirtschaftsfragen zu befassen, nach dieser ganzen Vorgeschichte nicht aus diesem Raum herauskommt. (*Dufhues:* Es denkt kein Mensch daran! – *Unruhe.* – *Gerstenmaier:* Wie kann man so einen Unsinn aufschreiben!)

64 Am 8. November 1959 – Ergebnisse in AdG 1959 S. 8050 und S. 8071f.; vgl. auch UiD Nr. 1 vom 7. Januar 1960 S. 4.

65 Urteil des BVerfGE vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57) – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 8 (1959) S. 51–71. Vgl. auch TITZCK S. 25–28.

66 Landtagswahl in Hessen am 23. November 1958 (FISCHER 1 S. 613–615) und Bürgerschaftswahl in Bremen am 11. Oktober 1959 (vgl. Anm. 1).

67 Landtagswahl in Baden-Württemberg am 15. Mai 1960 (Wiederholungswahl am 12. März 1961) in FISCHER 1 S. 109f.

Adenauer: Das ist ein hartes Wort: „Unsinn“, das möchte ich nicht gehört haben. Ich habe mir noch nie erlaubt, das, was Sie gesagt haben, als Unsinn zu bezeichnen, obwohl es mir oft auf der Zunge lag. (*Anhaltende Unruhe.*)

Gurk: Ich möchte eins vorausschicken. Die Konferenz der Landesvorsitzenden hat es wirklich gut gemeint. Die Konferenz der Landesvorsitzenden besteht überwiegend aus Herren, die in der Bundespolitik nicht aktiv in den Vordergrund treten und auch nicht treten wollen. Das Eigenartige der Situation ist folgendes: Die Konferenz der Landesvorsitzenden wollte eine Straffung der Parteiführung. Und nun ist sie plötzlich in einer Umdrehung der Lage in den Verdacht gekommen, als ob sie das Gegenteil wolle. Ihr Ziel war es – diese kühnen Träume sind aber längst ad acta geschrieben worden –, durch die vier in einer Stellvertretung periodischer Art gerade eine Stärkung der Bundesgewalt zu erreichen. Das möchte ich noch einmal klar herausstellen. Das ist nun plötzlich umgekehrt gegangen, und zwar so, als ob die Landesvorsitzenden ganz unbeteiligt wären an den Positionen im Bund und somit gegen den Bund etwas unternehmen wollten. Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, daß der Vorschlag der Konferenz der Landesvorsitzenden richtig ist, nämlich eine Aufgabenverteilung, um eine Straffung zu erreichen. Es ist ein Zuruf gemacht worden: Die haben es bisher auch nicht gekonnt. – Ich meine, daß eine Straffung für die vier das Richtige wäre.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort sagen. Ich bitte dabei um freies Geleit, daß ich wieder aus dem Saal herauskomme; (*Adenauer:* Das wollen wir erst abwarten.) aber einer muß es sagen, einer muß es aussprechen. Ich bitte um freies Geleit, aber wenn Sie mich dafür totschiessen, dann tun Sie es! Es wird viel herumgeredet um die Sache. Es steht aber im Raum noch etwas ganz anderes, nämlich höchst persönliche Dinge. Wir sind uns darüber nicht mehr sicher, Herr Bundeskanzler und meine Damen und Herren, ob bestimmte Vorschläge von bestimmten Landesverbänden nur von der Sache her kommen, oder ob da schon Kämpfe im Vorspiel, im Vorgelände sind um künftige Positionen auf dem Parteitag. Einer muß es mal sagen. Ich sage es jetzt. Da ist bei uns doch die Unsicherheit, ob nicht durch diese Zerfaserung, durch diese Zersplitterung – und da möchte ich dem Herrn Bundesgeschäftsführer recht geben – eine Koordinierung noch schwieriger sein wird als bisher, ob nicht diese Zerfaserung schon ein starker Vorfeldkampf um Positionen auf dem nächsten Bundesparteitag ist. Ich erhebe keinen Vorwurf, aber es muß mal einer sagen, was immer wieder gesprochen wird, daß wir darüber unsicher sind, ob wir um die Sache kämpfen oder um etwas anderes.

Ich möchte noch einmal für die Herren Landesvorsitzenden in Anspruch nehmen, daß sie durch Konzentrationsbestrebungen gerade die Bundesleitung stärken wollten, sogar gegen sich selbst, wenn es sein muß. Da sollte doch eigentlich anerkannt werden, daß es uns wirklich darum geht, die Schlagkraft des Ganzen zu stärken. Insofern verrete ich nach wie vor den Grundsatz, daß eine Aufgabenverteilung in stärkerer Konzentration das richtige wäre.

Stoltenberg: Wenn wir über die Frage der sogenannten Beauftragten hier sprechen, müssen wir ganz zurückblenden auf die Gesamtkonzentration ihrer Bundespartei in

ihrer Führung, um das Problem genauer zu sehen. Wir haben einen Gesamtvorstand – das sind wir –, der wegen seiner Größe nur in größeren Zeitabschnitten tagen und arbeiten kann.

Einer der Punkte, über den wir uns einig waren, ist der Versuch, den engeren Vorstand, den wir schon haben, als ein politisches Führungsgremium aktionsfähiger zu machen. Das ist ein Punkt, über den bisher Übereinstimmung besteht.

Dann haben wir die Fachausschüsse der Partei. Es war unsere zweite Aufgabe, die wir uns gesetzt haben – darüber herrschte auch im Bundesausschuß Übereinstimmung –, diese Fachausschüsse aufgrund der Stuttgarter Beschlüsse neu zu aktivieren und ihnen eine bessere Form für ihre Arbeit zu geben.

Die Frage, über die wir jetzt diskutieren, nämlich zusätzlich Beauftragte für einzelne Arbeitsbereiche politischer oder organisatorischer Art einzusetzen, wollten wir erst dann besprechen, wenn wir uns über die Fachausschüsse schlüssig geworden waren; denn diese Beauftragten bedeuten gewissermaßen eine Ergänzung der Arbeit der Fachausschüsse, um deren Wirken in den einzelnen Arbeitsbereichen zu verstärken. Insofern stimme ich dem zu, daß wir uns erst abschließend über dieses Bukett unterhalten können, wenn wir uns über die Fachausschüsse schlüssig geworden sind.

Der sachliche Gegensatz ist nicht ganz so groß, wie es hier angeklungen ist. Es geht darum, nicht zu viele – ich würde sagen acht bis zehn – Beauftragte für die einzelnen Gebiete zu finden. Es gibt eine Reihe von Gebieten, die Herr Dufhues vorgeschlagen hat, über die Übereinstimmung besteht, z.B. die Kulturvereinigungen, die Universitäten, die evangelischen und katholischen Verbände, die Jugend, die Frauenverbände usw. Es kommt darauf an, daß wir uns in einem kleinen Kreis darüber schlüssig werden, welche Bereiche wir besetzen wollen.

Was als Meinungsverschiedenheit bleibt, ist die Frage des methodischen Vorschlags. Herr Dufhues geht aus von den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes und versucht nun, ein System zu finden, jedem einige dieser Bereiche zuzuordnen. Dabei entstehen natürlich Schwierigkeiten. Ich halte es nicht für glücklich – ohne dem Herrn Innenminister vorgreifen zu wollen –, wenn wir sagen, der Herr Innenminister soll die Wirtschaftspolitik machen. Das ist nur ein Beispiel.

Man müßte also überlegen, Herr Dufhues, ob nicht der andere Weg richtiger ist, nämlich von den Sachgebieten auszugehen. Dann müßte man sich in einem kleinen Kreis über diese acht bis zehn Bereiche verständigen, und zwar bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstandes. Man müßte ebenfalls darüber klar werden, wer von den jüngeren Mitgliedern der Partei in den einzelnen Bereichen mitarbeiten soll. Wir könnten uns dann im Gesamtvorstand abschließend darüber unterhalten. Es kommt nicht darauf an, daß nun jeder der Herren gleichmäßige Arbeitsgebiete aus Gründen der Systematik bekommt; ich könnte mir vorstellen – wenn ich mir die Diskussionen von früher vor Augen halte –, daß man sich auf dieser Linie, die ich angedeutet habe, finden kann. Wir können im Vorstand die Probleme der Fachausschüsse diskutieren. Dann müßte es möglich sein, aufgrund der Vorarbeiten dahin zu kommen, daß vier

oder fünf Herren bis zur nächsten Vorstandssitzung einen abgewogenen Vorschlag machen, so daß wir dann zu einem Ergebnis in dieser Frage kommen können.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Ich habe mich für die heutige Sitzung vorbereitet und geglaubt, daß heute die Fragen erörtert würden, die sich aufgrund der Überlegungen der letzten Sitzung des Bundesausschusses – die sich wiederum gründeten auf den Vorstellungen der Landesvorsitzenden – ergeben haben, nämlich für den nächsten Parteitag konkrete Formulierungen vorzulegen. Ich bin der Meinung, daß das nachher im Entwurf hier erörtert wird.

Wir werden sehen müssen – wovon der Herr Bundeskanzler gesprochen hat –, daß ein engeres Gremium bestimmt wird, das die Vorbereitungen der Bundestagswahl im Jahre 1961 in die Hand nimmt. Es sind von der Bundesgeschäftsstelle dem Herrn Bundeskanzler dazu konkrete Vorschläge unterbreitet worden, und zwar a) aufgrund der damaligen Zusammensetzung im Jahre 1957 und b) unter Berücksichtigung dessen, daß inzwischen zwei Jahre vergangen sind. Es ist eine ganz klare Konzeption, daß dieses Gremium zunächst in Zwischenräumen von 14 Tagen oder drei Wochen in der gleichen Form wie vor 1957 zusammenkommt.

Es wird drittens angeregt – Herr Stoltenberg hat mir das Wort aus dem Mund genommen –, daß eine kleine Kommission die Vorbereitungen für die Berufung der neuen Bundesfachausschüsse trifft. Wir hatten etwa ein Dutzend Bundesfachausschüsse. Vier davon sind unbedingt erforderlich; sie haben auch gut gearbeitet. Acht oder neun wurden zum Teil ad hoc gebildet, so daß man sie heute nicht mehr einzuberufen braucht. Man könnte sie aber wiederum, wenn es nötig ist, ad hoc bilden, jedoch nicht unbedingt als ständige Ausschüsse. Diese Kommission sollte nach dem neuen Prinzip, das die Geschäftsordnung gesetzt hat, die Vorschläge für die Einberufung dieser Ausschüsse ausarbeiten.

Dann darf ich darauf hinweisen, daß mit dem 31. Dezember dieses Jahres unser Freund Bach sein Amt als Bundesschatzmeister niederlegen wird. Wir sollten heute in dieser Bundesvorstandssitzung darüber sprechen, wen wir vorübergehend als Bundesschatzmeister bis zum Parteitag in Karlsruhe bestellen wollen, weil die Eintragung der Gründer der verschiedenen Gesellschaften, die vorbereitet sind – es steht im Finanzstatut⁶⁸ –, erfolgen muß, und zwar bis spätestens zur Jahreswende, möglichst aber noch im Dezember. Das sind die Vorschläge, die ich heute hier zu machen habe. Ich bin bisher nicht dazu gekommen, weil zunächst der Vorschlag von Herrn Dufhues zur Diskussion stand. Es ist unbestreitbar richtig, meine Damen und Herren, wenn der Herr Bundeskanzler und Herr Dufhues sagen: Wir können diese Dinge nicht ad calendas graecas verschieben oder bis zum Parteitag zurückstellen. Es gibt aber die Möglichkeit, daß man diese Dinge dem

68 Druck der vom CDU-Bundesausschuß am 28. September 1959 beschlossenen vorläufigen Finanzordnung in UiD Nr. 45 vom 12. November 1959 S. 6.

gegenwärtigen geschäftsführenden Vorstand überträgt und den Herrn Bundeskanzler bittet, als Bundesvorsitzender die Sitzung einzuberufen.

In diesem Kreis kann man die Vorschläge von Herrn Dufhues nicht im Detail erörtern. Herr Dufhues sagt, es habe ihn erschreckt, daß davon gesprochen worden sei, die Dinge bis zum Parteitag zurückzustellen, so daß bis dahin nichts geschehen solle. Das hat kein Mensch gesagt! Ich möchte noch einmal darauf verweisen, was im Laufe der letzten zehn Monate von uns bereits erledigt worden ist.

Wir haben von Grund auf die Organisation überprüft. Wir haben von Grund auf die neuen Ordnungen der Partei sehr sorgfältig erarbeitet. Sie liegen Ihnen heute gedruckt vor. Wir haben die Bundesgeschäftsstelle entlastet von einer Reihe von Mitarbeitern, von denen wir glaubten, durch sie nicht weiterkommen zu können. Wir haben uns – wenn ich richtig orientiert bin – von acht Herren und zwei Damen gelöst. Herr Dufhues! Wenn gesagt wird, es sei nichts geschehen, dann ist aus diesen Tatsachen der letzten Zeit abzulesen, daß hier eine vorzügliche Arbeit geleistet worden ist. Unsere Kollegin Frau Weber hat gesagt, wir hätten es bisher auch nicht geschafft. (Weber: Das ist doch so!) Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich von dem Gedanken ausgehe bei der politischen Arbeit in der CDU, es handelt sich nicht darum, Menschen zu suchen, die Zeit haben, sondern es müssen Menschen sein, die draußen im Lande auch Autorität haben. Diese werden immer noch ein Maß an Zeit haben. Aber nur mit Menschen, die Zeit haben, bringen Sie die CDU nicht weiter. Das muß ich einmal deutlich hier aussprechen. Ich nehme für mich in Anspruch – ich weiß es auch von Kollegen –, daß ich im Jahr mit seinen 365 Tagen mindestens 70 volle Tage für die CDU zur Verfügung stehe, und zwar außerhalb meines Landes Schleswig-Holstein. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte hier deutlich sagen, niemand von uns hängt an dem Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden. Wir bemühen uns aber, so gut wie wir es können, unsere Arbeit zu leisten. Es ist nicht einfach, aber es darf ausgesprochen werden, daß das, was geschehen ist, vom Herrn Vorsitzenden und seinen Stellvertretern gemeinsam gemacht worden ist.

Darf ich noch einmal wiederholen: Heute sollten wir – zumindest ins Unreine gesprochen – jene Formulierungen hören, die der Bundesausschuß als Vorbereitung und als Überlegungen für Karlsruhe uns auf den Weg gegeben hat. Da gibt es zwei Dinge, die zu machen sind: Der Entwurf einer Satzungsänderung zum § 9, der bekanntlich die Zusammensetzung des Vorstandes vorsieht. Ein Entwurf ist dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt worden aufgrund der Überlegungen, die der Bundesausschuß gemacht hat. Sie lauten:

§ 9: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden,“

– Die einheitliche Auffassung der Landesvorsitzenden, man möge nicht vier, sondern zwei stellvertretende Vorsitzende nehmen, ist hier ganz klar nicht bestätigt worden. Herr Dr. Gurk hat gesagt: Sie ist ad acta gelegt worden. –

„c) dem Bundesschatzmeister,

- d) dem Bundesgeschäftsführer,
- e) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
- f) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,“
– das sind z.B. die Exil-CDU, der Verband Oder/Neiße usw. –
- „g) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,“
– das sind der Mittelstand, die Junge Union, die Sozialausschüsse, die Frauen usw. –
- „h) zehn weiteren Mitgliedern, die vom Bundesausschuß zu wählen sind.“

Im nächsten Absatz heißt es:

„Die CDU-Regierungschefs und Bundesminister nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil. Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen. Der Vorstand kann bis zu drei Mitglieder kooptieren.“

Der entscheidende § 10, der davon ausgeht, daß wir nicht mehr einen geschäftsführenden Vorstand haben, sondern einen engeren Vorstand, sollte etwa lauten:

„Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei gemäß den Beschlüssen des Bundesparteitages und des Bundesausschusses. Er wählt“ – und das ist der entscheidende Satz – „aus seiner Mitte einen engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden“ – also 1 plus 4 – „und zehn weitere Mitglieder angehören. Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer.“ – Das ist wie bisher. – „Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.“ (*Dufhues*: Würden Sie noch einmal wiederholen!) „Der engere Vorstand besteht aus den Vorsitzenden – 1 plus 4 Stellvertretern – und zehn weiteren Mitgliedern. Die weiteren Mitglieder wählt der Gesamtvorstand aus seiner Mitte.“ – Sie werden nicht gewählt vom Bundesparteitag. – „Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten.“

Dieser engere Vorstand erhält den Auftrag, die laufenden Arbeiten zwischen den Sitzungen des Bundesvorstandes wahrzunehmen, insbesondere soll er die Sitzungen des Bundesvorstandes, die Arbeit der Fachausschüsse anleiten und auswerten, die Koordinierung zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden erleichtern und wichtige Stellungnahmen der Partei erarbeiten. Das wäre mit wenigen Worten die Aufgabe dieses engeren Vorstandes. Es ist zwar Sache des Bundesparteitages in Karlsruhe, darüber zu entscheiden, dennoch muß man es hier vorbereiten, weil man eine solche Satzungsänderung ... (*Blumenfeld*: Den Auftrag haben wir doch!) Deshalb müssen wir hier dazu Stellung nehmen.

Darf ich anregen, daß wir wie folgt verfahren: Wir berufen zu einem Zeitpunkt, der festgelegt werden müßte, den bisherigen geschäftsführenden Vorstand ein. Wir geben ihm als schriftliche Vorlage diese Dinge hier. Wir können dann von neuem in der großen Vorstandssitzung im Januar – oder wann es geht – eine Empfehlung vorbereiten, die dem Bundesparteitag zugeleitet wird.

In der Zwischenzeit soll, genau wie vor der Wahl im Jahre 1957, der Herr Bundesvorsitzende ein engeres Gremium berufen. Dazu sind ihm fünf Vorschläge gemacht worden. Wir sagen dann weiter, fünf oder sechs Herren bereiten die Berufung

der Bundesfachausschüsse vor. Diese Berufung muß durch den Vorstand erfolgen; jedenfalls muß sie aufgrund unserer Satzung durch uns gebilligt werden.

Cillien: Ich gehöre zu denen, die den Vorschlag von Herrn Dufhues heute zum erstenmal gehört haben. Ich bin nicht in der Lage, ihn so negativ zu beurteilen, wie das hier geschehen ist. Ich glaube nicht, daß er so sehr in Widerspruch steht zu dem, was wir in Berlin gedacht und geplant haben.⁶⁹ Jedenfalls waren wir uns alle darüber einig, daß

1. der 1. Vorsitzende überbelastet ist und
2. eine stärkere Aktivierung – um dieses mißbräuchliche Wort zu gebrauchen – eintreten muß im Interesse der Partei.

Es ist geplant worden, statt vier nur noch zwei Stellvertreter zu nehmen. Ich habe damals den Einwand gemacht, daß das vor dem nächsten Parteitag nicht möglich sei. Wenn vier Leute gewählt worden sind, dann bleiben sie auch gewählt, bis der neue Parteitag zusammentritt. Man kann das also nicht machen.

Ich bin nicht überrascht, daß man jetzt eine Arbeitsteilung unter den vier stellvertretenden Vorsitzenden und den drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern vornimmt; denn alle sieben sind ja nicht gewählt worden zur Repräsentation oder als Statisten, sondern um zu arbeiten. Und da ist es nichts Besonderes, wenn der Versuch gemacht wird, ihnen besondere Arbeiten zuzuteilen. Ob das in einer alle voll befriedigenden Weise geschehen ist, das ist eine andere Frage. Darüber können wir noch reden. Jedenfalls sollte man diesen Versuch ernst nehmen.

Wir haben in den Zeitungen sehr viel Aufsehen erregt mit unseren Reformvorschlägen; es wurde gesagt, es käme etwas Großartiges heraus. Wir können jetzt nicht beschließen, das Ganze bleibt dem Bundesparteitag überlassen; denn es liegen in der Zwischenzeit so viel dringende Aufgaben vor uns, daß wir jetzt eine Verteilung der Arbeit vornehmen müssen. Aber bleiben Sie bei den Freunden im geschäftsführenden Vorstand; denn sie sind ja legitimiert durch die Wahl des Parteitages. Sie werden dann auf dem nächsten Parteitag sich äußern müssen, was sie getan haben.

Zum Schluß noch eins! Sie haben recht, Herr von Hassel, es ist vieles getan worden. Das wollen wir auch anerkennen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich bin nicht dafür, bis zum Bundesparteitag zu warten. Wir haben zwei Vorschläge. Ich sehe sie nicht ganz so harmonisch wie Herr Cillien. Der eine ist der, der als natürliches Ergebnis der letzten Bundesausschußsitzung aufgrund der vorangegangenen Sitzungen der Landesvorsitzenden – wie eben von Herrn von Hassel noch einmal vorgetragen worden ist – herausgekommen ist. Der andere ist mir völlig neu, nämlich derjenige von Herrn Dufhues.

Ich bin der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß Sie der Kritik begegnen können mit dem Ruf: Machen Sie bessere Vorschläge! Genau das hätte ich gewünscht,

⁶⁹ Tagung der Landesvorsitzenden der Union am 2. Juli 1959 in Berlin (Protokoll in ACDP VII-004-034/1. Bericht in UiD Nr. 27 vom 9. Juli 1959 S. 1).

daß man diese Möglichkeit gehabt hätte. Deshalb hätte ich gewünscht, daß diese Sache jedenfalls vorher den stellvertretenden Vorsitzenden der Partei zur Kenntnis gegeben worden wäre.

Wenn Herr Cillien sagt, daß diese Herren durch eine Wahl legitimiert sind, so etwa zu verfahren, dann bin ich auch dieser Meinung. Ich bedaure aber, daß ich das noch in keinem einzigen Fall erlebt habe. Und ich für meinen Teil – das muß ich offen sagen – bin nicht willens, unter allen Umständen unter dieser Kondition in dieser Position zu verharren. Daran liegt mir überhaupt nichts.

Es ist einfach nicht möglich, einen relativ weitgehenden Vorschlag, wie ihn Herr Dufhues gemacht hat, hier in einer solchen Debatte unvorbereitet bis ins Detail hinein sachgemäß zu würdigen. Als ich dem Herrn Dufhues – nach Ihrer Meinung ein hartes Wort – dazwischengerufen habe und das Wort vom Unsinn sprach, das nicht dem Herrn Schröder galt, sondern dem Erfinder dieses Projekts, meinte ich – und nun will ich es übersetzen –, daß diese Sache ein einzigartiges rasantes Politikum enthält, und zwar nur eine Tendenz. Über alles andere kann man reden, Herr von Hassel, unbeschadet dessen, ob die Vorschläge von Herrn Dufhues in der Linie liegen oder nicht.

Wir müssen dankbar sein für jeden konkreten Vorschlag, aber dieser enthält ein Politikum, das ich für absolut negativ und gefährlich halte. Da ist die Geschichte mit der Wirtschaft. Wenn wir im Stände der Unschuld wären und nicht in diesem Sommer gerade diese Fälle⁷⁰ erlebt hätten, würde ich das nicht sagen. So aber finde ich, daß es eigentlich eine zurückhaltende Kritik ist, Herr Bundeskanzler, die Sie nicht rügen, sondern gelten lassen sollten, weil Sie uns ja mit harten, jedenfalls schnittigen Worten immer veranlaßt haben, uns in diesem Kreise zu äußern. Deshalb sollten Sie gelten lassen, wenn ich sage: Das ist ohne Sinn. (*Adenauer*: Das ist etwas ganz anderes!) Herr Bundeskanzler! Das deutsche Substantiv „Unsinn“ besagt doch eigentlich nichts anderes als die Feststellung: Das ist ohne Sinn. (*Heiterkeit*. – *Unruhe*. – *Dufhues*: Erstens verkennen Sie völlig den Vorschlag, zweitens müssen Sie sich an den richtigen Adressaten wenden!) Ja, wer hat es denn erfunden? (*Anhaltende Unruhe*. – *Dufhues*: Ich werde Ihnen gleich antworten!) Sie wissen es, nur ich als ein 25%iger stellvertretender Vorsitzender der Partei ... (*Lebhafte Heiterkeit*.) weiß einfach nichts davon. Infolgedessen liege ich so schräg. Es gibt viele Herren, die hier unendlich mehr wissen und mehr präziser reden können als ich.

Herr Dufhues! Ich hätte gerne vorher gewußt, wie Ihr Vorschlag aussieht; denn dann hätte ich darüber nachdenken können, ob Ihr Vorschlag nach dem Gesichtspunkt

⁷⁰ Gerstenmaier spielt vermutlich auf die Personaldiskussionen innerhalb der CDU im Zusammenhang mit der Präsidentschaftskrise und Parteireform an. Vgl. dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 179–192; DERS., Adenauer 2 S. 502–526 sowie KOEFER S. 369–372. Vgl. auch „Der Spiegel“ vom 1. Juli 1959.

gearbeitet ist: Wie beschäftigen wir die vorhandenen Personen im geschäftsführenden Vorstand und noch ein paar andere dazu. Ich kann nicht annehmen, daß Sie diese Sache unter dem Gesichtspunkt der Arbeitstherapie entworfen haben.

Ich hätte auch gerne gehört, wie Sie sich mit dem Gesamtkomplex auseinanderzusetzen gedenken, von dem ich meine, daß es nun wirklich höchste Zeit ist, daß sich dieser Bundesvorstand damit beschäftigt. Ich gehörte bis jetzt zu den Leuten, die es nicht sehr ernst genommen haben, wenn in den Zeitungen stand: „Was ist geschehen? Ministerpräsident gegen Innenminister“, und zwar in seiner Eigenschaft als Innenminister, nicht als CDU-Mitglied Schröder, oder wenn es heißt: „Gegen den Bundeskanzler, gegen den Bund, gegen den Bundestag“ usw. – Aber allmählich finde ich doch, daß das Klima ein bißchen zu heiß wird, daß es heißer wird, als es unserer Bundespartei bekommt. Und das darf nicht sein.

Jetzt sollte endlich hier Feierabend sein! Das Klima soll nicht mehr an diesem Punkt gesteigert werden. Und was tut die Parteiführung, um das zu verhindern? Wir können eine solche Frage gar nicht abweisen; denn wir sind das einzige Gremium, das hier steuernd eingreifen kann. Wenn wir die Kultusminister unter sich lassen und jeder dann auf gut Glück marschiert, oder die Herren Ministerpräsidenten, soweit sie zu uns gehören, die ja bedeutsame Funktionen in der Bundesorganisation der CDU ausfüllen sollen, haben andere Konzeptionen usw., dann finde ich, daß man sich solchen Dingen allmählich stellen muß. Ich finde, daß man die Rede von Osterloh zur Kulturlinie und zur Schullinie unserer Partei⁷¹ nicht einfach als den Einzelgang eines Mannes bezeichnen kann, der nun reden kann, was er will – vielleicht sagt der Ministerpräsident aus Bayern übermorgen genau das Gegenteil –, sondern das sollten wir nicht hinnehmen. Das geht nicht mehr. Das ist völlig ausgeschlossen.

Auch in der anderen Sache, nämlich im Kampf um das große Instrumentarium des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Meinung, wie Rundfunk, Fernsehen usw. muß an diesem Tisch endlich eine klare Linie gewonnen werden. Wir können hier einfach nicht mehr sagen und es unseren eigenen Leuten gewissermaßen suggerieren: Das ist nur ein Kompetenzstreit zwischen dem Bundesinnenminister und einem Ministerpräsidenten oder einem Kultusminister, der sich gerade für diese oder jene Sache interessiert. So geht das nicht.

Wir müssen hier eine klare Linie haben, Herr Bundeskanzler, und wäre es nur, daß wir uns in diesem Kreis verständigen wegen der Kompetenzen usw. Das müßte geklärt werden. Ich habe schon einmal gesagt, daß hier ein prinzipieller Unterschied zwischen diesem Bundesvorstand, der Bundespartei überhaupt und dem Bundestag besteht bzw. daß die Kompetenzverteilung, die im Grundgesetz steht, gar nicht

71 Osterloh hatte auf einer kulturpolitischen Landestagung der CDU Hessens am 24. Oktober 1959 scharfe Kritik an der christlich-demokratischen Kulturpolitik geübt (vgl. FAZ vom 26. Oktober 1959; vgl. auch UiD Nr. 43 vom 29. Oktober 1959 und UiD Nr. 44 vom 5. November 1959).

automatisch gelten kann für die Bundespartei und ihre Organe. Das muß endlich einmal klargestellt werden.

Kommt man zu dieser These und akzeptiert das, dann müssen wir überlegen, was folgt daraus für die bestehende Situation. Was können wir z.B. gegen diese Illusionisten und Phantasten von der SPD tun? Was ist zu tun, wenn Herr von Knoeringen jede Woche irgendeine neue, uns alle in den Alarmzustand versetzende Kulturrede hält? Ich habe gerade das Blatt der Deutschen Studentenschaft zugeschickt bekommen zu Ihrer Hochschulpanne.⁷² (*Schröder*: Nicht zu meiner!) Ich will ja nicht zu der Sache irgendwie Stellung nehmen, Herr Schröder. Ich habe nur gesehen, wie es da zugeht. Im Grunde genommen gelten wir als die Unentschlossenen, als die Stauenden und sich defensiv Verhaltenden, aber diejenigen, die zur Offensive übergehen und sich für die Universität und ihre Belange aufspielen, das sind die „lieben Kinder“ der SPD. So können wir es nicht haben, auch wenn dieser Ausschnitt in der Öffentlichkeit nicht so zu Buche schlägt – da stimme ich mit Herrn Albers überein – wie z.B. die deutschen Arbeiter. Die deutschen Intellektuellen fallen zahlenmäßig nicht so ins Gewicht. Da aber damit verbunden ist das Problem des Instrumentariums des öffentlichen Lebens, ist die Sache von einer rasanten politischen Bedeutung, der wir uns nicht mehr länger entziehen können.

Tun Sie, was Sie wollen, meine Herren, aber tun Sie etwas! Klären wir doch die Geschichte endlich einmal auf. Das ist eine Sache, die noch nicht einmal in einem Arbeitsgremium gemacht zu werden braucht, sondern es ist so, daß sich dieser Kreis hier im ganzen stellen muß. Ich bin der Meinung, daß wir, wie die Dinge heute stehen, nichts anderes tun können, als relativ klare Gesprächsgrundlagen zu schaffen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir bis zum Parteitag warten können, sondern daß wir in kurzer Zeit eine neue Bundesvorstandssitzung gebrauchen, und zwar Anfang Dezember oder in der ersten Hälfte Dezember, in der wir klipp und klar zu einem Ergebnis kommen müssen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß dieses Gremium, wenn man sich entschließt, dem Vorschlag von Hassel zu folgen – man könnte sich auch zum Dufhues-Plan entschließen –, unverzüglich zusammentritt und schon, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesparteitages, mit der Arbeit beginnt. Es soll also nichts Endgültiges getan werden, bis der Bundesparteitag seinen Segen dazu gibt.

Adenauer: Ich will jetzt nicht versuchen, ein klärendes Wort zu sprechen – die Phrase wollen wir weglassen –, sondern möchte nur feststellen, worum es sich bei diesem Vorschlag Dufhues eigentlich handelt, wobei ich bemerke, daß der Vorschlag „Schröder für die Wirtschaft“ nicht von Herrn Dufhues rührt; ich weiß nicht von wem. (*Schröder*: Jedenfalls nicht von mir!) Auch nicht von Herrn Schröder. (*Gerstenmaier*:

72 Möglicherweise spielt Gerstenmaier auf eine Studie des Bundesinnenministeriums über Studentenzahlen und das Fassungsvermögen der deutschen Hochschulen an (vgl. dazu BULLETIN vom 4. November 1959 S. 2089). Schröder war deshalb wegen Einmischung in die Kulturhoheit der Länder heftig kritisiert worden, u.a. auch aus den eigenen Reihen (s. die Rede Meyers vom 3. November 1959, Anm. 138).

Das habe ich auch nicht unterstellt! – *Schröder*: Aber das kommt leicht in den falschen Hals! – *Unruhe*.) Ich hätte gewünscht, meine Herren, es wäre diese ganze Sache mit größerer Sachlichkeit diskutiert worden, als sie hier diskutiert worden ist. Persönliche Ressentiments scheinen augenblicklich wie elektrische Ströme durch den Raum zu gehen. (*Zuruf*: Leider!) Das halte ich für falsch; denn wir dienen doch einer Sache. Und darum handelt es sich.

Und nun möchte ich Herrn Scheufelen antworten. Herr Scheufelen! Alles, was Sie gesagt haben, ist Sache Ihrer Landespartei; es ist nicht Sache der Bundespartei. Sie müssen für Geld sorgen für die Kommunalwahlen usw. Alles das, was Sie gesagt haben, berührt uns hier nicht.

Herr Gurk hat davon gesprochen, daß eine Straffung der Arbeit nötig sei. Man kann aber Arbeit nur straffen, wenn auch Arbeit geleistet wird, Herr Gurk! (*Gurk*: Die vier!) Die vier können das gar nicht; die haben keine Zeit dazu! Nehmen wir die Dinge, wie sie eben sind. Sie können auf dem Parteitag sagen: Raus mit euch. – Aber vergessen Sie nicht, daß in jeder Partei an den leitenden Stellen Leute sitzen müssen, die auch einen Namen haben und bekannt sind. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Herr von Hassel hat davon gesprochen, daß wir Leute brauchen, die Zeit, aber auch einen Namen haben. Unsere Leute haben aber wenig Zeit für diese Arbeit und stehen nicht immer zur Verfügung. Deswegen finde ich den Vorschlag von Herrn Dufhues als eine ausgezeichnete Lösung dafür, damit wir an die Arbeit kommen. Und das ist mir die Hauptsache. Herr Dufhues legt augenscheinlich den Hauptwert auf die Damen und Herren, die als Mitarbeiter genannt werden. Ich habe mir, während die Rede gehalten wurde, das Verzeichnis dieser Namen noch einmal durchgelesen. Da finde ich folgendes:

Arbeitnehmer und soziale Fragen: Katzer, Mick und Hahn. – Wahrscheinlich wird keiner von Ihnen einen besseren Vorschlag machen können.

Politische Wahlen: Nahm und Heck. – Die halte ich für zwei ausgezeichnete Leute. Sie werden wahrscheinlich keine besseren nennen können. Herr Nahm wird voraussichtlich aus seiner bisherigen Tätigkeit ausscheiden und in den Ruhestand gehen, so daß er ganz zur Verfügung steht. Herr Heck ist Bundestagsabgeordneter. Er hat große Erfahrungen aus seiner früheren Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer. Er wird im Bundestag noch einige Sachen behalten müssen, aber im übrigen sich von der Bundestagsarbeit mehr zurückziehen können, so daß er uns zur Verfügung steht.

Landwirtschaft: Hier habe ich kein Urteil. Das sage ich offen. Mir wurde bei der Benennung gesagt, die Herren Solke und Richarts seien gute Leute. Nun haben wir einen Landwirtschaftsminister aus Schleswig-Holstein⁷³; Sie werden wissen, daß die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein eine ganz andere als etwa die in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und weiter im Süden [ist]. Und da erschien es richtig – ich sage nicht als Gegengewicht –, dafür zu sorgen, daß auch diese

73 Claus Sieh (1893–1973), Landwirt; 1951–1962 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (CDU).

eben genannten Länder berücksichtigt würden, und zwar durch Leute, die aus diesen Bereichen kommen.

Wissenschaft, Universitäten: Herr Martin scheint hier ausgezeichnet zu sein. Aber einer allein kann es nicht schaffen. Hier ist noch ein zweiter Mann zu benennen. – Nun kommt einer der wichtigsten Punkte:

Fraktion und Zusammenarbeit mit der Partei: Daß man hier den Fraktionsvorsitzenden nimmt, ist klar. Und dieser hat nun gewünscht die Herren Rasner und Rösing. Das scheint mir auch gut zu sein.

Katholische Verbände: Denen hat sich Herr Krone, unabhängig von seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender, schon immer gewidmet. Es ist auch nötig, daß er das tut. Er hat sich hier als Mitarbeiter Herrn Barzel gewünscht. – Die Mitarbeiter sind nach den heutigen Begriffen fast alle jüngere Leute. Darauf lege ich entscheidenden Wert, daß diese Generation auch an diese Arbeiten herankommt.

Jugendfragen: Kiesinger, Mitarbeiter: Stoltenberg, Even. Hier wird wahrscheinlich auch niemand einen besseren Vorschlag machen können. – Frauen: Mitarbeiterinnen: Brauksiepe und Jochmus. Wir hatten zunächst an Frau Rehling gedacht. Aber da hieß es, Frau Rehling muß sich den europäischen Sachen widmen. (*Rehling*: Es sind ja auch die beiden Vorsitzenden der Frauenvereinigungen. Das ist ganz logisch!)

Organisation, Propaganda: Herr Meyers hat die Organisation der CDU, ehe er Ministerpräsident wurde, sehr tatkräftig in die Hand genommen. Was liegt da näher, da er es selbst wünscht, diese Arbeit fortzusetzen, daß man ihn nimmt. Er muß Mitarbeiter haben. Ich weiß aber noch niemanden.

Ausbau von Eichholz: Herr Marx wird als ausgezeichnete Mann bezeichnet. Das ist eine sehr wichtige Angelegenheit.

Evangelische Vereine: Herr Schröder ist der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises. Was liegt da näher, als daß man ihn heranzieht? Er muß noch Mitarbeiter haben. – Sport: In seinem Ministerium werden die sportlichen Angelegenheiten bearbeitet. Er hat gute Verbindung zu den leitenden Persönlichkeiten des deutschen Sports. Was liegt also näher, als ihn da zu nehmen?

Wirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft: Mitarbeiter ist Herr Burgbacher. Herr Burgbacher ist einer der fleißigsten und kenntnisreichsten Abgeordneten in der Bundestagsfraktion auf diesem Gebiet. Mit ihm ist noch nicht gesprochen worden; auch mit den anderen noch nicht. Ich weiß nicht, ob er es tut. Aber wenn er es täte, wäre das für die Partei sehr gut.

Wenn Sie das alles nehmen, werden Sie sehen, daß die Kategorie der Mitarbeiter durchweg gute und jüngere Leute sind. Auf die jüngeren Leute lege ich den entscheidenden Wert, damit wir nicht immer als eine Partei der absterbenden Leute betrachtet werden, sondern es müssen hier jüngere Leute tatkräftig in die Arbeit eingreifen.

Nun hat Herr von Hassel von dieser Wahlkommission gesprochen. Das ist eine rein technische Kommission. Vor der letzten Bundestagswahl hat eine solche Kommission jeden Mittwochnachmittag bei mir im Hause unter meinem Vorsitz eine Sitzung

abgehalten, und zwar wegen der Versammlungen, der Drucksachen, der Propaganda usw. Jeder wollte den Herrn Erhard als Redner haben. Natürlich konnte er nicht überall hingehen. Die Kommission hat mit der spezifischen Partearbeit nichts zu tun. Es wird höchste Zeit, daß wir hier mit der Arbeit anfangen, z.B. die Plakatsäulen zu bieten. Darüber muß bald entschieden werden. (*Kraske*: Die sind seit einem Jahr für uns reserviert; heute wäre es dazu schon zu spät!) Gut! Aber es gibt noch eine Reihe von solchen Sachen, die technischer Natur sind. Dieser Ausschuß, den wir etwa so nehmen können, wie er vor der Wahl 1957 war, hat mit den oben gemachten Vorschlägen nichts zu tun. Wenn Sie das Ganze überlegen, dann müssen Sie sich über folgendes klar sein, Herr Gurk: Die vier stellvertretenden Vorsitzenden haben effektiv nicht die Zeit, um im Lande herumzureisen und diese Arbeit zu machen.

Nun zu der Frage, die von Herrn Gerstenmaier behandelt worden ist, daß wir keine Entscheidungen treffen. Darin hat er völlig recht, nur übersieht er dabei, daß wir Föderalisten sind. (*Gerstenmaier*: Das gilt nicht in der Partei!) Sie haben von Ihrem Kultusminister gesprochen. Mir ging es genauso wie Ihnen. Aber Sie sehen, wenn man wegen eines Fernsehkanals den Mund auf tut, wird man totgeschlagen, indem gesagt wird, das ist Kultur. Es ist lächerlich zu sagen: Das ist Kultur! (*Johnen entfernt sich.*) – Auf Wiedersehen, Herr Johnen!

Aus persönlichen Gründen liegt mir am Herzen, meine Damen und Herren, daß wir in der Sache weiterkommen. Der sachliche Grund liegt auf der Hand. Wir reden Monat um Monat und sagen, es muß aktiviert werden. Mit vollem Recht! Und nun ran an die Gewehre, meine Herren! Wir wollen Entschlüsse fassen; meinetwegen andere Entschlüsse, aber fassen Sie Entschlüsse! Es wird sich zeigen, ob die Entschlüsse gut gewesen sind oder nicht. Ich möchte die Meinung aus der Welt schaffen, daß ich mich gegen Mitarbeiter und Neuerungen stemme. Soviel tüchtige Mitarbeiter Sie auch bringen, sie sind alle herzlich willkommen. Das ist doch ganz klar. Wir haben eine ungeheure Arbeit vor uns, und gerade jetzt lastet auf mir eine ungeheure Verantwortung in außenpolitischer Hinsicht, so daß ich weiß Gott froh wäre, wenn wir mit dieser Sache fertig wären und ich brauchte mich nicht mehr darum zu kümmern.

Scheufelen: Ich vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß das Parteiengesetz des Bundestages auch Sache der Bundespartei sein muß, (*Adenauer*: Das Parteiengesetz wird heute vorgetragen werden!) daß es nicht Sache der Landesparteien sein kann. Wenn ich über die Landesparteien gesprochen habe, so nur deswegen, weil ich an einem Beispiel dokumentieren wollte, daß nicht nur für die Bundespartei, sondern auch für die Landesparteien, und zwar als Folge eines vielleicht nicht ganz richtig gehandhabten Verfahrens in Karlsruhe, die Mark zu 50 Pfennig geworden ist, so daß wir dadurch alle in eine äußerst schwierige Situation gekommen sind. Ich bin dafür, daß man diesen Punkt zentral als Mittelpunkt hinstellt und daß jemand verantwortlich gemacht wird, der sich um diese Sache kümmert.

Adenauer: Um die Sache in Karlsruhe haben wir uns als Partei gekümmert, aber es wurden – ich kann das hier sagen – Bedenken dagegen laut, daß wir uns zu intensiv darum bekümmert haben. Man hatte Bedenken, daß ein Vertreter der Partei vor dem

Bundesverfassungsgericht gefragt würde: Von wem hast du das Geld bekommen? Wieviel war es? usw. usw. – Infolgedessen ist die Sache vor dem Bundesverfassungsgericht unserer inneren Überzeugung entsprechend vertreten worden vom Bundesfinanzminister und vom Bundesinnenminister. Aber das Bundesverfassungsgericht hat folgendes gemacht: Es hat, ohne uns und die Parteien zu benachrichtigen, den Herrn Eschenburg⁷⁴ als sachverständigen Zeugen genommen. Der hat eine so blendende Rede gehalten, daß er den Rest des Bundesverfassungsgerichts, der noch nicht auf seiner Seite war, dazu gebracht hat. Insofern ist von unserem Vertreter vielleicht ein Fehler gemacht worden, als man nach der Rede Eschenburgs den Vertagungsantrag hätte stellen müssen, damit wirklich das Sachmaterial zur Stelle hätte beschafft werden können. – Aber das ist ja nun leider Gottes vorbei. Daran können wir nichts mehr machen. Aber nachher bei der Besprechung über das Parteiengesetz können wir auf die Frage noch einmal zurückkommen.

Hellwig: Aus der bisherigen Diskussion scheint sich ein Mißverständnis immer deutlicher herauszustellen, das Mißverständnis nämlich, als ob die Aufteilung der Arbeitsgebiete auf die genannten sieben Herren eine Aufteilung fachpolitischer Aufträge sei. Das ist doch sicherlich nicht beabsichtigt, sondern es ist die Verteilung der organisatorischen und der technischen Arbeitsgebiete, wie sie in der Frage der Koordinierung des Verhältnisses der Partei zu den Gliederungen und Vereinigungen usw. im vorparlamentarischen Raum erforderlich ist. Ich glaube, daß gerade das Mißverständnis deutlich geworden ist bei der Frage „Landwirtschaft“ und „Wirtschaft“. Es wird also wohl keiner ein Bedenken vorzubringen haben, wenn die Aufteilung so gesehen wird, daß hier nicht ein fachpolitischer Auftrag etwa an Herrn von Hassel oder Herrn Dr. Schröder und an die genannten Mitarbeiter gegeben werden soll. Wenn das aber der Fall sein soll und beabsichtigt ist, dann müßte ich allerdings die Frage der Herren Stoltenberg und von Hassel aufgreifen: Wo ist die Abgrenzung dieser Beauftragten des engeren Parteivorstandes gegenüber den Fachausschüssen? Es wäre also gut, wenn dieses Mißverständnis geklärt würde. Man müßte gleichzeitig damit die Fachausschüsse bilden, zumindest die Vorsitzenden der Fachausschüsse vorsehen; z.B. kann ich mir für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß keinen besseren vorstellen als den Vorsitzenden des Bundesausschusses für Wirtschaft, Herrn Etzel. – Ich wiederhole: Es wäre gut, wenn dieses Mißverständnis aufgeklärt würde. Dann wäre ein wesentlicher Teil der bisherigen Diskussion erledigt.

Adenauer: Herr Kraske hat darum gebeten, das Thema „Fachausschüsse“ nicht auf die Tagesordnung zu setzen, weil sie schon überlastet sei.

Kraske: Ich würde vorschlagen, die Ausschüsse festzulegen, die gebildet werden sollen. Dann sollten wir zwei oder drei Herren aus dem Vorstand beauftragen, im

74 Prof. Dr. Theodor Eschenburg (geb. 1904), Politikwissenschaftler und Publizist; 1947 Ministerialrat und stv. Innenminister von Württemberg-Hohenzollern, 1951–1952 Vertreter Südwürttembergs bei den Verhandlungen über den Südweststaat, 1949–1973 Professor an der Universität Tübingen, ab 1952 Inhaber des Lehrstuhls für wissenschaftliche Politik.

einzelnen über die personelle Zusammensetzung zu sprechen, damit wir das nächste Mal vom Vorstand endgültig darüber beschließen können.

Adenauer: Dann habe ich Sie falsch verstanden. Ich habe Ihren Brief erst am Samstag bekommen.⁷⁵ Da war es zu spät. Ich gebe ohne weiteres zu, Sie waren durch die Teilnahme am Kongreß der Democrazia Cristiana⁷⁶ sehr in Anspruch genommen. Ich habe es am Samstag bekommen und über Sonntag gelesen.

Aber nun, meine Damen und Herren, wenn Sie die vorgeschlagenen Herren nicht wollen, wenn Sie die vier stellvertretenden Vorsitzenden – vielleicht auch noch den Vorsitzenden dazu – zu Trägern der ganzen Arbeit machen wollen, dann geben Sie uns bitte jedes Jahr DM 100.000,-. Dann können wir die Bundesgeschäftsstelle so ausbauen und mit solchen Herren besetzen, daß diese Arbeit gemacht werden kann. Das können wir aber nicht. Wir haben nicht das Geld dazu. Wir können noch nicht einmal – man muß sich geradezu schämen, das zu sagen – mit Sicherheit die Gehälter zahlen. Wir sind froh, wenn wir den Herren von der Bundesgeschäftsstelle pünktlich ihr Gehalt bezahlen können. Ich würde ehrlichen Gewissens keinem Mann zumuten, einen Vertrag für drei Jahre mit der CDU abzuschließen. Ich würde den Vertrag für die CDU nicht unterschreiben, weil ich nicht weiß, ob wir im nächsten Jahr in der Lage sein werden, den betreffenden Mann zu bezahlen. Ob wir einmal einen solch festen Stand erreichen werden, kann ich nicht sagen. Es sieht fast nicht so aus.

Deswegen müssen wir uns damit behelfen, daß wir freiwillige Helfer, wie sie hier – wie mir scheint – im großen und ganzen klug ausgewählt worden sind, für die Arbeit hinzuziehen. Die Herren des engeren Vorstandes sind mit der Aufgabe betraut, mit ihren Mitarbeitern öfters zu sprechen, wie die Arbeit geschehen soll. Ich habe hier nichts Besseres gehört als das, was Herr Dufhues vorgeschlagen hat. Ich kann mir nicht helfen, ich halte es für dringend notwendig, daß wir endlich einmal an die Arbeit kommen. Ich habe den Beschluß des Bundesausschusses nicht hier. (*Kraske:* Das hier ist der Beschluß!) Ich darf vorlesen: „Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, die Aktivierung und Intensivierung der Arbeit der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der Beratungen vom 28. September 1959 fortzusetzen und dem Bundesausschuß in seiner nächsten Sitzung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“

Herr Dufhues, Sie haben den Antrag zuerst gestellt. Dann hat Herr Krone ihn eine Kleinigkeit geändert, aber es ist im wesentlichen der Antrag Dufhues, der angenommen worden ist. Infolgedessen hat Herr Dufhues geglaubt – und ich respektiere das –, daß er mal einen Vorschlag machen sollte, wie wir weiterkommen können.

Krone: Der Vorschlag Dufhues ist doch für diesen Vorstand neu. Ich würde vorschlagen, daß man die Anträge von Hassel und Dufhues dem legitimen

⁷⁵ Kraske an Adenauer zur Neukonstituierung der Fachausschüsse am 30. Oktober 1959, in ACDP VII-002-001/2. Dort auch weitere Korrespondenz zum Thema Parteireform.

⁷⁶ Parteikongreß der DC in Florenz vom 23. bis 28. Oktober 1959 (AdG 1959 S. 8025).

geschäftsführenden Vorstand der Partei überweist, damit dieser der nächsten Bundesvorstandssitzung einen Vorschlag machen kann, und zwar sollte diese Bundesvorstandssitzung noch im Dezember stattfinden.

Adenauer: Nach meiner Meinung müßten wir die Sitzung schon in der zweiten Hälfte des Monats November abhalten.

Blumenfeld: Herr Krone hat mir das Wort aus dem Munde genommen. Ich wollte den Antrag stellen, daß beide Entwürfe in ein Gremium kommen, damit wir in der nächsten Bundesvorstandssitzung einen Beschluß zur Abstimmung vorlegen können. Ich möchte diesen Antrag noch dahingehend erweitern, daß der geschäftsführende Vorstand zusammen mit der Konferenz der Landesvorsitzenden, die sich über ein Jahr damit beschäftigt hat, diese beiden Dinge behandelt. Es sind eine Reihe von Vorschlägen darin enthalten, die sehr weitgehend in die Überlegungen hineingreifen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung zur Geschäftsordnung usw. gemacht worden sind. (*Adenauer:* Das können wir nicht alles zusammen und auf einmal machen, sondern eines nach dem anderen, Herr Blumenfeld!) Ich mache den Vorschlag, daß das Gremium erweitert wird und die Vorschläge dann erörtert werden von den Herren, die freiwillig seit über einem Jahr ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben für diese Dinge, damit wir, die wir draußen die Verantwortung tragen, nicht überrascht werden von irgendwelchen Beschlüssen; daß wir z.B. parteiamtliche Unterstaatssekretäre mit einem Male schaffen, die wir nicht haben wollen und auch nicht gebrauchen können, weil sie nicht in unsere Konstruktion passen und nicht das sind, was wir uns vorgestellt haben für eine politische Straffung der Bundespartei.

Das möchte ich ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Es ist nicht nur eine Frage der Methode, sondern auch des Systems. Ich bin der Meinung, daß wir darüber noch sehr ernsthafte Erörterungen anstellen müssen; denn so kann der Vorschlag von Herrn Dufhues, den Sie anscheinend sehr stark unterstützen, in keiner Weise übernommen werden.

Zimmer: Der verstorbene Otto Lenz hat vor vielen Jahren – etwa 1950 – dieselbe Konzeption vorgeschlagen⁷⁷, nämlich eine Aufteilung der Arbeit in acht große Gebiete. Bei näherer Prüfung sind wir aber aufgrund der ersten Erfahrungen davon abgekommen, weil wir fürchteten – und hier möchte ich Herrn Dr. Krone bitten, dieser Frage seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken –, daß hier ein Nebeneinander oder Übereinander mit den Fachausschüssen und Arbeitskreisen der Fraktion entstehen könne. Ich möchte nur die Frage stellen. Ich kann es im Augenblick nicht übersehen; denn es sind praktisch nur jüngere Leute in der Partei, die dieses Amt handhaben sollen, die aber gleichzeitig in den Sozialausschüssen oder in anderen Arbeitskreisen die Politik der CDU vertreten. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob hier nicht eine Konkurrenz oder eine Überschneidung entsteht, die es zu vermeiden gilt.

⁷⁷ Nicht ermittelt. – Möglicherweise handelt es sich um Vorstellungen, die Lenz bei der Erarbeitung des CDU-Statuts entwickelt hat (vgl. Lenz an Zimmer vom 3. Juni 1950 – LHA Koblenz NL Zimmer Nr. 73).

Ich möchte geprüft haben, inwieweit die Koordinierung mit unseren Fachministerien gewährleistet ist. Für die Jugendfragen ist in der Fraktion Herr Kemmer⁷⁸ ein sehr rühriger und aktiver Vorsitzender des Jugendausschusses, der allerdings der CSU angehört. (*Adenauer*: Der gehört leider uns nicht an!) Ich möchte nur Klarheit und Gewißheit haben wegen dieser Konkurrenz. Ich möchte schließlich die Gewißheit haben, daß nicht nachher, wenn wir Beschlüsse gefaßt haben, die Landesverbände sagen, hier greift ihr auf diesem oder jenem Gebiet in unsere Arbeit ein; denn es gibt bereits Ausschüsse in den Landesverbänden, die zum Teil arbeiten. Ich sage das, damit wir rechtzeitig diese Schwierigkeiten ausräumen, sonst stehen wir nachher vor einer Mauer und kommen nicht durch.

Schröder: Es ist an sich ungewöhnlich, daß jemand in einer Diskussion, wenn der eigene Name auftaucht, dazu spricht; trotzdem möchte ich das tun, wobei es mir leid tut, daß Herr Professor Erhard nicht mehr da ist. Ich werde es ihm aber auch so sagen. Die Dinge lassen sich sachlich nicht mit einem Zwischenruf aufklären. Es wäre besser, wenn er noch hier wäre, weil jetzt die Sache erörtert wird, die er durch einen Zwischenruf hochgebracht hat.

Das Projekt, wie die Arbeit der CDU in der Spitze gestrafft werden kann, ist sehr einfach und in wenigen Sätzen zu sagen. Ich bin seit langem ein Anhänger des Gedankens, daß wir ein Nebeneinander von vier stellvertretenden Vorsitzenden und drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern nicht gebrauchen können, sondern daß der engere Vorstand in einer vernünftigen Weise arbeitsfähig gemacht werden soll. Ich habe in Berlin und bei vielen anderen Anlässen gesagt – ein Teil der Anwesenden weiß es –, daß wir einen engeren Vorstand von etwa 15 Mitgliedern brauchen, der die gesamte Politik vom Standpunkt der Bundespartei in einer effektvollen Weise aufgrund von Sitzungen, die viel häufiger stattfinden müssen, behandeln kann. Das ist etwas, was wir brauchen.

Was jetzt vorgeschlagen ist – der Vorschlag Dufhues und der Vorschlag von Hassel –, läßt sich nach meiner Meinung bei gutem Willen ohne große Schwierigkeiten auf einen Nenner bringen. Deswegen unterstütze ich in der Sache den Vorschlag von Herrn Krone, daß der geschäftsführende Vorstand den Auftrag bekommt, diese beiden Dinge in eine das nächste Mal verabschiedungsreife Form zu bringen. Das läßt sich ohne weiteres machen.

Noch ein Wort zu dem, daß man mir – ich weiß nicht, wie ich mich ausdrücken soll – die Wirtschaft anlasten will! Ich weiche heißen Eisen nicht aus. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich an diesem Vorschlag überhaupt nicht beteiligt bin. Mich interessiert namentlich das Arbeitsgebiet der evangelischen Vereinigungen und Verbände. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises liegt das sehr nahe. Wenn man sich aber bemüht hat, auf die vorhandenen acht Leute alles aufzuteilen, so ist man offenbar bei der Wirtschaft irgendwie auf mich gekommen. Nun ist es so, daß der Kollege Etzel, wenn ich nicht irre, seit zwölf Jahren ... (*Etzel*:

78 Emil Kemmer (1914–1965), 1949–1964 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 353 Anm. 105.

Seit 1947!) Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU ist. Mit anderen Worten: Ich habe von mir aus gar nicht die Absicht und würde auch nie auf den Gedanken kommen, Herrn Etzel in diesen Aufgabenbereich hereinzureden. Herr Hellwig war von Anfang an Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestages. Leider gehört er nicht mehr in dieser Funktion zu uns. Herr Schmücker ist sein Nachfolger im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages. Mit Herrn Erhard und den drei genannten Herren haben wir hier am Tisch allein schon vier sitzen, die legitime Funktionen auf diesem Gebiet haben, die ich ihnen weder neide noch ihnen nehmen möchte. Deshalb hat Herr Hellwig völlig recht. Von mir geht der Gedanke nicht aus. Herr Hellwig hat gesagt, daß gewisse organisatorische Dinge einmal einem engeren Kreis übertragen werden sollen. Vor mir aus können Sie diese Funktion genauso gut Herrn Hellwig, Herrn Schmücker, Herrn Etzel oder – wenn Herr Erhard die Absicht haben sollte – auch Herrn Erhard übertragen. Aber diese Meinung möchte ich wirklich ausgeräumt haben; denn man kommt in die Gefahr, als ob wir hier – Herr Erhard ist davon abgerückt, dafür danke ich ihm – irgendwie rivalisierten. (*Gerstenmaier*: Wir möchten nur wissen, was gespielt wird!) Ich bedanke mich ja bei Ihnen dafür! (*Gerstenmaier*: Ich habe es verstanden!) Also, ich möchte nicht rivalisieren. Das interessiert mich nicht im geringsten. Das mögen die Herren unter sich tun. (*Heiterkeit*.) Aber darf man hier an diesem Tisch die Wahrheit sagen oder nicht? (*Adenauer*: Mit einer gewissen Vorsicht!)

Ich habe einmal während des ersten Bundestages, als Herr Etzel schwer erkrankt war, die Aufgabe gehabt, dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages viele Monate vorzusitzen. (*Etzel*: Ein halbes Jahr!) Es ist länger gewesen. Aber gut! – Ich habe keine Absicht, zu einer solchen Aufgabe zurückzukehren. Die Herren mögen untereinander ausmachen, wer für die Wirtschaftspolitik als Wirtschaftler federführend sein soll. Mich kann das nicht weiter berühren. Ich lege aber Wert darauf, daß dann, wenn Namen in einer Kontraststellung genannt werden, dieser Verdacht mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird. Wir können wirklich keine Vergiftung der Atmosphäre gebrauchen.

Ich unterstütze den Vorschlag von Herrn Krone, die hier ausgesprochenen Gesichtspunkte im geschäftsführenden Vorstand zu behandeln. Ich gebe dem Herrn Kollegen Gerstenmaier absolut recht. Das wird Sie überraschen. Ich möchte ihm völlig zustimmen, wenn er sagt, daß gewisse Fragen wie Rundfunk, Fernsehen usw. in diesem Kreis erörtert werden müssen. (*Altmeier*: Natürlich müssen die erörtert werden, aber Sie tun es ja bisher nicht! – *Unruhe und Bewegung*.) Über die Rundfunksache können wir im Laufe dieses Tages reden. Mir lag aber zunächst daran, etwas zur Klarstellung dieses Vorschlags zu sagen.

Adenauer: Wir haben schon sehr viel geredet. Ich würde vorschlagen, daß wir uns kurz fassen; nebenan steht der kalte Imbiß, der auf uns wartet. Wir haben danach noch einige Punkte zu erledigen, z.B. die sehr wichtige Frage, was muß in der Bundestagsfraktion vor der Wahl gemacht werden von der Partei aus. (*Zuruf*: Die Fraktion ist vorbereitet!) Nein, die Fraktion ist nicht vorbereitet. Ich bitte Sie,

meine Damen und Herren, sich möglichst kurz zu fassen. Wollen Sie noch zu dem Vorschlag von Herrn Krone sprechen? (*Zuruf*: Nein! – *Zurufe*: Die Landesvorsitzenden müssen dabei sein! – Schluß machen! – *Lebhafte Unruhe*.) Sie meinen, dann könnten wir Schluß machen? (*Anhaltende Unruhe*. – *Zurufe*: Ja! – Die Landesvorsitzenden!) Meine Herren! Das halte ich für grundfalsch. Wir haben uns den Mund fusselig geredet über diese Sache. Nun soll der geschäftsführende Vorstand etwas beschließen, was voraussichtlich Ihre Zustimmung finden wird; aber jetzt den geschäftsführenden Vorstand wieder mit anderen Sachen zu belasten, das halte ich für ausgeschlossen. Das muß ich ablehnen. Lassen wir doch die Sache erledigen! Herr Krone wird etwas dazu sagen.

Krone: Ich bin der letzte, der die Arbeit der Landesvorsitzenden gering einschätzt. Ich bin stets dabeigewesen und habe mitgearbeitet. (*Altmeier*: Und mitbeschlossen! Es wird hier immer nur von den Landesvorsitzenden gesprochen. Dabei hat doch der geschäftsführende Vorstand mitbeschlossen! – *Unruhe*.) Ich habe aktiv mitgearbeitet, und was getan worden ist, weiß ich genau. Das sind die Vorarbeiten, die dem Bundesvorstand vorliegen. Ich verstehe nicht, weshalb man jetzt wiederum sagt: Die Landesvorsitzenden sollen auch dabeisein. Ist denn nicht Herr von Hassel dabei? Ist nicht Herr Gerstenmaier dabei? Sie tun gerade so, als ob etwas gegen Sie gemacht werden soll, meine Herren! Etwas Vertrauen müssen Sie doch haben zu dem vom Bundesparteitag legitim gewählten und bestellten Gremium! (*Unruhe*. – *Blumenfeld*: Darum geht es nicht!)

Adenauer: Doch, auch darum! Meine Damen und Herren! Nun haben sich weiter zum Wort gemeldet die Herren Blumenfeld, Fricke, Etzel, Albers, Stoltenberg, Zimmer – haben Sie das Bedürfnis, alle noch zu hören? (*Zurufe*: Ja! – *Zurufe*: Nein! – *Etzel*: Herr Bundeskanzler!) Bitte, Herr Etzel.

Etzel: Ich habe zunächst eine dringende Bitte. Mein verehrter Herr Kollege Lücke sagt gerade: Hier kann man ja das „arme Tier“ kriegen. (*Gerstenmaier*: Das kenne ich nicht! – *Adenauer*: Das ist hier ein gebräuchlicher Ausdruck. – *Gerstenmaier*: Den kenne ich bisher nicht! – *Unruhe*.) Ich muß dem Herrn Kollegen Lücke zustimmen und sagen: Wir müssen endlich weiterkommen. Deswegen beantrage ich, die Angelegenheit, die hier diskutiert worden ist, dem geschäftsführenden Vorstand zu übertragen, und zwar möchte ich den Antrag noch so einengen, daß der geschäftsführende Vorstand noch in diesem Monat darüber beschließt. (*Von Hassel*: Es ist schon ein Termin hierfür vorgesehen!) Die Behandlung der Ausschüsse ...

Adenauer: Darf ich Ihnen ins Wort fallen, Herr Etzel! Ich würde vorschlagen, daß der geschäftsführende Vorstand am 23. November zusammentritt und der Bundesvorstand am 24. November, damit wir die Sache hier erledigen.

Etzel: Die Behandlung der Ausschüsse sollten wir heute nicht vertagen. Herr Kraske hat ein wenig widersprochen. Ich bin mit ihm einverstanden, aber ich darf von dem von mir geleiteten Ausschuß sagen ... (*Adenauer*: Können wir darüber nicht diesen Nachmittag sprechen?) Ich bin gleich fertig, Herr Bundeskanzler! Man sollte es beschleunigen; denn die Ausschubarbeit läuft langsam auseinander.

Noch etwas zu dem Thema, das hier sehr ernst angeklungen ist, nämlich das Verhältnis der Ausschubarbeit zu den Herren, die nach dem Vorschlag Dufhues bestimmte Arbeitsgebiete übernehmen sollen. Ich habe nichts dagegen, daß man es so aufschlüsselt, daß die vorgeschlagenen Mitglieder des engeren Vorstandes ihre Arbeit aufteilen. Warum sollte sich z.B. Herr Schröder nicht um das Problem der Wirtschaft bekümmern? Aber es muß in dem geschäftsführenden Vorstand geklärt werden, welche Funktionen dann der Fachausschuß hat. Er muß ja eine Funktion haben; denn nach der Satzung berät er den Vorstand. Aber bei der Diskussion heute morgen war von dieser Beratungsfunktion des Fachausschusses nicht mehr die Rede. (*Adenauer*: Verzeihen Sie! Nicht „nicht mehr“, sondern „noch nicht“!) Einverstanden! Aber es muß geklärt werden das Verhältnis zu den Fachministern usw. Ich habe meine Funktion als Vorsitzender des Fachausschusses Wirtschaftspolitik immer darin gesehen, gleichzeitig die Probleme abzustimmen mit Herrn Erhard. Ich habe nie etwas auf den Tisch gebracht, ohne mit dem Ministerium zu diskutieren. Wir haben wichtige Fragen auch mit den Landeswirtschaftsministern diskutiert. Wir haben vom Ausschuß her die Verzahnung und Koordinierung der Probleme vorgenommen und keineswegs versucht, hier irgendwie zu atomisieren, wovon heute morgen die Rede war.

Wenn wir so vorgehen und es so sehen, ist auch eine personelle Gliederung ohne weiteres möglich. Dann gibt es das Problem, das bei Herrn Schröder aufgetaucht ist, einfach nicht. Dann ist einer verantwortlich für die Wirtschaftspolitik. Er wird beraten vom Fachausschuß und seinem Vorsitzenden. Und der Fachausschuß hat zu diskutieren mit der Exekutive usw. Nur müssen die Dinge vorher geklärt werden.

Fricke: Ich bin – meine Freunde mögen mich steinigen – durchaus mit dem Vorschlag von Herrn Krone einverstanden: Nach dieser langen Diskussion soll sich der engere Vorstand mit dem Vorschlag von Hassel und auch mit alledem, was gesagt worden ist, beschäftigen und uns dann konkrete Vorschläge machen. Ich halte es nicht für nötig, daß noch jemand anders von den Landesvorsitzenden dabei ist. Es muß uns genügen, wenn die Herren von Hassel und Krone mitwirken; denn sie waren doch bei den Sitzungen der Landesvorsitzenden dabei.

Meine Damen und Herren! Ich bitte zu bedenken, daß wir draußen im Lande wirklich in einer schrecklichen Unruhe leben, die bis zu den Kreisgeschäftsführern geht. Die schweren Belastungen aus dem letzten Sommer und Frühjahr haben uns nach langem Hin und Her zu Entscheidungen geführt⁷⁹, die letzten Endes richtig gewesen sind, aber die Unruhe draußen ist noch nicht vorbei. Nichts wäre schlimmer, als wenn aus einer großen Diffusion, aus einer Verteilung der Zuständigkeiten der Eindruck entstünde, es fehle an der Geschlossenheit. Uns tut nichts mehr not als a) eine straffe Führung und b) Einigkeit und Geschlossenheit und was dazu führt, daß die Dinge straff geführt werden in einer Koordinierung. Wir sollten nicht den Eindruck hervorrufen, als verteilten wir, damit jeder etwas bekommt. Es wäre katastrophal,

79 Vgl. Anm. 70.

wenn dieser Eindruck draußen entstünde. Als ob wir nicht alle am gleichen Strang zögen!

Es tut uns wirklich nichts mehr not als straffe Führung und Geschlossenheit. Und dafür hat der engere Vorstand zu sorgen. Was an Aufgabengebieten vorgesehen ist in diesem Gremium, war selbstverständlich auch vorher da; natürlich waren diese Freunde aus der Partei, aus der Bundesregierung, aus dem Kabinett, aus der Fraktion für diese Gebiete zuständig, nur hätten sie mehr – das soll keine Kritik sein, sondern nur ein Ausdruck des Bedauerns – zur Verfügung stehen müssen. Und nun möchten wir unten überzeugend erkennbar werden lassen, daß oben wieder Geschlossenheit und Einigkeit herrscht und daß diese Aufgaben gestrafft worden sind. Damit werden wir die Aufgaben, die sicherlich nicht leicht sind, auch meistern können.

Heiler: Ich habe ein Anliegen, das ich dem engeren Vorstand in bezug auf seine Arbeit vortragen möchte. Ich halte es durchaus für richtig, daß die Pläne dort und nicht hier besprochen werden. Die Mitarbeit der jüngeren Kräfte ist unbedingt notwendig und richtig. Wenn wir aber diese Arbeit auf solche Freunde verteilen, die schon mit bestimmten Aufgaben als Mandatsträger usw. stark belastet sind, dann fürchte ich, kommen wir wieder vor verschlossene Türen. Es ist doch so, weder die Vorsitzenden unserer Vereinigungen, noch wer es sonst sein möge, können eine weitere intensive Arbeit auf sich nehmen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Was notwendig ist, das ist eine intensivere Arbeit im vorparlamentarischen Raum draußen im Lande, in den katholischen und in den evangelischen Vereinen usw. Wenn wir dazu die beiden Vorsitzenden dieser Vereinigungen nehmen, dann fürchte ich, daß sie nicht mehr tun können, als sie auch bisher getan haben. Deshalb halte ich es für nötig, die Liste der mitarbeitenden Helfer daraufhin durchzusehen: Inwieweit können diese noch neue Aufgaben auf sich nehmen. Man sollte besonders überlegen, wieweit können die Frauen in den einzelnen Gebieten noch mehr als bisher eingesetzt werden.

Von Hassel: Wir können jetzt ein paar Punkte abschließen, über die wir Klarheit herbeigeführt haben. Wenn nichts anderes vorgeschlagen wird, dann wird der geschäftsführende Vorstand beauftragt, zwei Bereiche zu erledigen: 1. Vorschläge zu machen für eine Satzungsänderung, 2. die personelle Verteilung der Aufgaben analog dem Vorschlag Duffhues – mit aller Kritik und allen Gegenvorschlägen im einzelnen – für die nächste Sitzung des Bundesvorstandes am 24. November vorzubereiten. (*Gurk:* Das haben wir nicht beschlossen! – *Unruhe.*) Dann müssen wir es jetzt abschließend behandeln, damit wir weiterkommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Unbestreitbar ist, daß der Bundesvorsitzende – wie vor der Wahl im Jahre 1957 – zur Vorbereitung der Bundestagswahl ein Wahlgremium bestellen kann. Die Namen kann man gelegentlich bekanntgeben, damit Sie wissen, wer es ist.

Der Bundesvorsitzende beruft drei oder vier Herren, die die Vorbereitungen treffen für die Besetzung der Bundesfachausschüsse, damit der Bundesvorstand am 24. November die Sache erledigen kann.

Der Bundesvorstand muß weiter am 24. November über die Frage entscheiden, wer vorläufig als Bundesschatzmeister bis zum nächsten Bundesparteitag berufen

werden soll. Wir dürfen die Erledigung dieser Frage nicht über den 24. November hinausschieben. (*Albers*: Sie haben bei der Aufgabenverteilung von der Wirtschaft und der Landwirtschaft gesprochen. Wo aber bleibt die Sozialpolitik?) Die ist doch genannt worden! (*Albers*: „Arbeitnehmer“ ist etwas anderes als Sozialpolitik! Aber die Meinung meiner Freunde werde ich dazu am 24. November sagen!)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Können wir abstimmen? (*Zustimmung*.) Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag Krone sind ... (*Adorno*⁸⁰: Zur Geschäftsordnung!) Bitte sehr!

Adorno: Ich bitte, über den Antrag von Herrn Blumenfeld abstimmen zu lassen, die beiden Vorschläge von Hassel und Dufhues nicht nur im engeren Gremium des geschäftsführenden Vorstandes, sondern in einem erweiterten Gremium mit den Landesvorsitzenden zu besprechen. Seit über einem Jahr beschäftigt sich die Konferenz der Landesvorsitzenden mit der Straffung der organisatorischen Arbeit unserer Partei. Wir haben sehr gute Grundlagen erarbeitet und die Aktivierung von unten her ermöglicht durch die Schaffung einer Geschäftsordnung, einer Finanzordnung und einer Ehrengerichtsordnung.⁸¹ Wir haben beschlossen, die Straffung von oben zu ermöglichen, nämlich dem Bundesparteitag vorzuschlagen, nicht vier stellvertretende Vorsitzende, sondern nur noch zwei zu wählen. Das Ziel war, die politische Bedeutung des Bundesvorstandes zu straffen.

Nun aber wird durch den Vorschlag des Herrn Dufhues, den wir heute zum erstenmal hören, durch eine größere Rationalisierung der Aufgaben, durch eine größere Aufteilung diese Aktivierung des Bundesvorstandes noch mehr verwässert. Denn da sind alles Mitarbeiter genannt, die außerhalb des Bundesparteivorstandes tätig sind. Und die Landesvorsitzenden, die doch in erster Linie für die Organisation in ihren Landesverbänden verantwortlich sind, die haben kaum mehr eine Möglichkeit, auf die Aktivierung dieser Organisation Einfluß zu nehmen.

Deshalb möchte ich zumindest, daß wir bei der Vorberatung und bei der endgültigen Beschlußfassung im Bundesvorstand Gelegenheit haben, hierbei mitzuwirken. Darum halte ich meinen Antrag aufrecht, über den Antrag Blumenfeld abzustimmen.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, wir kommen zwei Tage lang alle miteinander zusammen; dann kann jeder sprechen, solange er will. Dieses Gremium hier, Herr Adorno, wird doch entscheiden, und der engere Vorstand soll nur eine Vorberatung haben. Haben Sie denn allmählich nicht eingesehen, daß, je mehr vorberaten wird

80 Eduard Adorno (geb. 1920), 1956–1977 Landes- bzw. Bezirksvorsitzender (ab 1972) der CDU von Württemberg-Hohenzollern, 1961–1972 MdB, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Verteidigung, 1972–1980 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

81 Druck in UiD Nr. 43 vom 29. Oktober 1959 (Geschäftsordnung), UiD Nr. 45 vom 12. November 1959 (Finanzordnung) und UiD Nr. 46 vom 19. November 1959 (Parteigerichtsordnung); zur Geschäftsordnung des Bundesparteigerichts vgl. Nr. 17 Anm. 85 und 86. Zusammenfassende Darstellung in UiD Nr. 39 vom 1. Oktober 1959.

in diesem Gremium, es desto schlimmer wird nachher. Lassen Sie doch den engeren Vorstand zusammenkommen, um Vorschläge zu machen! Oder wollen Sie zwei Tage lang hier sitzen? Ich bitte Sie dringend, diesen Vorschlag abzulehnen und stelle den Antrag, über den Vorschlag von Herrn Krone abzustimmen. (*Von Hassel*: Es ist ein bißchen traurig, daß Sie uns Landesvorsitzenden nicht das Vertrauen schenken!) Herr von Hassel! Ich muß mir das verbitten! Das hat mit Vertrauen nichts zu tun! Es handelt sich jetzt darum, nachdem vier Stunden lang davon gesprochen worden ist, irgendwie weiterzukommen in einem kleinen Kreis, aber nicht in einem solchen von 22 Personen. Wir haben elf Landesvorsitzende. Diese 22 Personen würden wieder von vorne anfangen. (*Krone, der den Raum verlassen hatte, kommt wieder.*) Herr Krone! Es wird hier heftig verfochten – und zwar gegen Ihren Antrag –, daß die Sache nicht dem engeren Vorstand allein zur Vorberatung überwiesen, sondern daß zu dieser Sitzung des engeren Vorstandes auch die Landesvorsitzenden zugezogen werden sollen. Und dagegen wehre ich [mich] mit aller Entschiedenheit. (*Adorno*: Herr Bundeskanzler! Ich halte meinen Antrag aufrecht!)

Also stimmen wir ab. Wir müssen zuerst über den Antrag Krone abstimmen; denn das hier ist ein Zusatzantrag. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag Krone sind, eine Hand zu erheben. – Und diejenigen, die dagegen sind! – Das erste war die Mehrheit.

Ich verstehe es nicht (*zu von Hassel*), daß Sie dagegen gestimmt haben! Ich wollte über Ihren Antrag abstimmen lassen. Ich verstehe es bald wirklich nicht mehr. Und nun bitte ich diejenigen, die für den Zusatzantrag zum Antrag Krone sind, daß die Landesvorsitzenden zugezogen werden sollen, eine Hand zu erheben! – Und nun diejenigen, die dagegen sind! – Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt. – Warum Sie eben dagegen gestimmt haben, ist mir schleierhaft. Das ist höhere parlamentarische Weisheit! Wir unterbrechen die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wenn wir uns alle kurz fassen, können wir die Tagesordnung bis 5.00 Uhr erledigen. Wir wollen uns vornehmen: „Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion bis 1961“, „Parteiengesetz und Rundfunkgesetz“, woran Sie ein dringendes Interesse haben. Wir schwören also einen Rütli-Schwur, Herr Dufhues, daß wir alle kurz reden.

KONSTITUIERUNG DER FACHAUSSCHÜSSE DER BUNDESPARTEI

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es wird, Herr von Hassel, durch einen beachtenswerten Zeugen für so etwas, behauptet, Punkt 3 – Konstituierung der

Fachausschüsse der Bundespartei – sei erledigt. Ich habe das nicht wahrgenommen, sondern ich habe nur gehört, daß vorgeschlagen worden ist, das zu machen, aber es ist nicht darüber abgestimmt worden. Über die wichtigste Frage, wieviel Fachausschüsse und welche, ist noch nicht gesprochen worden. (*Von Hassel*: Das soll das kleine Gremium vorbereiten. Es soll überlegen, welche Fachausschüsse und wer hineinkommen soll!) Wer soll hinein! Aber was für Fachausschüsse? Das müssen wir hier bestimmen, ehe diese Vorschläge gemacht werden können. Ich würde vorschlagen, daß Herr Kraske vorträgt, wieviel Fachausschüsse wir jetzt haben. Sie brauchen nichts darüber zu sagen, daß sie zum Teil nicht funktioniert haben. Das ist öffentlich bekannt. Zum Teil haben sie funktioniert.

Kraske: Wir haben folgende Fachausschüsse im Augenblick: Familienrecht, Gesundheitswesen, Kriegssopfer, Kultur, ...

Adenauer: Wollen wir es so machen, daß wir sofort darüber abstimmen: Er soll bleiben oder nicht, z.B. den Ausschuß für Familienrecht brauchen wir nicht. (*Gerstenmaier*: Klare Niederlage für die CDU!)

Kraske: ... Landwirtschaft, öffentliche Verwaltung (sozusagen der Beamtenrechtsausschuß), Rechtsfragen, Rundfunk, Presse, Film, Sozialpolitik, Sportfragen, Vertriebene, Wahlrecht, Wehrfragen, Wirtschaftspolitik, öffentliche Sicherheit (Polizeifragen). Ich glaube, daß allgemein Übereinstimmung besteht, vier Ausschüsse auf jeden Fall zu behalten, und zwar Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaft und Kulturpolitik.

Adenauer: Ist das eine allgemeine Auffassung bei Ihnen? (*Kraske*: Auch nach den Unterhaltungen, die wir inzwischen hatten!) Ich führe überhaupt keine Unterhaltungen; hier ist der Tisch, wo abgestimmt wird. – Sie haben den Vorschlag von Herrn Kraske gehört, daß nur noch vier Fachausschüsse eingesetzt werden sollen, (*Zuruf*: Er sagte, zumindest vier! – *Zimmer*: Über die anderen soll abgestimmt werden. – *Unruhe*.) und zwar Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaft und Kulturpolitik. Sind Sie damit einverstanden, daß die vier auf alle Fälle bestehenbleiben? – Niemand ist dagegen. Werden Wünsche nach anderen Fachausschüssen laut? (*Zurufe*: Vertriebene! – Sport! – Jugendfragen! – *Zimmer*: Kann man Kriegssopfer nicht mit Sozialpolitik zusammenlegen?)

Meine Herren! Darf ich einmal fragen, unter welchen Gesichtspunkten Sie überhaupt die Einrichtung der Fachausschüsse als solche betrachten. Ich betrachte sie unter dem Gesichtspunkt, daß die Bundespartei auf wichtigen Gebieten eine direkte Verbindung mit dem Wählervolk bekommt. (*Zuruf*: Über die Landesverbände!) Nein, nicht über die Landesverbände, sondern direkt! Hier soll immer sterilisiert werden. (*Zuruf*: Sie werden von den Landesverbänden benannt! – *Unruhe*.) Nein, sie werden von der Bundespartei besetzt! (*Starke Unruhe*. – *Zuruf*: Filialen im Lande! – *Altmeier*: Wir sind doch eine CDU, und wir bedienen uns der Unterorganisationen, und das sind wir, die Landesverbände. Wir richten auch nicht nur Landeswahlen, sondern auch Bundeswahlen aus. Wir sind die Filialen der Partei. – *Anhaltende Unruhe*

und Bewegung.) Welcher Fortschritt unter Gottes Fügung! Ich danke Ihnen, Herr Filialleiter! (*Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Meine Herren Filialleiter und solche, die es werden wollen! Die Sache ist doch die: Was nützen uns die Ausschüsse, wenn sie nicht genügend sachliche Kompetenz und Autorität in der Bundespartei haben? Ich nehme ein Beispiel. Denken Sie an die heillosen Auseinandersetzungen mit der Kriegsofergeschichte, die wir hinter uns gebracht haben, die aber wiederkommt, wenn sich nicht ein solcher Parteiausschuß der Flut zu stellen vermag, die auf uns heranbrandet.

Meine Herren! Sie können doch nicht bei den Filialen anfangen! Dort werden die Dinge nicht in Gang gebracht. Jede Filiale läuft zu ihrem Filialleiter. Hier muß der Kampf bestanden werden. Und wenn die Ausschüsse eine Entlastung sein sollen, dann muß sich z.B. ein solcher Ausschuß für Kriegsofere auch stellen, wenn diese Leute von den Kriegsofereverbänden ankommen. (*Altmeier:* Selbstverständlich!) Aber nichts von alledem! (*Zuruf:* Er existiert z.Z. nicht! – *Unruhe.*) Bei den Kulturfragen ist es ähnlich so. Nichts von alledem existiert!

Adenauer: Das soll ja alles geändert und besser werden, Herr Gerstenmaier. Lassen wir die Hoffnung nicht aufgeben! Sollen wir es nicht so machen: Ich lese Ihnen vor, welche Ausschüsse nach dem Vorschlag wegfallen, und dann sagen Sie, der und der soll nicht wegfallen. – „Gesundheitswesen“? (*Zuruf:* Kann wegfallen!) Niemand meldet sich für das Gesundheitswesen? (*Zuruf:* Familienrecht soll gestrichen werden!) Langsam, meine Herren! Herr Kraske hat Ihnen vorgeschlagen, auf alle Fälle die vier Ausschüsse, die Sie aufgeschrieben haben, wieder einzurichten. Ich erlaube mir, jetzt vorzulesen, welche Ausschüsse, die wir bisher hatten, dadurch wegfallen würden. Und dann bitte ich Sie um eine Gegenäußerung, wenn Sie meinen, der betreffende Ausschuß soll nicht wegfallen. – „Gesundheitswesen“?

Schröder: Leider ist Frau Steinbiß⁸² nicht da. Solange wir wesentliche Gesundheitsgesetze, z.B. Lebensmittelgesetze, Arzneimittelgesetz usw. noch nicht haben, wäre es gut, wenn wir dafür einen gewissen Aufhänger hätten. Wir müßten versuchen, verschiedene Fragen in nur einem Ausschuß zu beraten, etwa in einem Ausschuß für innere Angelegenheiten, wozu auch die Gesundheit gehört. Das wäre wohl eine Erleichterung.

Adenauer: Sie müssen immer an die Zusammensetzung eines Ausschusses für Inneres denken, und ich glaube, dann wird er sehr groß. Es gehören dazu: Wasser, Luft, Geräusche, Krankenhäuser usw. Das ist eine ganz böse Sache, die von gewissen Ländern total vernachlässigt wird. In erster Linie wird Nordrhein-Westfalen genannt. (*Dufhues:* Wir haben 10,8 Betten pro mille. Niedersachsen hat 6,7 Betten. Wenn der Bund dazu übergeht, 100 Millionen aufzuteilen und erhebliche Millionen zuführt ... – *Lebhafte Unruhe.* – *Fricke:* Es kommt immer darauf an, wieviel Geld man in der Kasse hat, Herr Dufhues! – *Anhaltende Unruhe.*)

82 Dr. Viktoria Steinbiß (1892–1971), 1949–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 132 Anm. 98.

Ich war am Samstag in Köln und habe die Klagen aus Essen gehört über das Gesundheitswesen dort, über die Krankenhäuser usw. Vor einem Jahr war in Köln der große Kongreß der privaten Krankenanstalten. Ich habe nun in Köln gehört, es sei aber daraufhin nichts geschehen. Ich werde das dem Bürgermeister Schwering⁸³ schreiben. Sie mögen sich mit ihm auseinandersetzen. (*Von Hassel*: Daß die Frage Gesundheitswesen Bedeutung hat, ist unbestreitbar. Die Bundesgeschäftsstelle ist davon ausgegangen, daß das Gesundheitswesen in den Ausschuß für Sozialpolitik gehört.) Das halte ich für ausgeschlossen, weil für den Sozialausschuß ganz andere Leute nötig sind als für Krankenhäuser, Luftverunreinigung usw. Sie müssen davon ausgehen, wie die Ausschüsse besetzt werden. (*Fay*: Ein Wort zugunsten des Gesundheitsausschusses! Ein ganz großer Teil unserer Wähler, nämlich die Frauen, sind an dieser Arbeit eminent interessiert. – *Zuruf*: Sehr richtig! – *Fay*: Ich würde diesen wahlpsychologischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen. – *Gurk*: Ich möchte ergänzend sagen, daß der Gesundheitsausschuß bleiben soll wegen der Krankenanstalten jeder Art.) Wer ist dafür, daß der Ausschuß für Gesundheitswesen bleibt? – Das ist die Mehrheit.

Nun kommt der „Ausschuß für Rundfunk, Presse und Film“. (*Zuruf*: Kann man mit Kultur zusammennemen!) Das hat mit Kultur nichts zu tun. (*Unruhe*. – *Altmeier*: Dann gehen wir fort. Dann haben wir hier nichts mehr zu suchen! – *Schröder*: Ich bin nicht ängstlich. Man kann trotzdem Grenzlinien ziehen! – *Anhaltende Unruhe*.) Das hätten Sie nicht sagen sollen!

Stoltenberg: In der Praxis haben die Ausschüsse bisher zu 90 % nicht funktioniert. Ich würde vorschlagen, daß wir unter Zurückstellung einiger sachlicher Argumente versuchen sollten, radikal zu vermindern, um die Ausschüsse, die wir behalten wollen, zum Funktionieren zu bringen. Darum möchte ich mir die Frage erlauben, ob wir nicht einen korrespondierenden Parteiausschuß einsetzen sollen. Wir haben den Verein Unionspresse, wir haben im Bundestag den Ausschuß für Rundfunk, Presse und Film, was aber nicht ausschließt, daß wir einen Unterausschuß delegieren.

Adenauer: Ich bin dagegen, daß zuviel auf die Fraktion konzentriert wird. Ich möchte die Rechte der Partei wahren. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Stoltenberg*: Einen korrespondierenden Parteiausschuß!) Es sollen keine Bundestagsabgeordneten, sondern andere Leute hineinkommen. Wie soll er heißen, Herr von Hassel? (*Stoltenberg*: Kulturpolitik!) Nein, ich verstehe unter Kulturpolitik etwas ganz anderes. (*Unruhe*.) Sind Sie einig, meine Herren? Rundfunk, Presse, Film? Wer ist für den Bundesausschuß „Rundfunk, Presse, Film“? (*Gerstenmaier*: Und Kultur?) Nein! (*Gerstenmaier*: Ohne Kultur?) Das ist die überwiegende Mehrheit.

83 Dr. Ernst Schwering (1886–1962), Rechtsanwalt; 1948, 1950 und 1952–1956 Oberbürgermeister und 1949, 1951 und 1957–1958 Bürgermeister der Stadt Köln, 1950–1962 MdL NW (CDU), Mitgründer und Vorstandsmitglied der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands.

Dann kommt der „Ausschuß für Sportfragen“. Herr Schröder! Können wir darauf verzichten? (*Schröder*: Das ist eine Sache, die immer stärker an uns herangebracht wird. Wir könnten hierfür einen kleinen Kreis einsetzen. Das wäre nützlich. – *Altmeier*: Die CDU hat doch einen Sportausschuß; er kommt viel mit den Leuten vom Sport zusammen. Es wäre besser, wenn wir ihn behielten.) Sie haben recht!

Den „Ausschuß für öffentliche Sicherheit“ können wir wohl streichen! (*Zustimmung*.)

„Ausschuß für Vertriebene“? (*Zurufe*: Muß bleiben! – Aus optischen Gründen wollen wir ihn lassen. – *Von Hassel*: Wir haben den Landesverband Oder-Neiße unter dem Vorsitz von Oberländer. Wir haben den Landesverband der Exil-CDU. Müssen wir noch einen Vertriebenen-Ausschuß einsetzen?) Lieber Herr von Hassel! Dasselbe, was Herr Ministerpräsident Altmeier eben gesagt hat, trifft auch hier zu. Wenn wir den Ausschuß nicht hätten, würden wir ihn nicht schaffen. Aber wenn wir ihn jetzt streichen, dann ist das schlecht. (*Von Hassel*: Ich mache nur darauf aufmerksam, daß wir drei Vereinigungen haben, die alle das gleiche behandeln.)

Jetzt kommen welche, die wegfallen können: „Kriegsopferfragen“? (*Zuruf*: Gehört in die Sozialpolitik!) Fällt weg! – „Wehrfragen“? (*Zurufe*: Kann wegfallen. – *Scheufelen*: Es gibt in den Landesverbänden Wehrausschüsse, die tätig sind. Wenn wir jetzt einen Verbindungsausschuß auf der Bundesebene haben, sterben die Ausschüsse der Landesverbände ab. Lassen wir ihn weg. Wenn er nötig sein sollte, können wir ihn noch einberufen. – *Krone*: Der neue Bundesbeamtenvorstand war neulich bei uns. Dieser Vorstand besteht zu zwei Drittel aus unseren Leuten. Sie möchten sehr gern den Ausschuß „Öffentliche Dienste“ einrichten.) Daran sind wir noch nicht. Das kommt noch! Wie ist das mit den Wehrfragen? (*Verschiedene Zurufe*: Kann wegfallen!) Kann wegfallen! – „Öffentliche Dienste“? (*Zurufe*: Soll bleiben!) Bleibt!

„Rechtsfragen“? – Wir müssen zum Strafgesetzbuch und zur Strafprozeßordnung als Partei Stellung nehmen. (*Zurufe*: Soll bleiben!) Soll bleiben! – „Wahlrechtsausschuß“? – Den haben wir ebenfalls dringend nötig. (*Zuruf*: Rechtsfragen und Wahlfragen zusammennemen!) Nein, das ist etwas völlig anderes. Die Wahlfragen sind politische Fragen, die haben damit nichts zu tun. (*Von Hassel*: Die Rechtsfragen werden im Bundestagsausschuß für Rechtsfragen behandelt. Warum sollen wir einen Parteiausschuß für Rechtsfragen machen?) Nehmen Sie an, es würde der Antrag gestellt, die Todesstrafe einzuführen. (*Von Hassel*: Das ist eine politische Entscheidung!) Das ist nun eine Rechtsfrage. Das ist doch keine politische Frage. (*Gerstenmaier*: Aber doch keine Rechtsfrage in diesem Sinn, daß ich bereit wäre, diese Sache an einen Rechtsausschuß zu delegieren!) Das nennen Sie eine politische Entscheidung? (*Gerstenmaier*: Wenn Sie wollen, ja, weil Sie es nicht aus dem Recht dotieren können!) Sie haben ein eigenes Gewissen; Gott sei Dank für Sie. Meines ist diffiziler. Ich bin anderer Meinung. (*Gerstenmaier*: Das nehme ich auf!) Ich würde sagen, einen Ausschuß für Rechtsfragen mit Rücksicht darauf, daß wir einen Entwurf bekommen für das Strafgesetzbuch und für die Strafprozeßordnung. Wir können ihn zurückstellen; sobald aber diese Entwürfe kommen, müssen wir ihn einsetzen.

Der Ausschuß für Wahlrecht ist dringend notwendig, da wir uns mit dem Wahlrecht im Laufe der nächsten zwölf Monate beschäftigen müssen. (*Von Hassel: Ad hoc!*) Ad hoc? (*Von Hassel: Kein ständiger Ausschuß, sondern der Vorstand beruft für bestimmte Fragen solche Ausschüsse ein.*) Ich bin dafür, daß diese Ausschüsse wegfallen, aber der Wahlrechtsausschuß muß sehr bald zusammengesetzt werden.

Und nun würde ich vorschlagen, entsprechend dem Vorschlag von Hassel diese kleine Kommission zu wählen. Ich weiß nicht, wer dabei ist, die stellvertretenden Vorsitzenden oder wer, Herr von Hassel? (*Von Hassel: Krone, Stoltenberg, Blank, Etzel, Schmücker, Heck. Das sind die sechs Herren, die ich vorschlage.*) Die sollen hierfür genommen werden? (*Von Hassel: Es sind Leute, die in Bonn sitzen und die eine personelle Übersicht haben.*) Ich schlage vor, daß das vom Bundesgeschäftsführer durch Korrespondenz usw. vorbereitet wird. Wir wollen vor allem die Landesvorsitzenden auch beteiligen. (*Zurufe: Sehr richtig! – Herrn Johnen!*)

Stingl: Es muß geklärt werden, ob grundsätzlich nur berufen wird oder ob Delegierte von den Landesverbänden eingesetzt werden. (*Lebhafte Unruhe. – Von Hassel: Das steht doch in der Geschäftsordnung!*)

Adenauer: Die Ausschüsse müssen sofort berufen werden. Der Ausschuß für Rechtsfragen hat noch Zeit, bis die großen Gesetze eingebracht werden. Damit hätten wir diesen Punkt der Tagesordnung soweit erledigt.

Dann darf ich Herrn Krone zum Punkt 2 der Tagesordnung „Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion bis 1961“ das Wort erteilen.

ARBEITSPANUNG DER BUNDESTAGSFRAKTION BIS 1961; PARTEIFINANZEN; RUNDFUNKGESETZ; VERSCHIEDENES

Krone: Ich begrüße es, daß sich der Bundesvorstand mit der Frage befaßt, was die Bundestagsfraktion getan hat und was sie zu tun beabsichtigt. Die Fraktion legt auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand entscheidenden Wert. Bei der Kürze der Zeit kann ich nur kurz und sehr gedrängt dazu Stellung nehmen. Ich werde also nur das Wichtigste an Überlegungen hier sagen können. Was ich hier vortrage, ist in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern in der Regierung festgestellt worden. Wir haben die Zeit der Ferien benutzt, um mit den Mitgliedern über die Frage zu sprechen, und haben auch den Herrn Bundeskanzler über das Ergebnis unserer Aussprache verständigt.

Ich habe der Fraktion das ganze Tableau der anstehenden Fragen nicht mitgeteilt, damit es nicht in der Presse erscheint. Das wissen nur die Vorsitzenden der Arbeitskreise und die Vorsitzenden der Fraktion. Wir haben eine Reihenfolge der Dringlichkeit aufgestellt, wobei die Fragen, die weniger wichtig sind, an den Schluß gestellt werden. Ich will mich nicht für die Fraktion verteidigen wegen des

Vorwurfs, der neulich in einer bekannten Zeitschrift – im „Rheinischen Merkur“⁸⁴ – erhoben wurde, daß nämlich die Fraktion bisher versagt habe. Das könnte ich nachweisen, daß das falsch ist, an dem, was bisher alles geschehen ist. Aber es liegt mir fern, das zu tun.

Bei unseren Überlegungen hat der Gedanke mitgespielt, daß das Jahr 1960 vor uns steht mit den großen Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, wo die wichtigsten Städte in den Händen der Sozialdemokraten sind; das gleiche gilt auch für Niedersachsen. Es hat bei unseren Überlegungen weiter mitgespielt das Jahr 1961. Wir haben gesprochen – kurz zusammengefaßt – über Inneres, Soziales, Rechtsfragen, Steuern, Wohnungsbau, Verkehr, Eigentumsbildung. Das Parteiengesetz liegt vor uns.⁸⁵ Hier legt die Fraktion besonderes Gewicht darauf, daß der Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden ihre Überlegungen von der Partei aus der Fraktion mitteilen. Hier spielt auch eine Frage eine Rolle, die im Gesetz selber nicht vorgesehen ist, die aber mitdiskutiert werden muß, nämlich die Finanzierung der Partei. Wir sollten über diese Frage also zusammen sprechen. Über das Rundfunkgesetz und das zweite Fernsehprogramm brauche ich nicht viel zu sagen.⁸⁶ Das ist bekannt. Ich will nur sagen, wir sollten den ernststen Willen haben, nachdem wir uns seit fünf oder sechs Jahren mit dieser Materie bemüht haben, dieses Gesetz in diesem Bundestag so oder so zustande zu bringen, weil ich der Meinung bin, daß in den bisherigen Sendebereichen im Gegensatz zu unserer politischen Stellung die Linke ein zu großes Gewicht hat, was aber mit der Vergangenheit und ihren Verhältnissen zusammenhängt. Es wäre nur eine Frage der Parität, wenn das geändert werden könnte. Das hat nichts zu tun mit einer einseitigen Machtvorstellung des Bundes und der Länder. Ich vertraue darauf, daß wir einen Weg in dieser Frage finden werden.

Es steht noch an das Gebiet der Notstandsgesetzgebung⁸⁷, über das Herr Schröder im einzelnen etwas sagen könnte. Da bin ich selber überfragt. Ich darf weiter folgende Gesetze nennen: das 131er-Gesetz⁸⁸, das Arzneimittelgesetz⁸⁹, das Apothekengesetz⁹⁰,

84 „Die Mehrheitspartei“ von Otto B. Roegele. In: „Rheinischer Merkur“ vom 25. September 1959. Dazu: Rainer Barzel: Bilanz zur Halbzeit. Das parlamentarische Arbeitsprogramm der Union. Ebd. vom 6. November 1959.

85 Regierungsentwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 22. Dezember 1959 – BT-Drs. 1509.

86 Regierungsentwurf eines Gesetzes über den Rundfunk vom 26. November 1959 (BT-Drs. 1434). BULLETIN vom 3. Oktober 1959 S. 1840.

87 Erst das 17. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 (BGBl I S. 709) hat dem Grundgesetz ein umfangreiches Notverfassungsrecht eingefügt. Zum Stand der Diskussion im Jahre 1959 vgl. BULLETIN vom 10. Oktober 1959 S. 1901f. (Rundfunkvortrag Schröders zur Notstandsgesetzgebung); dazu auch Michael SCHNEIDER.

88 Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, 21. August 1961 – BGBl I S. 1557.

89 Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln, 16. Mai 1961 – BGBl I S. 533.

90 Gesetz über das Apothekenwesen, 20. August 1960 – BGBl I S. 697.

eine Novelle zum Gesetz für jugendgefährdende Schriften⁹¹, das Sozialhilfegesetz in Verbindung mit dem Jugendhilfegesetz⁹², wobei ich Wert darauf lege, daß die Freien Verbände ihrer Bedeutung gemäß im Gesetz ihre Verankerung bekommen und nicht allein der Staat und die Kommunen.

Im sozialen Bereich liegt eine Reihe von Aufgaben vor uns, z.B. die Altersversicherung des Handwerks,⁹³ wobei ich hoffe, daß wir noch in den nächsten Wochen mit den Handwerkern und Sozialpolitikern zu einer Verständigung kommen werden. Ich gebe zu, daß unsere Sozialpolitiker den Wünschen des Handwerks schon sehr weit entgegengekommen sind. Bei der Altersversicherung der Landwirte⁹⁴ stehen wir noch vor einigen Unebenheiten in puncto Geld. Weiter stehen vor uns das Fremdrentengesetz⁹⁵ und die Reform der Unfallversicherung⁹⁶.

Ich höre, daß die Bundesregierung – sie tut das im Einverständnis mit der Fraktion – die Große Anfrage der Sozialdemokraten, ob die Krankenversicherung⁹⁷ noch geregelt wird, mit Ja beantworten wird. Ich weiß, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich sehr überlegt haben, ob das politisch klug ist. Sie haben das mir und anderen Mitgliedern der Fraktion gesagt. Ich verstehe das durchaus. Soweit ich aber – ich bin kein Fachmann – von unseren Experten unterrichtet worden bin, sollten wir es im Laufe des nächsten Jahres tun, zumal dieses Gesetz auch eine Reihe von Vorteilen bringen wird, die auch im Wahlkampf gut ankommen. Die entscheidende Frage ist die Mitbeteiligung. Wenn hier das richtige Wort gefunden wird, sollte man es machen.

Zum Sozialhilfegesetz – wir nannten es früher das Fürsorgegesetz – habe ich das Nötige gesagt. Bei der Reform der Kriegsoferversorgung⁹⁸ bedaure ich, daß wir es nicht hinbekommen haben, gleich von Anfang an eine gemeinsame Linie zu finden. Darüber nachher noch ein Wort! Wir hatten nach der letzten Kindergeldgesetz-Novelle⁹⁹, bei der wir für das dritte Kind das Kindergeld von DM 40,- erhöht haben, von der Fraktion einen Ausschuß eingesetzt, der während der Ferien gearbeitet hat, weil aus den Reihen des Mittelstandes mit Recht Bedenken vorgebracht worden sind, insbesondere von den lohnintensiven Betrieben, daß diese Aufbringung der Gelder sie sehr einseitig belaste. Der Bericht des Ausschusses liegt vor. Ich habe den Bericht

91 Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften, 21. März 1961 – BGBl I S. 296.

92 Gesetz vom 30. Juni 1961 – BGBl I S. 815 (Bundessozialhilfegesetz); Gesetz vom 11. August 1961 – BGBl I S. 1193 (Jugendwohlfahrtsgesetz).

93 Gesetz über eine Rentenversicherung der Handwerker (Handwerkerversicherungsgesetz), 8. September 1960 – BGBl I S. 737.

94 Gesetz zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte, 3. Juli 1961 – BGBl I S. 845.

95 Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz, 25. Februar 1960 – BGBl I S. 93.

96 Gesetz zur vorläufigen Neuregelung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung, 29. Dezember 1960 – BGBl I S. 1085.

97 Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Neuregelung der sozialen Krankenversicherung, 20. Oktober 1959 – BT-Drs. 1298.

98 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts, 27. Juni 1960 – BGBl I S. 453.

99 Gesetz zur Änderung von Vorschriften der Kindergeldgesetze, 16. März 1959 – BGBl I S. 153.

der Fraktion bisher noch nicht gegeben. Ich möchte, Herr Bundeskanzler, wegen dieser so wichtigen und delikaten Frage des Kindergeldes zunächst einmal mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung und mit der Fraktion zusammensitzen, um anhand dieses Berichtes zu prüfen, auf welchem Wege wir hier weiterkommen können. (*Adenauer*: Haben Sie das Schreiben von Herrn Wuermeling bekommen, was ich Ihnen geschickt habe?¹⁰⁰) Das habe ich bekommen. Bisher war es das Bemühen der Fraktion – es hat nicht immer geklappt –, sich in der Sache zwischen Fraktion und den zuständigen Ministern zu verständigen. Das scheint mir das Ausschlaggebende zu sein, daß wir geschlossen vorgehen. Ich möchte, ehe ich die Sache im Vorstand behandeln kann, zunächst mit dem Kabinett und unseren Experten beraten.

Das Häftlingshilfegesetz¹⁰¹ wird von den betreffenden Kreisen sehr wichtig genommen. Beim Jugendarbeitsschutzgesetz¹⁰² habe ich eine kleine reaktionäre Auffassung, daß man nämlich bei der Fünftagewoche dieses Problem nicht mehr allzu wichtig nehmen soll. Vielleicht bin ich da auf einem falschen Weg. Der Rechtsausschuß muß sich als mitberatender Ausschuß mit einer Reihe von Fragen beschäftigen, die sonst den anderen Ausschüssen vorbehalten sind.

Es steht an – von der Fraktion gewünscht und von der Regierung auch bejaht – eine kleine Novelle zur Reform der Strafprozeßordnung¹⁰³. Die FDP hat bereits einen Antrag eingebracht, der aber nur eine Verkürzung oder Begrenzung der Untersuchungshaft vorsieht, also eine schematische Festsetzung, die völlig absurd ist. Wir legen Wert darauf, daß dieser Komplex möglichst bald abgeschlossen wird, damit er im nächsten Frühjahr endgültig behandelt werden kann.

Das große Gebiet der Strafrechtsreform¹⁰⁴, an der bereits im alten Reichstag jahrzehntelang gearbeitet worden ist, ist in der zuständigen Kommission der Professoren des Bundesgebietes behandelt und zum Abschluß gebracht worden. Es wird zunächst dem Kabinett vorgelegt. Dann kommt es in den Bundestag. Ich halte es für richtig, daß man es an den Bundestag weiterleitet, wobei ich mir klar darüber bin, daß eine Beratung mit abschließendem Ergebnis nicht mehr in diesem Bundestag erfolgen kann.

100 Wuermeling an Adenauer vom 2. November 1959 (ACDP I-221-018).

101 Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden, 16. Juli 1960 – BGBl I S. 561.

102 Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend, 9. August 1960 – BGBl I S. 665.

103 FDP-Antrag Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozeßordnung, 14. Oktober 1959 (BT-Drs. 1282) und Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes, 17. August 1960 (BT-Drs. 2037). Zu einer Novelle der Strafprozeßordnung ist es in der 3. WP nicht mehr gekommen.

104 Die seit 1953 vom Bundesjustizminister eingeleiteten Vorarbeiten zu einer grundlegenden Reform und die Ergebnisse der aus Vertretern der Wissenschaft und Strafrechtspraxis gebildeten Großen Strafrechtskommission führten erst im Jahr 1962 zum Entwurf eines neuen StGB.

In der Diskussion ist noch das Kapitel des Ehrenschutzgesetzes¹⁰⁵, dessen Anliegen ich durchaus verstehe, wobei ich auch nur sagen kann, so sind nun einmal die Dinge in der Welt, daß wir uns sehr überlegen müssen, daß das ein heißes Eisen ist. Aber ich habe bisher die Meinung vertreten, wir sollten auf diesem Gebiet weiterarbeiten. Das Gesetz über die Errichtung eines Obersten Bundesgerichts¹⁰⁶ steht noch aus. Hier darf ich erwähnen das Richtergesetz¹⁰⁷, das Notarrecht¹⁰⁸, das Finanzgerichtsbarkeitsgesetz¹⁰⁹.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft möchte ich zunächst das Kapitel Kohle und Heizöl erwähnen und hier im Vorstand herausstellen als Beweis dafür, daß die Bundesregierung und die Landesregierung, aber auch die Bundestagsfraktion und die Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen aufs beste zusammenarbeiten können. Das ist geschehen. Mir liegt sehr daran, daß solche Beispiele weiter fortgesetzt werden.

Wir haben die Diskussion über dieses Kapitel gehört. Die Fraktion ist geschlossen der Meinung, daß hier geholfen werden muß. Die Gründe sind uns allen bekannt. Sie waren allgemein politischer Art. Sie liegen in der Anfechtbarkeit dieses Gebietes. Auch das, was der Herr Kollege Albers gesagt hat, schlägt in dieses Kapitel hinein. Das wird von uns allen gesehen. Wenn ich bei diesem Problem der Kohle mit Sorge in die Diskussion gegangen bin, dann deshalb, weil ich mir überlegte, ob die Heizölsteuer¹¹⁰ das richtige Instrument sei. Die Regierung bejaht es. Wir werden über die Frage des Wie im einzelnen noch mit der Regierung im Ausschuß beraten. Ich kann dem Vorstand sagen, daß hier von der Fraktion im Sinne der Regierung geholfen wird, um das Problem auszupendeln; eine Angelegenheit, die nicht reaktionär ist, sondern die nur dem Fortschritt dient, und zwar ohne Gefährdung der Realitäten, wie sie heute gegeben sind.

In das Kapitel der Wirtschaft gehört noch das Kreditwesengesetz¹¹¹, eine bundeseinheitliche Neufassung des Kreditwesens. Wir sind mit der kleinen Aktienrechtsreform¹¹² fertig geworden und haben einen Kompromiß gefunden zwischen den Kollegen Katzer und Wilhelmi¹¹³ aus Frankfurt, einem Vertreter der Aktienrechtsreform.

105 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschutzes, 18. August 1959 – BT-Drs. 1237.

106 Das im GG vorgesehene Oberste Bundesgericht zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung wurde nie errichtet.

107 Deutsches Richtergesetz, 8. September 1961 – BGBl I S. 1665.

108 Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Notarrechts, 16. Februar 1961 – BGBl I S. 77.

109 Über den Entwurf zur Neuordnung der Finanzgerichtsbarkeit vom 10. Januar 1958 (BT-Drs. 127) kam man in der 3. WP nicht hinaus.

110 Einen Gesetzentwurf zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes, der die Einführung einer bis zum 31. Dezember 1962 befristeten Steuer von DM 30 je Tonne für Heizöle vorgesehen hätte, hatte der Bundesrat am 23. Oktober 1959 abgelehnt (AdG 1959 S. 8019).

111 Gesetz über das Kreditwesen, 10. Juli 1961 – BGBl I S. 881.

112 Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung, 23. Dezember 1959 – BGBl I S. 789.

113 Vermutlich Dr. Hans Wilhelmi. Vgl. Nr. 3 Anm. 105.

Ich nehme an, daß wir diese Vorlage noch in der ersten Dezemberhälfte im Plenum des Bundestages verabschieden können. Ein Gesetz über die Verunreinigung der Luft¹¹⁴ muß noch bearbeitet werden. Das gleiche gilt für das Wirtschaftssicherungsgesetz¹¹⁵. (*Zuruf*: Ist schon fertig!) Dieses Gesetz sieht für wirtschaftliche Notfälle Ermächtigungen vor. Im Sinne des Auftrages des Bundesausschusses von Hamburg und Kiel, der in einer Reform der Umsatzsteuer einen Weg sah gegen eine unrichtige und unsachliche Konzentration in der Wirtschaft, hält die Fraktion an einer Umsatzsteuerreform¹¹⁶ fest. Ich bin aber überfragt, wenn ich mitteilen soll, wie sie aussieht. Wir kommen in dieser Woche mit den Experten zusammen, um mit dem Hartmann¹¹⁷-Ausschuß zu überlegen, was wir tun können.

Im Bundestag müssen wir nun zwei Haushalte beraten wegen der Umstellung auf das Kalenderjahr. Anfang Dezember ist die Haushaltsrede des Finanzministers für den Haushalt vom 1. April bis 31. Dezember des nächsten Jahres, und im Oktober oder November ist dann die erste Lesung des Haushalts für das Jahr 1961. Wir haben uns bisher entsprechend dem Kieler Beschluß daran gehalten, keine Erhöhung der Steuern vorzunehmen. Der Finanzminister hat uns ausdrücklich gelobt, daß wir nur 10 oder 15 Millionen über den 40-Milliarden-Haushalt hinausgegangen sind, was bei dieser großen Summe sicherlich als guter Wille anzusehen ist, daß man keine unnützen Ausgaben machen soll.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues steht am Donnerstag dieser Woche¹¹⁸ die erste Lesung des Mietenplans bevor, der einen schrittweisen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vorsieht. Wir haben uns hier mit dem Kollegen Lücke verständigt, daß er einige zu kurzfristige Termine überprüft hat. Die andere Sache kommt nach den Wahlen. Mietpreise sind politische Preise. Hier ist in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler und dem Wohnungsbauminister ein Weg gefunden worden, den der Kollege Lücke jetzt vertritt.

Dann kommt das Bundesbaugesetz¹¹⁹, das im Ausschuß liegt, wo zwischen allen Beteiligten, soweit ich höre, ein Kompromiß in der Frage der Grundsteuer gefunden

114 Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung, 22. Dezember 1959 – BGBl I S. 781.

115 Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft, 22. Dezember 1960 – BGBl I S. 785.

116 Gesetz vom 16. August 1961 – BGBl I S. 1330. Vgl. auch ACDP VII-001-020/9-10 und 021/3 (Protokolle der CDU-Bundesausschußsitzungen in Hamburg vom 11. und 15. Mai 1957 und Kiel vom 18. September 1958) sowie ACDP VIII-001-036/1 (Protokollauszüge der CDU/CSU-Bundestagsfraktionssitzungen betr. Umsatzsteuerreform 1956–1965).

117 Prof. Dr. Alfred Hartmann (1894–1967), 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 91 Anm. 47. – Von den Sitzungen der Arbeitsgruppe Umsatzsteuerreform (=Hartmann-Ausschuß) Protokolle in ACDP VIII-004-074/1, Juni 1959 bis Februar 1960.

118 Am 12. November 1959 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 44 S. 4880–4922.

119 Gesetz vom 23. Juni 1960 – BGBl I S. 341.

worden ist. Auf dem Gebiete des Verkehrs brauche ich bei dem rasanten Anstieg nur die Frage der Straßenbaufinanzierung zu erwähnen.

Ich will zum Schluß noch etwas hervorheben. Ich habe vorhin von unserer Aufgabe gesprochen, die wir uns in Kiel und in Hamburg vorgenommen haben. Ich erinnere an die Reden von Karl Arnold und Professor Erhard.¹²⁰ Wir haben in einem Unterausschuß der Fraktion uns mit der Eigentums- oder Vermögensbildung befaßt.¹²¹ Es ist ein schwieriges, aber auch ein wichtiges Kapitel. Ich sehe in einer von unseren Grundsätzen her zu vertretenden Eigentumspolitik eine große Aufgabe. Die Sozialdemokraten und selbst die FDP stellen heute solche Forderungen auf, die wir in der Stille erarbeiten. Die Arbeit geht weiter. Hier werden wir entsprechend unserem Grundsatz nicht vorher in die Öffentlichkeit gehen, sondern diesen ganzen Fragenkomplex zunächst mit den zuständigen Ministerien besprechen. Wie ich höre, soll es nach Weihnachten geschehen. Haben Sie es Herrn Burgbacher gesagt, Herr Bundeskanzler? (*Adenauer*: Ja!) Wir können es dann geschlossen vertreten.

Das ist kurz die Übersicht. Bitte fassen Sie es nicht so auf, als ob die Fraktion nur materielle Dinge kenne. Ich gehöre zu denen, die der Überzeugung sind, daß jede materielle Entscheidung von einer grundsätzlichen Haltung in unseren großen Lebensfragen getragen sein muß. (*Beifall.*)

Adenauer: Wir sind Herrn Krone für die Übersicht und der Fraktion für ihre Arbeit sehr dankbar. Wir sind uns wohl darüber einig, daß bei der Wahl im Jahre 1961 die Frage, was hat nun der Bundestag, der eine CDU/CSU-Mehrheit gehabt hat, geleistet, eine große Rolle spielen wird. Daher können wir die Versprechungen des Vorstandes der Fraktion, insbesondere des Herrn Kollegen Krone, dafür zu sorgen, daß nun die Fraktion auch wirklich alle diese Dinge erledigen will, nur sehr begrüßen.

Wenn wir in den Wahlkampf eintreten und man uns dann entgegenhalten könnte von seiten der SPD, das und das habt ihr versprochen, aber das und das habt ihr erst verabschiedet, dann hätte das eine sehr üble Wirkung. Wir wissen alle, daß an die Mitglieder der Fraktion sehr große Anforderungen gestellt werden im Laufe der nächsten 16 bis 18 Monate. Aber das muß durchgebissen werden. Wenn Sie zustimmen, autorisieren wir Herrn Krone, das, was ich gesagt habe, der Fraktion zu übermitteln.

Die Krankenversicherung ist namentlich in Wahlzeiten eine gefährliche Sache. Aber nachdem die Sozialdemokraten diese Große Anfrage gestellt haben und dahintersteht, daß sie einen Initiativgesetzentwurf einbringen, zu dem wir dann gezwungen wären, doch Stellung zu nehmen, müssen wir den Entwurf einbringen, der sicher sehr angefeindet werden wird. Ich glaube nun, daß Sie an zwei Gesetzen ein großes Interesse haben. Die Zeit reicht wohl aus, daß Herr Kollege Schröder

120 Ludwig ERHARD: Wohlstand für alle. In: CDU, 7. Bundesparteitag S. 139–154; Karl ARNOLD: Eigentum für jeden. Ebd. S. 154–164.

121 Materialien dazu in ACDP I-162-A714/3-4, A744/1, A745/1-2 und in ACDP VIII-005-009/2, 018/1 und 057/1-2. Vgl. auch DOMES S. 42–43 und S. 136–151.

uns einen Vortrag hält, und zwar über das Parteiengesetz und das Gesetz über den Rundfunk. Sind Sie einverstanden, daß Herr Schröder zunächst das Wort nimmt zum Parteiengesetz? (*Zustimmung.*)

Schröder: Ich will anfangen mit dem Parteiengesetz. Das Parteiengesetz ist, wie der größte Teil der Anwesenden weiß, parteiintern ziemlich gut vorbereitet und abgestimmt. Es hat hier schon von einem frühen Stadium ab eine gute Zusammenarbeit stattgefunden. Die Sache ist erörtert worden im Kreis des geschäftsführenden Vorstandes, der Landesvorsitzenden und in einem kleineren Kreis, den die Fraktion gebildet hat. Die Entwürfe sind zeitig verschickt worden. Im übrigen ist bekannt, daß das Bundesratsstadium durchlaufen ist.

Zusammenfassend kann man sagen, daß – von Nuancen abgesehen, die nicht interessant sind – die Parteigremien mit der Linie, wie sie aufgezeichnet ist, einigermaßen übereinstimmen. Ich will nur mit wenigen Strichen diese Linie aufzeichnen. Wir sind alle gegenüber dem Thema Parteiengesetz Jahre hindurch außerordentlich skeptisch gewesen. Wir sind seit vielen Jahren als eine lebende Partei und als ein lebendiger Organismus gegenüber Dingen, die gesetzlich gemacht werden sollen, immer besonders empfindlich. Deswegen haben wir auch den Auftrag, den uns das Grundgesetz im Artikel 21 gegeben hat, nämlich die Rechenschaftslegung über die Einnahmen und die Herkunft der Mittel einer Partei, in dem Sinne aufgefaßt, daß hier etwas geregelt werden soll, was mit der Wirklichkeit der Parteien und ihren Möglichkeiten übereinstimmt. Ein Teil dessen, was im Artikel 21 des Grundgesetzes für die Parteien verlangt wird, innere Ordnung und Abwehr radikaler Bestrebungen, ist auch mehr oder weniger schon vor dem Parteiengesetz tatsächlich verwirklicht worden.

Ich darf an das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht¹²² erinnern, wo das ganze Kapitel „Verbot der Parteien“ durchaus verfahrensmäßig geregelt ist. Dieses Gesetz hat aber gewisse Lücken, z.B. die Bestimmung über die Durchführung des Verbots von Parteien. Diese Lücke wird durch das Parteiengesetz geschlossen werden. Eine Rolle spielt das Problem „innere Ordnung der Partei“. Das Grundgesetz sagt darüber nicht mehr, als daß die innere Ordnung der Parteien den demokratischen Grundsätzen entsprechen und mit dem Gesamthalt unserer Verfassung in Übereinstimmung stehen soll. Wir sind der Meinung, daß unsere Satzung, so wie sie ist, dem im wesentlichen Rechnung trägt.

Es gibt ein Problem, das vielleicht noch gewisse Schwierigkeiten machen wird, nämlich dafür zu sorgen, was man eine innerparteiliche Demokratie nennt, also möglichst dazu beizutragen, daß die einzelnen Gremien immer direkt gewählte Gremien sind und nicht zu sehr besetzt werden von Menschen, die bereits andere Funktionen einnehmen. Man kann darüber streiten, wie hier die Spitze einer an sich

122 Vgl. dazu Reinhard SCHIFFERS (Bearb.): Grundlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951. Düsseldorf 1984 S. XVII, 392.

föderalistisch aufgebauten Partei ist. Das sieht vom Standpunkt der CSU etwas anders aus, weil dort die Sache bis zur Landespartei geht. Dort ist Schluß, aber bei uns wölbt sich darüber die Bundespartei. Ich erwähne das, weil wir zwangsläufig dazu kommen werden, in einer Spitze, in einem Vorstand, eine relativ große Anzahl von Menschen zu haben, die ihr Herkommen aus anderen Bereichen herleiten. Ich glaube, wenn wir eine Begrenzung haben auf zwei Drittel, die möglichst unmittelbar gewählt werden, und ein Drittel, die aus Ämtern kommen, so ist das etwas, was einerseits unseren praktischen Bedürfnissen und andererseits den verfassungsmäßigen Grundsätzen Rechnung trägt. Das ist ein Prinzip, das in unseren Reihen nicht ernsthaft umstritten ist, aber es wird im Bundestag noch Zeit sein, darüber zu sprechen.

Das zweite und eigentlich wesentliche Neue, was im Parteiengesetz steht, ist die Behandlung der Rechenschaftslegung der Partei. Ich habe nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt vor Jahren eine Kommission einberufen, bestehend aus verschiedenen Kreisen und Schichten, in der sowohl Historiker wie Philosophen, Juristen wie sonstige Vertreter der deutschen Wissenschaft eine Rolle gespielt haben. Den Bericht dieser Kommission haben Sie vor zwei Jahren bekommen.¹²³ Darin steht wirklich sehr viel Lesenswertes über die Geschichte dieser ganzen Problematik an sich. Ich habe in dieser Kommission, die unabhängig war, immer versucht, einen gewissen Einfluß zu nehmen, damit die Herren nicht aus reiner Theorie zu gesetzlichen Vorschlägen kamen, die mit der Wirklichkeit der Partei völlig unvereinbar gewesen wären. Ein gewisser Streit bei diesem Thema läuft dahin, daß unseren politischen Gegnern sehr viel daran gelegen ist, unsere Finanzquellen bis in den letzten Haushaltspfennig aufzuklären, weil sie glauben, je stärker diese Quellen publiziert werden, desto sicherer würden sie versiegen.

Wir haben seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts allerhand Lehrgeld auf diesem Gebiet bekommen. Je stärker diese Dinge publiziert werden, desto geringer wird die Neigung unserer Freunde und Helfer, sich in die unangenehme Lage zu begeben, in Berichten zu erscheinen und sich damit manchen Unannehmlichkeiten auszusetzen. Deshalb habe ich von Anfang an die Linie gewählt, daß die Herkunft der Mittel der Parteien nur in einer pauschalen Weise aufgezeigt werden darf, und zwar nach Kategorien, wobei die Kategorie sehr leicht auf der Hand lag, was von den Mitgliedern und aus Spenden kommt.

Wir haben diese Gedanken in einem frühen Stadium in diese Sache hineingebracht und uns dazu entschlossen, keinerlei Kontrolle durch öffentliche Stellen zuzulassen. Der Gedanke lag vielleicht nahe, den Bundesrechnungshof oder Landesrechnungshof einzuschalten. Das wäre aber nach meiner Meinung mit der Stellung der Parteien nicht im Einklang gewesen, daß man sie einer polizeilichen Kontrolle ihrer Mittel unterworfen hätte. Mir erschien es richtig, zugunsten der Parteien dasselbe wirken zu lassen, was zugunsten der Wirtschaft wirkt, daß nämlich – ich drücke mich ungenau aus – ihr Geschäftsgebaren geprüft wird durch Geschäftsprüfer, die eine gewisse

123 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 382 Anm. 85, S. 678 Anm. 31 und S. 679.

öffentliche Funktion haben, die aber keine Beamten oder Beauftragten des Staates sind, d.h., daß diese Rechnungslegung der Parteien, nach Kategorien aufgeschlüsselt, durch Wirtschaftsprüfer in ihrer Richtigkeit bestätigt werden und dann in der Form publiziert werden sollen wie die Berichte von Aktiengesellschaften usw.

Diejenigen, die den Debatten im Bundesrat und im Bundestag gefolgt sind, wissen, daß die Linke einen sehr weitgehenden Vorstoß gemacht hat, der darauf hinausläuft, ihre eigenen Geldquellen sorgfältig zu schonen und unsere Geldquellen möglichst zu ruinieren, nämlich eine Angabe der Spender bis hinunter zu ... (Zuruf: 5.000!) Sie wollen noch viel tiefer hinuntergehen. Das würde uns in die Notwendigkeit versetzen, zu den schlimmsten Ausflüchten zu greifen. Aber das ist erfreulicherweise im Bundesrat¹²⁴ bis auf ein paar Überbleibsel gestrichen worden, so daß wir das Gesetz cum grano salis in den Bundestag bringen werden, wie die Regierungsvorlage ausgesehen hat.

Dann gibt es das Problem der Aufstellung der Wahlbewerber. Die Frage, ob man dafür Grundsätze aufstellen soll, die für alle gelten – also Bundestag, Landtag und Kommunen –, kann man so oder so ansehen. Das ist keine Frage von entscheidender Bedeutung. Darüber kann man sich im Bundestag unterhalten.

Damit habe ich in groben Zügen den Inhalt und die Richtung der vorliegenden Drucksache skizziert. Ich glaube, daß damit unsere eigenen Freunde eine solide Basis haben. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die SPD im Bundesrat neue Forderungen bringen wird. Herr Zinn ist sozusagen der sozialistische Vorort auf diesem Gebiet für ganz Deutschland, so daß man, wenn Hessen etwas verfolgt, immer einen sehr guten Anhaltspunkt dafür hat, wohin die Sozialisten steuern. Sie können sicher sein, daß jeden Antrag, den er dort vorbringt, wir im Bundestag wiedersehen. Das Ergebnis wird so sein, wie es im Bundesrat war. Herr Krone hat gesagt, wir bejahen dieses System einschließlich der aktiven Finanzierung. Hier handelt es sich nicht um die passive Finanzierung, sondern nur um die Frage, in welcher Weise bekommt die Öffentlichkeit ein plastisches Bild dessen, was die Parteien an Mitteln aufwenden können.

Jeder, der seit vielen Jahren in dieser Arbeit steht, weiß, daß wir bei der ganzen Sache wenig daran interessiert sind, das entsprechend zu publizieren, sondern daß wir ständig geplagt sind von einer Sorge: Woher kommt das Geld? Ich habe den Professoren gesagt, wenn sie jemals in einer Orts- oder Kreisebene tätig gewesen wären, dann müßten sie wissen, daß man, um einen Wahlkampf durchzuführen, immer mühsam hinterherjagen müsse, um die Aufwendungen zu bekommen, die sich nach unserer Meinung in einem sehr bescheidenen Rahmen halten. Das war für die Herren mit ein Anlaß, nun nicht die Vorschläge zu machen, die auf sozialdemokratischer Grundlage beruhten.

124 In der 210. Sitzung des Bundesrates am 23. Oktober 1959; Stellungnahme des Bundesrates in BT-Drs. 1509, Anlage 2.

Wir haben dabei ein Interesse. Es ist uns aber in der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs nur sehr unvollkommen gelungen, ihm zu entsprechen. Wir haben es nur angedeutet. Ich bin der Überzeugung, daß wir zurückkommen müssen zu einer steuerlichen Begünstigung der Parteien. Als wir uns im zweiten Bundestag entschlossen haben, die steuerliche Abzugsfähigkeit einzuführen, haben wir das aus Gründen der Sauberkeit getan. Alle diejenigen, die dabei waren, wissen, daß wir diese Sache zunächst auf eine anständige Basis gestellt haben, so daß niemand mehr gezwungen war, krumme Wege zu gehen, z.B. mit den angeblich aufgegebenen Anzeigen, die nicht erschienen sind und trotzdem bezahlt wurden. Das hat mit unseren Grundsätzen sehr wenig zu tun.

Wir sind der Meinung, daß die Tätigkeit der Parteien genauso wichtig ist wie die eines Turn- und Sportvereins, dem man ganz offen und reell steuerliche Abzugsfähigkeit gewährt. Ich habe die gegenteilige Meinung des Bundesverfassungsgerichts für horrend gehalten. Dieses Urteil stammt nach meiner Meinung aus der Vorstellung eines sozialistischen Staates und niemals aus der Vorstellung eines Staates, wie ihn das Grundgesetz kennt, also eines in sich gegliederten Staates. Das ist der schwere Fehler dieses Urteils. Aber wir haben leider dieses Urteil bekommen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß dieser Prozeß vom Bundesfinanzministerium geführt worden ist, und zwar vor den Zeiten des Herrn Etzel. In diesem Kreis verrate ich kein Geheimnis, wenn ich sage, Herr Schäffer war ein Gegner der steuerlichen Abzugsfähigkeit, so daß der Prozeß – das ist meine Überzeugung – deswegen nicht so umfassend geführt worden ist, wie er hätte geführt werden sollen. Diesen Prozeß durften wir nicht verlieren! Leider haben wir ihn verloren.

Wir machen den Versuch, das Problem neu aufzunehmen – es ist nur eine Andeutung im Gesetz –, indem wir die Gemeinnützigkeit der politischen Parteien herausstellen. Wir hoffen – ich sage, wir hoffen –, von da aus den Boden zu finden, um dieses Urteil eines Tages wieder aus den Angeln zu heben.

Es wird für unsere Freunde – ganz abgesehen von der Abwehr der Angriffe der Linken – das eigentliche Kunststück sein, es fertigzubekommen, in diesen Entwurf Bestimmungen einzubauen, die diese steuerliche Abzugsfähigkeit in dieser oder jener Weise wieder ermöglichen. Darin sehe ich den Kern unserer Bemühungen, auch bei dem Finanzierungsproblem.

Was darüber hinausgeht, ist natürlich etwas, was eigentlich nur durch eine Kombinationsmethode – wie ich es nennen möchte – gelöst werden kann, nämlich die Finanzierung der Parteien auf vielerlei Beine zu stellen. Das eine Bein sind die Mitglieder. Das zweite Bein – worum sich Herr Scheufelen bemüht hat – ist eine Art von Organisation unserer Wirtschaftsunternehmungen, die ihrerseits einen beträchtlichen Beitrag liefern können zur Finanzierung des Ganzen. Das dritte Bein ist eine Art staatsbürgerliche Leistung, die geleistet wird von den Ländern und vom Bund.

Wir haben eine Position von fünf Millionen im Haushalt. Es wird darum gehen, dafür eine Quote zu finden, daß wir dieses Geld einigermaßen geschickt unter die

Leute bringen, ohne es gleichzeitig mit an den Bund der Deutschen¹²⁵, die DRP¹²⁶ usw. abzuführen. Ich will das nur andeuten. Das ist nicht ganz einfach. Das vierte Bein ist die Frage, wieweit und in welcher Form lassen sich öffentliche Zuwendungen an die Parteien heranführen. Dazu gehört das, was ich über die Arbeit gesagt habe, die im Ausschuß für dieses Gesetz noch geleistet werden muß.

Ich möchte resümieren: Der Abschluß des Gesetzes, soweit es sich um die rein organisatorischen Dinge und die Rechenschaftslegungen handelt, ist relativ einfach. Aber der Abschluß des Gesetzes wird politisch heiß umkämpft werden. Eine zeitliche Prognose dafür zu geben, ist wohl sehr schwer. Wir dürfen uns bei diesem Gesetz nicht hetzen lassen durch übereilte Beschlüsse. Es wird noch ein zäher Kampf mit der Linken im Bundestag werden. Es wird darauf ankommen, daß das Gesetz im Ausschuß von den Freunden beraten wird, die etwas davon verstehen, weil es eine Sache ist, die viel wichtiger ist für unsere Zukunft als irgendein anderes Gesetz. Es geht hier um einen Nerv, der sich als außerordentlich empfindlich erweisen wird. Wir müssen versuchen, im Rahmen dieses Gesetzes unser Möglichstes zu tun.

Krone: Die Landesverbände sind orientiert über den Entwurf des Bundesinnenministers. Ich weiß nicht, ob die Antworten eingegangen sind. Ich möchte Wert darauf legen, daß er die Antworten rechtzeitig bekommt, damit sich die Fraktion orientieren kann über das, was in den Landesverbänden gewollt wird, z.B. die Kandidatenaufstellung, die Organisationsform usw. Ich muß darum bitten, daß das geschieht, sonst kann die Fraktion nachher keine Beschlüsse fassen.

Ich bin mir klar darüber, daß das Gesetz sehr schwierig ist und ein Kampfgesetz wird gegenüber der Linken. Wir müssen versuchen, es im Bundestag noch zu ergänzen. Ich hätte gern den Dr. Wilhelmi dazu. Wenn ich ihm sagen könnte, der Bundesvorstand läßt Sie bitten usw., Herr Bundeskanzler, dann wäre mir das sehr lieb.

Zur Frage der Finanzierung! Der Herr Bundeskanzler hat seine Meinung ziemlich fest gebildet. Im Antrag Stoltenberg¹²⁷ wird ein Betrag von DM fünf Millionen genannt – der auch in späteren Jahren wieder drinstehen wird –, die nach bestem Können verteilt werden. Es kommt darauf an, daß man darüber hinaus daran denken muß, die Frage der Finanzierung der Parteien durch den Staat ernsthaft zu prüfen. Das bekannte Instrument dazu ist im Grundgesetz gegeben, wonach die Parteien ein Teil der öffentlichen Meinungsbildung sind. Sie haben eine öffentlich-rechtliche Funktion, und von da aus kann man diese Forderung erheben. Ich sage offen, daß ich gegen eine totale Finanzierung der Parteien durch den Staat meine Bedenken habe, zumal man

125 Stöss 1 S. 856–859. Vgl. auch Nr. 17 Anm. 78.

126 Stöss 1 S. 1113–1191.

127 Der Antrag Stoltenbergs zur Parteienfinanzierung war zwar im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages mit großer Mehrheit angenommen worden, wurde aber im Plenum nicht diskutiert. Vgl. DUD Nr. 100 vom 29. Mai 1959 S. 3; „Der Spiegel“ vom 2. September 1959 (Schulen der Nation).

leicht in die Gefahr kommt, daß gesagt wird: Es kommt im Volke nicht gut an, wenn die Parteien vom Staate bezahlt werden. Es ist so, daß wir mit dem, was wir heute bekommen, nicht auskommen. Die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle – das haben wir gehört – krankt sehr stark an dieser Malaise, so daß dieses Problem ganz ernsthaft besprochen werden muß. Wir müssen hier einen Weg finden!

Adenauer: Etatposten können bei jedem folgenden Etat gestrichen werden, namentlich dann, wenn ein Defizit da ist, ohne daß die Streichung dieses Postens sehr viel Staub aufwirbelt. Das ist nach meiner Auffassung schon ein Grund, warum das Einsetzen eines Postens in den Haushalt nicht genügt. Wenn im Parteiengesetz etwas Derartiges steht, dann muß das – falls eine andere Mehrheit da ist – durch einen besonderen Gesetzentwurf geändert werden, und das ist viel schwieriger, als im Haushaltsplan einen Posten zu streichen.

Darum bin ich dafür, es bei den Etatposten – so gut das ist – nicht bewenden zu lassen, sondern es in das Parteiengesetz hineinzuschreiben. Jeder von Ihnen, der mit der Finanzierung unserer Partei zu tun gehabt hat, weiß, wie demütigend und unwürdig das Ganze ist. Aber auch dann, wenn man das schließlich auf sich nimmt, über eines muß man sich klar sein, wenn eine Partei wie die unsrige einmal nicht mehr in der Regierung sein sollte, dann sind wir finanziell am Ende. Dann werden wir zwar noch Mitgliederbeiträge haben, die aber in keiner Weise ausreichen, die laufenden Ausgaben zu decken, geschweige denn, eine Wahl zu finanzieren. Deswegen sind wir außerordentlich stark verwundbar, wenn nicht eine solche Sicherung geschaffen wird.

Über die Frage, nach welchem Maßstab bemessen werden soll, brauchen wir nicht lange zu sprechen. Es ist aber wohl die Frage zu erörtern: Soll die Bundespartei alles finanzieren und dann ihrerseits weiterfinanzieren, oder soll das nun übergreifen auf die Länder und schließlich auf die Kommunen? Ich meine, wenn es auf die einzelnen Glieder übergreift, dann ist es sehr schwierig. Auch wenn es auf die Länder übergreife, wäre es sehr schwierig, denn es würde immer großen Streit geben und die öffentliche Aufmerksamkeit auf die ganze Frage lenken. Deswegen bin ich der Auffassung, man sollte es so fassen, daß die Parteien, die eine Bundeszentrale haben, das Geld bekommen und daß bemessen wird nach der Zahl der Stimmen, die bei der letzten Bundestagswahl auf die betreffende Partei entfallen sind.

Stoltenberg: Wenn sich die CDU entschließt, durch das Parteiengesetz die Finanzierung zu machen, würde ich mitgehen, obwohl ich Bedenken habe, weil wir dann der öffentlichen Kritik sehr stark ausgesetzt sein werden. Ich habe festgestellt, daß die Freien Demokraten den Weg über das Gesetz mitgehen, die SPD aber ganz offenkundig nicht. Wenn wir die Finanzierung über das Gesetz beschließen, dann bekommen wir erhebliche Beträge. Wir müßten dann aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die links- und rechtsradikalen Parteien beteiligen. Ich möchte also auf die Konsequenzen des Bundesverfassungsgerichtsurteils hinweisen. Ich bin der Meinung, daß man über den Haushalt weitergehen kann. (*Adenauer:* Tun Sie das ruhig! Es gibt kein Hindernis!)

Im Augenblick haben wir nicht die Richtlinien. Der Herr Innenminister ist damit beschäftigt, diese Richtlinien auszuarbeiten. Könnten wir nicht den Posten verdoppeln? Das sollten wir jedenfalls für das übernächste Jahr tun. Die Rechenschaftslegung ist in der Praxis überhaupt nicht durchführbar. Dadurch, daß Sie im § 5 die Sonderorganisationen zu Teilen der Partei, im § 6 jedoch die Nebenorganisationen nicht zu Teilen der Partei erklären, werden die Sonderorganisationen rechenschaftspflichtig, die Nebenorganisationen jedoch nicht. Zu den Nebenorganisationen gehören die Verlage der SPD. Das führt dazu, daß die SPD einen großen Teil der politisch interessanten Beträge auf die Nebenorganisationen verlagern wird, so daß dadurch die ganze Rechenschaftslegung illusorisch wird. Darüber sollten wir uns klar sein, wenn wir eine Konzentration des Entwurfs vornehmen.

Von Hassel: Wenn die Offenlegung der Einnahmeseite verlangt wird, sollte man überlegen, ob man nicht die Offenlegung des Vermögens erfassen soll. Dann wird sich herausstellen, daß die Christlich-Demokratische Union arm und die Sozialdemokratische Partei relativ reich ist. Ich würde sagen, daß man bei der Beratung des Verfahrens im Bundestag diese Fragen prüft und nicht nur die laufende Einnahmeseite, sondern auch die Vermögensseite mit heranzieht. (*Krone:* Das ist doch drin!) Nein, das ist eben nicht drin! Die SPD hat ihr Vermögen zurückbekommen. Ich wäre dankbar, wenn der Bundestag dieses Parteiengesetz möglichst bald aufnehme und wir seitens des Bundesvorstandes dazu einen Beschluß faßten. Das Parteiengesetz ist sehr viel besser als alle Erwartungen oder Befürchtungen, die gehegt worden sind. Wir danken unserem Freund Schröder, daß in diesem Gesetz unsere Gedanken enthalten sind.

Sie haben die Wahlergebnisse aus Schleswig-Holstein, aber noch nicht die Ergebnisse aus Baden-Württemberg gehört. Nach der ersten groben Darstellung hat sich ergeben, daß die sogenannten Rathausparteien – also die unpolitischen Wähler – zumindest in den Städten von Nord-Württemberg zugenommen haben. Schleswig-Holstein ist das Land heute, das mit weitem Abstand den höchsten Prozentsatz von CDU-Kommunalvertretern hat. Wir haben die Zahl nur mit Hilfe dieses Wahlgesetzes¹²⁸ erhöhen können, und zwar von 12,5 Tausend auf 17 Tausend. Dieses Gesetz ist bei uns zustande gekommen durch die CDU und die SPD. Die SPD sieht genau wie wir, daß man nur dann die Dinge staatspolitisch in Ordnung hält, wenn man sich politisch bekennen muß. Die Formulierungen im Parteiengesetz über den Begriff, was ist Partei, sind nach meinem Dafürhalten so gut, daß es den Ländern draußen möglich ist, auch für ihre Wahlgesetze eine entsprechende Formulierung zu finden. Man würde vor allen Dingen den politischen Parteien dieses Privileg geben und dadurch den Weg erleichtern, daß dieses Parteiengesetz möglichst bald verabschiedet wird.

¹²⁸ Wahlgesetz für die Gemeinde- und Kreisverwaltungen in Schleswig-Holstein vom 25. März 1959. GVBl Schleswig-Holstein 315/1959 S. 13. Vgl. auch UiD Nr. 24 vom 18. Juni 1959 S. 6.

Nun zur Durchführungsverordnung über die Verteilung jener zwei mal fünf Millionen! (*Schröder*: Fünf Millionen!) Man rechnet damit, daß für die nächsten 15 Monate ein Betrag von insgesamt zehn Millionen zur Verfügung steht. Es kommt darauf an, einen Verteilungsmodus zu finden, der die Möglichkeit eröffnet, von diesen auf uns fallenden Geldern einen wesentlichen Teil – nicht nur 25 % – für die Organisationstätigkeit zu verwenden. Ich wäre dankbar, wenn man diesen Gedanken in der Durchführungsverordnung nicht mit den Herren Ihres Hauses, Herr Schröder, behandelt, sondern mit den Praktikern der politischen Parteien. (*Krone*: Das ist doch geschehen!) Nein, das ist nicht geschehen. Herr Stoltenberg hat gesagt: Mit Ach und Krach kriegen wir den Satz von 25 %. Ich habe erklärt, 25 % sind zu wenig. Der Zentralgedanke der Organisation wird hierbei zu wenig berücksichtigt. Wenn Sie sagen 40 %, dann würde ich zufrieden sein, aber 25 % sind zu wenig.

Schröder: Ich bin dafür, daß das Vermögen in die Rechenschaftslegung einbezogen wird. Die bisherigen Einnahmen aus selbständigen Wirtschaftsbetrieben usw. sind drin. Es ist ein Unterschied, ob ich eine Gewinn- und Verlustrechnung aufmache oder ein Vermögen einbeziehe. Es bestehen aber keine Bedenken; das kann ohne weiteres geschehen.

Das mit den Rathausparteien würde ich gerne unterstreichen. Es wird in der Tat im Gesetz gesagt:

„Als Parteien im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht:

a) Vereinigungen, deren Ziel sich auf die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden beschränken kann.“

Da gibt es eine gewisse Unterstützung der Parteien als solche.

Die Frage mit den fünf Millionen ... (*Adenauer*: Das scheint mir übrigens verfassungswidrig zu sein!) Wir haben es vorsichtig formuliert. Ich möchte auf die fünf Millionen zu sprechen kommen. Herr Stoltenberg und die anderen Herren haben Vorschläge gemacht, wogegen ich starke Bedenken bekommen habe. Dort geht man davon aus, daß diese Mittel in der Weise vergeben werden müßten, möglichst viele Parteien sockelmäßig zu berücksichtigen. Ich habe einigen Grund, eine Formulierung zu finden, die mich überhaupt nicht unter den Zwang setzt, von 25 % oder 33 % auszugehen, sondern ich möchte, daß wir uns von jeder Nachprüfung so frei wie möglich halten. Die einzige Schwierigkeit ist der Bundesrechnungshof. Wenn die SPD 33 % von fünf Millionen bekommt – das ist keine große Sache –, dann habe ich eine Quittung über den Betrag, und die Sache ist erledigt. Ich suche nach einer Form, die mich nicht zwingt, auf diese einzelnen Beträge einzugehen, die mich gegenüber dem Rechnungshof abdeckt und wo ich intern eine Sicherung von der Linken bekomme. Ich trage diesen Gedanken nur vor; er ist noch nicht zu Ende gedacht.

Wir müssen weg davon, daß ich plötzlich einen Antrag der Bayernpartei bekomme, ihr Geld zu geben. Was geht uns die Bayernpartei an? Hier soll das Land Bayern etwas machen. Es gibt auch noch andere Gruppen, die wir hier auf unserer Ebene gar nicht haben. Herr Altmeier! Sie haben z.B. einen Vertreter der DRP in Ihrem

Landtag.¹²⁹ Es ist eine schlimme Vorstellung, daß diese Leute aus unserer Tasche Gelder beziehen. (*Krone*: Sie können es vermeiden!) Wir müssen aber eine Form finden, die etwa lautet: Geld für staatsbürgerliche Arbeit. Vielleicht muß der BHE herein. Bei dieser Form wird die Hilfe von Herrn Etzel nötig sein. Wir brauchen diese Formel gegenüber dem Bundesrechnungshof, der Wert darauf legt zu erfahren, was mit dem Geld geschehen ist. Nun kann ich nicht das ganze Bildungsprogramm der SPD und der FDP auf seine Förderungswürdigkeit prüfen. Das Förderungsprogramm ist nie förderungswürdig! (*Zustimmung und Heiterkeit*.) Wir kommen damit viel besser weg als mit dem schwierigen Versuch, die Bildungsarbeit und die Organisationsaufgaben gegeneinander abzuwägen.

Adenauer: Ich komme zurück auf die direkte Finanzierung der Partei. So dankenswert der Vorschlag von Herrn Stoltenberg ist, m.E. genügt er nicht. Ich wiederhole noch einmal: Man kann bei der Haushaltsberatung einen Posten streichen, ohne daß das in der Öffentlichkeit irgendwie groß wahrgenommen wird. Wenn eine andere Mehrheit im Bundestag sein sollte – und mit der Möglichkeit müssen wir doch rechnen –, wird der Posten gestrichen, und wir sitzen dann blank da. Dann werden wir uns nie wieder davon erholen, weil wir einfach kein Geld bekommen.

Der Zustand, wie er jetzt ist, ist unwürdig. Ich muß betonen, daß direkte Ansprüche und Forderungen seitens irgendwelcher Geldgeber meines Wissens niemals gestellt worden sind in politischer Hinsicht. Aber – und jeder sollte mal mit sich selber sprechen – die Leute, die Geld geben, verstimmt man nicht gern. Das ist doch so natürlich wie nur etwas, so daß eine indirekte Art von Wirkung – so will ich mich mal ausdrücken – doch nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Vorsichtiger konnte ich mich nicht ausdrücken.

Ich möchte, daß unsere Partei den Versuch macht, daß die Parteien durch den Staat finanziert werden. Dann braucht man gar nichts zu verstecken und kann sagen, den Parteien ist durch das Grundgesetz diese Bedeutung zugemessen. Die Parteien müssen ja leben. Folglich ist es das Sauberste, wenn sie auch vom Staat dafür bezahlt werden. Ich möchte Sie dringend bitten, Herr Krone, das mit auf den Weg zu nehmen für die Beratungen in der Fraktion.

Dufhues: Herr Schröder hat gewarnt vor einer überstürzten Behandlung dieses Gesetzes. Es ist aber notwendig, daß dieses Gesetz sehr bald abschließend beraten wird. Die SPD wird jede Gelegenheit benutzen, um Anträge zu stellen, die ausgesprochen demagogischen Charakter haben. Sie wird Anträge bereithalten, die eine weitgehend differenzierte Kontrolle der Einnahmen und des Vermögens zum Gegenstand haben; sie wird vor allem beantragen, die Bestechung von Vorsitzenden der Landesparteien und auch der Bundesparteien unter Strafe zu stellen. (*Von Hassel*: Nicht der Vorsitzenden, sondern der Abgeordneten!) Natürlich auch der Vorsitzenden! Zunächst ist nur der Tatbestand zur Debatte gestellt worden, Bestechungen von Abgeordneten unter Strafe zu stellen. Ich bitte Sie, sich zu vergegenwärtigen, daß ein

129 Hans Schikora (geb. 1912), Bäcker und Konditor; 1959–1963 MdL Rheinland-Pfalz (DRP).

Herr Quirini¹³⁰ darüber zu urteilen hat, um bestimmte Aufgaben innerhalb der Industrie oder der Wirtschaft zu fördern. Damit wäre ein Tummelplatz für die Quirinis – und deren sind nicht wenige – gegeben. Wir kommen damit in eine Abhängigkeit von justizförmigem Denken.

Wir müssen vor den Wahlen das Gesetz unter Dach und Fach haben. Ich möchte bitten, die Finanzierung der Parteien auch aus öffentlichen Mitteln durch das Parteiengesetz zu regeln. Die Gesichtspunkte dafür sind vom Herrn Bundeskanzler und von Herrn Krone vorgetragen worden. Mir liegt daran, einen gewissen Grundbetrag zur Sicherung der Angestelltenbezüge aus diesen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die Misere der CDU besteht darin, daß wir unseren Angestellten am Ersten nicht die Bezüge zahlen können, die sie erwarten. Ich kenne aus unseren Verbänden die Bemühungen von Kreisgeschäftsführern, sich durch Besuch bei finanziell gut dotierten Parteifreunden diese Mittel zu sichern. Das ist doch sehr bedenklich. Dadurch wird die Arbeitsfreude unserer Angestellten nicht gefördert. Ich glaube, daß wir gut beraten sind, wenn wir darauf Wert legen, daß das Parteiengesetz die Finanzierung eines Grundsockels der Mittel gewährleistet, die für die Parteiarbeit nötig sind. Wenn auch gewisse Beträge an Parteien fließen, die uns nicht genehm sind, so müssen wir das eben in Kauf nehmen. (*Zuruf*: Eine Verteilung nach der Stimmenzahl halte ich nicht für richtig. In Cloppenburg-Vechta hat die CDU 80 % der Stimmen. Die brauchen nichts. Die können sich selbst helfen.)

Adenauer: Die kriegen auch nichts! Da liegt ein Mißverständnis vor. Nicht jeder Wahlkreis bekommt etwas, sondern die Partei bekommt das Geld aufgrund ihrer Gesamtstimmenzahl, welches sie dann verteilt. Ihr Wahlkreis bekommt nichts; darüber können Sie ein ganz ruhiges Gewissen haben. (*Lebhafte Heiterkeit*.)

Scheufelen: Wir kommen auf einen jährlichen Betrag von etwa 30 Millionen. Wenn man diesen Betrag auseinanderzieht, dann liegen etwa 5 bis 6 Millionen feste Ausgaben vor. 15 Millionen betreffen Ausgaben, über die wir Entscheidungsfreiheit haben, weil man einen Wahlkampf so oder so führen kann. Was uns allen am Herzen liegt, ist zunächst, daß wir einen Sockelbetrag zur Verfügung haben, mit dem wir rechnen können, so daß langfristige Verträge mit Angestellten abgeschlossen werden können.

Die gegenwärtige Situation sieht so aus, daß wir mit 5 Millionen aus Haushaltsmitteln rechnen können. Aus den Parteiunternehmungen werden wir mit einem Überschuß von 2,5 bis 3 Millionen rechnen können, die wir bei vernünftiger Handhabung auf 5 Millionen werden steigern können. (*Adenauer*: Solange wir die Mehrheit im Bundestag haben!) Es bleiben bei dieser Lage immer noch 15 Millionen übrig, die wir woanders herkriegen müssen. Das ist unsere gegenwärtige Situation. Es wäre nicht richtig, die Verteilung der Mittel von der öffentlichen Hand in den Ländern zu machen, weil unsere Situation im Bund viel besser ist. Sie können im Bund auch deshalb besser gesteuert werden. Die Idee, nach den Stimmen der Bundestagswahl

130 Helmut Quirini (1912–1992), 1955–1977 Direktor am Bonner Landgericht.

vorzugehen und so das Geld aufzuteilen, ist die gesündeste. Die Länder können separat etwas tun. (*Von Hassel*: Das können sie nicht!)

Adenauer: Wir haben das Wild noch gar nicht erledigt; aber Sie sind schon am Verteilen! (*Heiterkeit*.) Darf ich feststellen, daß wir mit dem Parteiengesetz einverstanden sind und den Wunsch haben, daß die Finanzierung der Parteien nicht nur durch den Haushaltsplan, sondern auch noch in besonderer Weise erfolgen soll.

Von Hassel: Die Fraktion hat um ein Votum des Vorstandes gebeten. Ich darf dazu vorschlagen:

„Der Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 9. November 1959 eingehend mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Parteiengesetzes beschäftigt. Er stimmt den Grundlinien des Entwurfs zu und bittet die CDU-Fraktion, sich im Deutschen Bundestag für eine zügige Verabschiedung des Gesetzes einzusetzen.

Der Bundesvorstand empfiehlt der Bundestagsfraktion, die Frage zu prüfen, inwieweit die Parteien insgesamt verpflichtet werden sollen, nicht nur über ihre Einnahmen, sondern auch über ihr Vermögen jährlich Rechenschaft abzulegen.“

(*Etzel*: Wie ist es mit der Finanzierung der Parteien durch den Staat? – *Dufhues*: Das ist doch die wesentlichste Frage! – *Unruhe*.) Wir müssen noch klären, ob es das einhellige Votum des Bundesvorstandes ist, eine Finanzierung von Staats wegen im Gesetz vorzusehen.

Adenauer: Lassen wir darüber abstimmen! Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Und diejenigen, die dagegen sind! – Gegen eine Stimme angenommen. (*Zuruf*: Enthaltungen? – *Etzel*: Ich bin auch dafür, aber es darf nicht veröffentlicht werden.) Ich möchte bitten, es nicht zu veröffentlichen, damit nicht der Spektakel losgeht. Ich würde die Fraktion bitten, einen Antrag bei der Beratung im Ausschuß zu stellen. (*Von Hassel*: Das erste kann veröffentlicht werden. Das andere ist intern und geht mit dem Protokoll zur Fraktion!)

Adenauer: Wir haben noch einen Punkt – wenn Sie bereit sind, das anzuhören – zu erledigen, und zwar einen Vortrag des Herrn Schröder über Rundfunk usw. Ich würde empfehlen, heute nicht in eine Diskussion einzutreten, sondern Sie sollten sich zunächst die Dinge durch den Kopf gehen lassen. Wir können dann in der nächsten Sitzung darüber diskutieren. (*Dufhues*: Was Herr Schröder sagen wird, wissen wir. Wenn wir nicht diskutieren, hat es keinen Sinn!) Herr Schröder hat vor der Unionspresse gesprochen. Die Herren waren hell begeistert!

Schröder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Dieses Thema „Entwurf eines Gesetzes über den Rundfunk“ ist natürlich ungleich schwieriger als das vorangegangene Thema. Ich möchte folgendes vorausschicken. Ich bitte Sie, einmal wirklich davon auszugehen, daß sich die Bundesregierung bei diesem Gesetzentwurf nicht etwa in der Auffassung bewegen darf, etwas anzustreben, was nicht von einem Gesamtinteresse der CDU wäre. Noch deutlicher! Wir sind genauso besorgt um die Entwicklung auf diesem Gebiet, als es irgendeiner unserer Freunde in den Ländern sein kann. Wir bemühen uns, die Sache ganz unabhängig davon anzusehen, ob wir selbst an den bisher vorhandenen Einrichtungen beteiligt sind oder nicht.

Dieses Rundfunk-Thema ist deshalb so schwer, weil es sich um ein Stück Entwicklung handelt, das in der Nachkriegszeit nicht etwa von den Deutschen aus einer Gesamtschau in Angriff genommen worden ist, sondern das in engster Weise mit der Besatzung und mit dem Besatzungsrecht zusammenhängt. Das zeigt ein Blick auf das Regionale. In der französischen Zone hat die französische Besatzungsmacht einen Sender errichtet, wie das ihren verwaltungsmäßigen Vorstellungen entsprach. Bremen ist zu einem Sender dadurch gekommen, daß es eine amerikanische Enklave war. Der Nordwestdeutsche Rundfunk wurde gegründet durch die Briten auf deren Gebiet.

Ich lasse ganz offen und will im einzelnen nicht dartun, was sich auf diesem Gebiet weiter entwickelt hat durch die anschließende deutsche Gesetzgebung. Man hat später in einem anderen Stadium aus dem Nordwestdeutschen Rundfunk zwei Sender gemacht. Es ist manchmal schwer zu beurteilen, wohin man einen Protest bei bestimmten Sachen lancieren soll, ob an den Norddeutschen oder an den Westdeutschen Rundfunk. Vor 14 Tagen hat Herr Kopf¹³¹ in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrats des Nordwestdeutschen Rundfunks einen Vortrag gehalten. Als ich protestieren wollte, wurde mir gesagt, bringen Sie den Protest richtig an, den müssen Sie beim Norddeutschen Rundfunk und nicht beim Westdeutschen Rundfunk anbringen.

Ich erwähne das, damit man das Problem richtig sieht, das ja praktisch *cum grano salis* für alle Länder gilt, weil die Einrichtung vor der Existenz einer Bundesgewalt erfolgt ist. (*Zuruf*: 1949!) Der Bund war gehindert, in der Sache etwas zu machen. Die Gefühle, die wir gegenüber dem Rundfunkgesetz in Düsseldorf¹³² hatten, haben wir nur indirekt zum Ausdruck bringen können. Aber lassen wir das!

Wir können uns sicher auf die Formulierung einigen, daß es eine lange und schwierige Entstehungsgeschichte war ohne Beteiligung der Bundesgewalt. Das ist eine Formel, die alle als der Wahrheit entsprechend anerkennen müssen.

Was geschieht nun? Wir haben nun das Bild, daß wir auf diesem Gebiet noch keineswegs eine Harmonisierung, noch keine bundesstaatliche Lösung haben. Ich sage kein Wort über die Lösung, aber es ist einfach folgendes nicht geregelt, daß wir – das ist ein bißchen bestritten, aber praktisch ist es so – die Gebührenhöhe beim Bund haben. Der Bund ist derjenige, der seine Bundesbeamten, die Briefträger, landauf, landab schickt, um die Gebühren einzuholen. (*Dufhues*: Das sind die teuersten Briefträger, die wir haben. Wir verzichten gern darauf!) Dann muß ich es einfacher sagen, damit es plastischer wird. Wenn ich die Absicht habe, in meiner Wohnung ein Rundfunkgerät zu benutzen, brauche ich dazu eine Genehmigung. Die meisten

131 Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961), 1919 SPD, 1946–1955 und 1959–1961 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE I S. 28 Anm. 46; Dieter BROSIUS: Hinrich Wilhelm Kopf (1983–1961). In: Geschichte im Westen 7 (1992) S. 231–241.

132 Vermutlich das Landesgesetz vom 25. Mai 1954, mit dem Nordrhein-Westfalen eine eigene Rundfunkanstalt, den WDR, erhielt. Vgl. dazu BAUSCH I S. 204–225.

von Ihnen werden eine solche Sache schon ausgefüllt haben. Dann richte ich einen Genehmigungsantrag an die Bundespost. Und dann erlaubt mir die Bundespost, ein solches Gerät aufzustellen. Sie kommt am Ende des Monats und zieht zwei Mark ein. Sie zieht fünf Mark ein, wenn ich die Genehmigung zum Fernsehen habe.

Mit anderen Worten: Es ist klar, daß die Erlaubnis zum Hören und Sehen eine Sache ist, die sich im Bundesrahmen abspielt. Es ist zweitens klar, daß auch die Anstalten selbst nicht unter sich ein Abkommen treffen, auf welcher Frequenz sie senden, sondern jede bekommt eine Lizenz durch den Bundespostminister. Wenn man von einer Frequenz auf die andere übergehen möchte, stellt man einen entsprechenden Antrag. Mit anderen Worten: Alles, was sich auf diesem Gebiet vollzieht, die Erlaubnis zum Betrieb für die Anstalten wie die Erlaubnis zum Sehen und Hören für den einzelnen Hörer, spielt sich im Rahmen der Bundesgewalt ab. Nun liegt es auf der Hand, [daß man] einen gewissen Ausgleich des Gebührenaufkommens nicht steuern kann, indem sich die Beteiligten darüber einigen. Das war bis vor einiger Zeit überhaupt nicht möglich. (*Widerspruch und Unruhe.*) Sie sollten mal mit Herrn Kaisen sprechen. Herr Kaisen war entzückt davon, daß man für Bremen zu einer Regelung komme, weil hier ein Versuch gemacht wurde, die Gebühren in eine Bundesregelung einzubeziehen – ich habe es auch gehört, das kann man nicht ernsthaft bestreiten –, um auf diese Weise einen dauernden Ausgleich zu sichern.

Wir sind davon überzeugt, daß wir im Grunde erst einen Ansatz haben zum Auslandsfunk. Das ist ein Gebiet, das sehr stark erweitert werden muß. Unsere Betätigung in der internationalen Welle muß stärker werden. Wir stoßen auf eine sehr starke Konkurrenz gerade der sowjetzonalen Bestrebungen. Das ist eine Arbeit, die zum Teil schon geleistet wird. Das zweite Gebiet, das wir bisher nur probeweise behandelt haben, betrifft den Deutschlandsender. Es gibt da große Schwierigkeiten mit der Wellen-Geschichte¹³³. Aber das ist jetzt nicht interessant. Kurz und gut, wir sind alle der Meinung, daß für den Deutschlandfunk und für den Europafunk eine erweiterte Möglichkeit geschaffen werden muß. (*Adenauer*: Ich würde nicht ins Detail gehen!) Hier sitzen aber die Kenner! (*Adenauer*: Die Kenner bekehren Sie doch nicht! – *Altmeier*: Wenn wir in die Einzelheiten gehen, müssen wir auch in der Debatte darauf eingehen. Das kann man doch jetzt nicht so machen! – *Unruhe.*)

Adenauer: Dann müssen wir eine Diskussion führen.

Schröder: Ich will es nur noch stichwortartig sagen. Das zweite Problem betrifft das zweite Fernsehprogramm. Das ist die heißeste Stelle der Auseinandersetzungen. Die Länder unterstützen den Anspruch der vorhandenen Anstalten, nicht nur das erste Fernsehprogramm, sondern auch das zweite Fernsehprogramm zu machen. Wir stehen auf dem Standpunkt – und das ist die einhellige Meinung der Bundestagsfraktion seit eineinhalb Jahren –, daß das zweite Fernsehprogramm nicht von den vorhandenen Einrichtungen getragen werden soll, sondern daß es ein unabhängiges Programm sein soll. Das ist der eigentliche Streitpunkt.

133 EBD. S. 338–413.

Die Länder stellen sich auf den Standpunkt: Der Bund hat auf diesem Gebiete keine gesetzgeberische Kompetenz, sondern nur eine rein technisch beschränkte Kompetenz. Sie stützen diese Auffassung darauf, daß sie davon ausgehen, daß die Länder generell für kulturelle Dinge ausschließlich zuständig seien.

Unsere Auffassung ist die, daß nach dem Grundgesetz die Kompetenz für Rundfunk und Fernsehen beim Bund liegt. Der Entwurf liegt vor und ist Ihnen bekannt. Er ist im Bundesrat nicht in den Ausschüssen behandelt worden. Ich weiß, daß am kommenden Freitag beim ersten Durchgang im Bundesrat eine Erklärung abgegeben werden soll.¹³⁴ Über den Inhalt dieser Erklärung habe ich noch nichts gehört. Wir müssen sehen, wie wir unsererseits dazu Stellung nehmen.

Ich habe über diese Sache – ganz abgesehen von den Unterhaltungen, an denen der Herr Bundeskanzler teilgenommen hat – eine Reihe von Einzelbesprechungen gehabt. Ich lasse die Namen der Beteiligten weg. Ich habe immer wieder folgendes gesagt. Die Linie, die der Gesetzentwurf einnimmt, ist eine Linie, die den Versuch macht, die Interessen unserer Freunde in den Ländern soweit wie möglich zu wahren, gleichgültig, ob z.B. Bremen einen eigenen Sender hat oder wie es nun ist, wir akzeptieren das als einen Status quo, der ja ohne unser Zutun geworden ist, aber wir akzeptieren ihn, und die weitere Regelung auf diesem Gebiet bleibt denen überlassen, die dieser Sache am nächsten sind; mit anderen Worten: eine Erhaltung des Status quo auf der Landesebene. Wir machen den Ländern das Angebot, sie an diesen Einrichtungen – die nach ihrem Wesen keine Landeseinrichtungen sein können – genauso stark zu beteiligen wie die Bundesregierung selbst, d.h., sie haben eine volle Bewegungsmöglichkeit auf diesem Gebiet, so wie sie es bisher gehabt haben.

Nun kommt oft der Einwand, daß man zwar ein Gesetz ablehne, gegen den Inhalt jedoch keine so großen Bedenken habe, sondern man glaube, diese Dinge würden besser vertraglich geregelt. Das ist der Punkt, der mit am meisten Schwierigkeiten macht und auch Ärger und Verstimmung hervorgerufen hat. Sie wissen, daß wir viele Jahre lang versucht haben, zu vertraglichen Lösungen zu kommen. Ich lasse jetzt die Schuldfrage beiseite. Ich glaube; aus dem Wesen der Sache heraus muß man folgendes sagen: Das ist ein Gegenstand, der mindestens so stark mit dem bundesstaatlichen Denken und mit dem Bund selbst verknüpft ist, daß eine befriedigende Regelung nur im Wege eines Bundesgesetzes erfolgen kann; denn jedes Bundesgesetz setzt das Zusammengehen von Bund und Ländern voraus. Es kommt kein Gesetz in das Bundesgesetzblatt, an dem nicht die Länder via Bundesrat beteiligt sind.

Jedes Gesetz, ohne Rücksicht darauf, ob es zustimmungspflichtig ist oder nicht, muß den Bundesrat passieren, der jedes Gesetz stoppen kann. Mit anderen Worten: Das dem Bundesstaat angemessene Verfahren, eine solche Sache zu erledigen, ist eben das Bundesgesetz, weil die Interessen der Beteiligten sehr verschieden sind.

¹³⁴ In der 211. Sitzung des Bundesrates am 13. November 1959. Vgl. dazu AdG 1959 S. 8054: Bundesrat lehnt einstimmig Rundfunkgesetzentwurf der Regierung ab. BAUSCH I S. 399–401.

Vom Bund brauche ich das nicht zu sagen. Aber es ist für ihn ein bißchen tragisch, immer wieder zu sehen, daß hier eine Reihe von hervorragenden Freunden unisono mit der SPD Erklärungen abgibt.

Wenn die Bundesregierung der Überzeugung ist, daß das, was sie tut – und sie ist doch von der CDU getragen –, am besten ist für das Gesamtinteresse, dann kann – so wird man sich sagen – die Unterstützung des gegnerischen Standpunktes der SPD und des DGB nur ein Indiz dafür sein, daß offensichtlich die andere Seite ein großes Interesse daran hat, das zu verhindern, was die Bundesregierung anstrebt. Das ist zunächst für jemand, der die Sache rein politisch sieht, die Schlußfolgerung. Deswegen tut es mir leid, daß es uns nicht gelungen ist, unsere Freunde davon zu überzeugen, daß das, was wir anbieten, nämlich das Belassen dessen, was sie haben, ein wirklich ausgewogenes und faires Angebot ist.

Ich will nicht den Versuch machen, die Stimmung im Lande zu analysieren. Ich habe nur die Hoffnung, daß der Bundesrat eine Art von Votum fassen wird, das nicht die Dinge fester schnürt, bei denen man sich verschwört, sondern die Möglichkeit offenläßt, im Laufe der kommenden Gesetzgebungsprozedur eine Linie zu finden, aus der heraus wir uns mit unseren Freunden verständigen können. Deswegen möchte ich an unsere Freunde herzlich appellieren, darauf hinzuwirken, daß am Freitag der Graben nicht weiter aufgerissen wird, sondern dafür zu sorgen, daß die Dinge allmählich in sanfter Weise eingeebnet werden können.

Adenauer: Wenn die Regelung nicht so erfolgt, wie wir es wünschen, können wir von unseren Erfolgsaussichten für die Wahl im Jahre 1961 25 % abschreiben. Weiter möchte ich nichts sagen. (*Dufhues:* Es ist bekannt, daß das Bundespresseamt der Bundesregierung mitgeteilt hat, es sei völlig ausgeschlossen, daß das zweite Fernsehprogramm die Bundestagswahl im Jahre 1961 beeinflussen wird!¹³⁵) Es ist bedauerlich, daß Herr von Eckardt Ihnen das mitgeteilt hat. Inzwischen hat Herr von Eckardt seine Ansicht nach eingehender Beratung berichtigt. (*Dufhues:* Ich bin der Überzeugung, bis dahin sind Sie auf der Bundesebene nicht soweit!) Es werden aber auch noch Wahlen 1965 kommen.

Dufhues: Darüber läßt sich reden. Darf ich auf einen Gesichtspunkt hinweisen! Die Kieler Beschlüsse der Ministerpräsidenten¹³⁶ sind von niemandem so zerrissen worden, und zwar einstimmig, wie vom Vorstand der SPD. Der Vorstand der SPD hat den der SPD angehörenden Ministerpräsidenten schwerwiegende Vorwürfe gemacht, daß sie die Parteilinie verlassen hätten. Das sollte uns veranlassen, eine Lösung zu finden, die durchaus dem Interesse des Bundes entspricht.

Adenauer: Ich ziehe den Schluß, daß die SPD nicht genug bekommen hat, daß sie aber ein großes parteipolitisches Interesse daran hat, wie die Gestaltung sein wird. Ich meine, daß die Herren von der SPD im Bundesrat, um unsere Stimmen zu bekommen, nachgegeben haben, und zwar in den Augen der SPD zuviel. Für uns ist es eine

135 Nicht ermittelt.

136 Ministerpräsidentenkonferenz in Kiel am 19./20. Juni 1959. BAUSCH 1 S. 394–396.

eminent politische und parteipolitische Angelegenheit. Ich möchte die Bitte des Herrn Kollegen Schröder sehr nachdrücklich unterstützen. Ich muß sagen, vielleicht sind wir in den vergangenen Jahren bei den ganzen Verhandlungen zu weich gewesen. Ich hoffe darauf, daß wir uns mit Ihnen verständigen können. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, wir wären aufs Ganze und nicht aufs Halbe gegangen. Dann würden wir heute viel eher zu einem fairen Kompromiß kommen.

Altmeier: Ich möchte nicht auf die ganze Materie eingehen. Das würde zu weit führen. Man kann bedauern, daß sich die Partei seit Jahr und Tag nicht mit der Materie beschäftigt hat, obwohl wir das immer wieder versucht haben. Wir sprechen heute in einem Parteigremium zum erstenmal über diese Frage, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem gegen unsere dringenden Vorstellungen die Vorlage eines Gesetzes erfolgt ist. Sie haben bei der letzten Sitzung erklärt, wir wollen uns weiter darüber unterhalten, und 40 Stunden später war das Gesetz da!

Adenauer: Lieber Herr Altmeier! Als wir hier auseinanderggegangen sind, damals im Sommer, war ich der Überzeugung, wir wären einig. Und was haben Sie getan? Sie sind nach Kiel gefahren und haben dort genau das Gegenteil beschlossen! (*Unruhe.*)

Altmeier: Was die Kieler Beschlüsse anbetrifft, so kann ich nur unterstreichen, was Herr Dufhues sagt. Erstens waren die Rundfunkanstalten mit uns sehr unzufrieden, und zweitens waren wir auf das höchste überrascht, daß die SPD-Leute in Kiel überhaupt zustimmten, weil die Zusammensetzung und die Zahl der Gremien usw. uns in jedem Fall die Chance verschafften, im Wege vertraglicher Regelungen überall die erste und stärkste Hand zu haben. Da wir gesagt haben Bund und Länder, konnte man sich genau ausrechnen, daß die Gremien, die geschaffen würden, dadurch in unserem Sinne verstärkt worden wären.

Es ist die Qual für uns seit Jahr und Tag, daß wir hier nicht weitergekommen sind. Wir sind oft in diesem Hause gewesen. Wir haben immer mit einer Unterhaltung gerechnet. Aber die Dinge sind nun im Raum, und jetzt wird an uns appelliert. Nach meiner Meinung, Herr Bundeskanzler, wird am Freitag der Bundesrat das Gesetz einstimmig ablehnen. (*Adenauer:* Mag der Bundesrat das tun!) Nach unserer Auffassung ist sehr viel versäumt worden. Ich möchte der Partei den Vorwurf machen, daß wir in dieser Richtung die Frage nicht aufgegriffen haben; denn bis zu diesem Augenblick steht nicht einmal fest, welche Haltung die CDU-Partei einnimmt. Die CDU-Meinung ist nicht unbedingt die, die Herr Schröder in sein Gesetz niedergeschrieben hat. Die Meinung kann auch die sein, die sich in allen Ländern kundtut. Ich wehre mich ganz entschieden dagegen, daß man sagt, wir hätten uns dem SPD-Standpunkt unterworfen. (*Adenauer:* Das habe ich nicht gesagt!) Wir gehen in den Ländern an diese Frage von den Länderinteressen aus, von den kulturellen Interessen und vom CDU-Standpunkt aus, und wenn die SPD zufällig den gleichen Standpunkt einnimmt – vielleicht aus ganz anderen Motiven –, dann dürfen Sie uns nicht unterstellen, wir würden uns dadurch der SPD-These unterwerfen.

Die Frage kann nur lauten: Was können wir tun? Hier bekommen wir eine echte Auseinandersetzung in der Partei, die wir alle nicht wünschen und die unter

Umständen in den Ländern anders geführt wird wie hier. Wenn der Bundesrat in diesem Fall von seiner allgemeinen Übung, ein Gesetz in den Ausschüssen zu beraten, einstimmig abgewichen ist, dann deshalb, weil er eben den Standpunkt vertritt, daß diese Materie durch vertragliche Verhandlungen und Verträge zwischen Bund und Ländern, aber nicht durch ein Bundesgesetz geregelt werden soll. Und weil er diese Auffassung hat, die Angelegenheit nicht durch ein Gesetz zu regeln, wollte er auch nicht in die Beratung eines Gesetzes eintreten. Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wir können das Ganze nur bedauern. Sie sagen, Herr Schröder, der Bremer Rundfunk ist zu klein. Trotzdem sind Sie der Überzeugung, daß der Status quo bestehen bleiben soll. Wenn Sie durch ein Bundesgesetz dekretieren können, es bei diesem Zustand zu belassen, dann könnte doch genauso gut eine anders geartete Bundesregierung oder Bundestagsmehrheit durch eine Novelle zu diesem Gesetz wieder das Gegenteil beschließen. Wir sind also der Meinung, daß die Frage, die hier zur Debatte steht, nicht durch ein Bundesgesetz zu regeln ist. Das ist der Streit: Vertrag oder Bundesgesetz.

Ich habe die Verträge, die wir in Kiel aufgestellt haben, seinerzeit als der Beauftragte an die Bundesregierung weitergeleitet, und zwar sollten sie die Grundlage sein für die Fortsetzung des Gesprächs. Ich habe das letzte Mal gesagt, können wir nicht die Frage „Gesetz oder Vertrag“ ausklammern und die Verträge, die die Länder ausgearbeitet haben, einmal zur Grundlage eines Gesprächs machen, um zu versuchen, uns zu einigen. Ich bin der Meinung, das wäre gelungen. Das wäre nach meiner Meinung und Überzeugung bis zuletzt der Weg gewesen, der uns am schnellsten zum Ziel geführt hätte, ohne daß wir diese Auseinandersetzung zu haben brauchten. Diese Auseinandersetzung tut uns am allerwehesten, daß nämlich in der Öffentlichkeit eine Differenz zwischen Bund und Ländern herausgestellt und gesagt wird, das sind unsere eigenen Freunde. Wir sagen umgekehrt: Die CDU-Ministerpräsidenten fühlen sich verlassen von der Bundesregierung, weil sie in dieser Frage nicht bereit war, mit uns zu gehen. Wir drehen es um. Die Frage aber lautet: Wie kommen wir weiter?

Adenauer: Sie sprechen vom Vertragswege, Herr Altmeier, d.h. mit elf Ländern! (*Altmeier:* Und dem Bund!) D.h. also, wenn ein Länderparlament nein sagt, ist die ganze Sache vorbei. Sie wissen, daß wir Länder haben, in denen die Sozialdemokratie absolut regiert und herrscht.

Dann zur Kulturhoheit! Ich habe bei diesen Bestimmungen im Parlamentarischen Rat mitgewirkt. Ich war dafür, was dort steht über Kulturhoheit. Das Wort steht übrigens nicht im Grundgesetz! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich möchte aber folgendes sagen: Kein Mensch hat damals an den Rundfunk oder an Fernsender überhaupt gedacht. Woran wir gedacht haben, war das Schulwesen und das Hochschulwesen. Daran haben wir gedacht! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Es widerspricht absolut dem Geist des Grundgesetzes, diese Bestimmungen für solche Sachen wie Rundfunk und Fernsehen heranzuziehen.

Ich wiederhole Ihnen, wenn man mich als sachverständigen Zeugen darüber

vernähme, was sich der Parlamentarische Rat gedacht, dann würde ich es absolut so bekunden. Nur weil wir damals noch nicht da waren – es gab noch keinen Bund –, ist es so gemacht worden mit den Ländern.

Verehrter Herr Altmeier! Nun muß ich eines klarstellen. Sie haben gesagt, wir hätten eine Besprechung abgelehnt. Dazu folgendes: Sie haben in Kiel durch einen Beschluß der Länder – und zwar laut Zeitungsmeldung – Ihren Standpunkt durch einen Rütli-Schwur bekräftigen wollen. Und was haben wir getan? Wir haben – das Kabinett hatte noch gar nicht Stellung genommen – eine Stellungnahme des Kabinetts herbeigeführt. Ich habe aber den Gesetzentwurf nicht dem Bundesrat zugeleitet, sondern ich habe Sie und Ihre Herren um eine Besprechung gebeten, und Sie haben abgelehnt, zu mir zu kommen. Und daraufhin habe ich allerdings den Gesetzentwurf dem Bundesrat zugeleitet, nachdem Sie abgelehnt hatten, als der Bundeskanzler mal um eine Besprechung mit Ihren Herren bat, überhaupt zu mir zu kommen!

Dufhues: Auf meine Veranlassung ist in Kiel u.a. beschlossen worden, daß im Rahmen der Neuordnung des Rundfunks und des Fernsehens auch der Bund berücksichtigt werden soll. Es soll eine Bundesorganisation geschaffen werden, die von den Ländern und von den Rundfunkanstalten getroffen wird. Meine Vorschläge sahen vor, daß sofort ein Studio in Bonn errichtet werden soll, von dem aus politische Sendungen und politische Kommentare ausgestrahlt werden. Ferner war ein Intendant für das Fernsehen vorgesehen. Damit hätten Sie ein Instrument gehabt, das Ihnen geholfen hätte.

Ihre Vorschläge sehen vor, daß das zweite Fernsehprogramm produziert werden soll in erster Linie durch private Produktionsgesellschaften. Wir haben unsere Erfahrungen in England und in den Vereinigten Staaten. Diese privaten Produktionsgesellschaften erfordern ein erhebliches Kapital. Nach meiner Unterrichtung gibt es in England acht Produktionsgesellschaften dieser Art, die je ein Kapital von 40 bis 50 Millionen haben. Das Kapital wird gezeichnet. Damit bringt man den entscheidenden Einfluß in der Frage des Fernsehprogramms an Kräfte, auf die wir auf die Dauer keinen Einfluß haben.

Sie haben bei der Parteienfinanzierung mit Recht vor der Abhängigkeit von privatem Kapital und anderen Kräften gewarnt. Hier möchte ich das gleiche tun. Hier gehen wir einen Weg, der außerordentlich bedenklich ist. Zum Nachteil der Rundfunkanstalten habe ich vorgeschlagen, daß das zweite Fernsehprogramm finanziert werden soll aus Fernsehteilnehmergebühren. Ich werde gesteigt werden von den Rundfunkanstalten, wenn ich das mit Klarheit sage. Ich habe diesen Weg für richtiger gehalten als den Weg, das Fernsehen privaten Produktionsgesellschaften anzuvertrauen. Das ist ein Weg, der aus politischen Gründen nicht gegangen werden darf. Dann haben Sie Axel Springer. Sie haben den DGB mit sehr starkem Kapital und andere Einrichtungen, die entscheidenden Einfluß auf das Fernsehen gewinnen.

Ich meine, daß das Fernsehen eine Einrichtung ist, die unter öffentlicher Kontrolle bleiben muß. Dazu gehören nicht gesetzliche Richtlinien, sondern eine Organisation des Fernsehens, die die öffentliche Kontrolle in allen Teilen sicherstellt nach dem

Schema, wie es bei den öffentlichen Rundfunkanstalten ist. Ich meine nicht die parlamentarische Kontrolle, sondern es ist viel richtiger, daß Sie die Kräfte der freien Gesellschaften, die vielfältigen Vereinigungen und Verbände entscheidend einschalten; (*Krone*: Das ist vorgesehen!) aber alles in Form einer Rundfunkanstalt.

Albers: Ich habe den Vortrag des Herrn Dr. Schröder schon zum zweiten Mal gehört. Ich habe vor 14 Tagen die Auffassung vertreten, als er im Vorstand der Rheinischen Partei sprach¹³⁷, daß seine Ansicht die richtige sei. Jetzt höre ich zum erstenmal von Herrn Dufhues diese Worte. Ich muß Ihnen offen sagen, daß mich die Argumente von Herrn Dufhues sehr stark beeindruckten. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken. Bisher hatten wir die parlamentarische Kontrolle. In Zukunft haben Sie neben der Bundesregierung, wenn ich richtig verstanden habe, auch die freien Organisationen. Das scheint mir einer Überlegung wert zu sein.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Uns liegt daran, zu einer Regelung zu kommen, die zu einem Ergebnis führt. Sie haben der Sorge Ausdruck gegeben, daß nicht jedes Land zustimmen wird. Aber wenn wir die Länder für eine vertragliche Regelung gewinnen könnten, hätten wir bereits eine Mehrheit. Das andere ist dann zwangsläufig. (*Adenauer*: Dann haben wir partikuläres Recht! – *Schröder*: Wir werden umgebracht von den anderen!)

Adenauer: Das sehe ich nicht ein. Dann können die sich umbringen lassen. Ich nehme meine Freunde, wo ich sie nehmen kann. Wir haben uns immer dagegen gewehrt, daß unsere Freunde mit SPD-Fraktionen zusammen eine Regierung bilden. Wenn unsere Freunde diese Front verlassen wollen, warum sollen wir sie nötigen? Aber Herr Altmeier kriegt schon Angst. Die wollen sie gar nicht verlassen! Herr Dufhues wird zu Ihnen kommen in den Arbeitskreis, und dann wird die Sache weiter behandelt.

Albers: Herr Dufhues hat einen Kompromißvorschlag gemacht. Ich möchte wünschen, daß nicht mehr eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen Nordrhein-Westfalen und Herrn Schröder stattfindet. Wir sollten nun zu einer Meinung kommen. Herr Schröder, auch Sie können nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen. (*Schröder*: Mit dem Kopf durch den Bundesrat!) Lieber Herr Schröder! Ich habe seit 1945 mit Ihnen zusammengearbeitet. Ich stelle diese Frage, die uns alle als Partei angeht. Ich habe nicht Stellung genommen zu dem Vorschlag der Ministerpräsidenten. Ich möchte nur nicht, daß es eine Sache wird, an der wir uns nachher selbst aufhängen.

Adenauer: Sie haben vollkommen recht. Mir ist die Sache nicht nur als Chef der Bundesregierung, sondern auch als Parteivorsitzender äußerst peinlich und äußerst

137 Vorstandssitzung des CDU-Landesvorstands Rheinland am 24. Oktober 1959. – Vgl. Schröder zum Entwurf des Rundfunkgesetzes vor der Bundespressekonferenz am 30. September 1959 in ACDP I-483-139/1 und BULLETIN vom 8. Oktober 1959 S. 1881f.

unangenehm. Die Angriffe des Herrn Ministerpräsidenten Meyers¹³⁸ vor kurzem sind direkt eine Schädigung der Partei. Die Leute sagen natürlich, was ist mit dieser Partei eigentlich los. (*Altmeier*: Nicht mit den Studenten, mit Herrn Schröder sprechen!) Ich glaube nicht, daß Herr Schröder in dieser Weise gesprochen hat wie der Herr Meyers. Es war um so peinlicher, Herr Altmeier, als gerade vorher unsere Mehrheit im Bundestag erklärt hatte – Herr Meyers und Herr Dufhues waren dabei –, daß wir ihnen helfen würden. Das ist ausdrücklich erklärt worden. Gehen Sie mal in die Bundestagsfraktion und sprechen Sie mit denen. Dann werden Sie auch andere Töne hören. Herr Altmeier! Sie haben mir damals abgesagt zu kommen; das habe ich nicht verstanden. (*Altmeier*: Um zu vermeiden, daß das Gesetz in die Öffentlichkeit kam, haben die CDU-Ministerpräsidenten Sie dringend um eine Unterredung gebeten. Aber das Gesetz wurde veröffentlicht!) Nein, das ist nicht richtig! (*Altmeier*: Es wurde nicht zugestellt. Aber wir haben es doch bekommen. Es ist nicht an den Bundesrat zugestellt worden, aber es wurde in der Öffentlichkeit bekannt!)

Genauso wie Ihre Kieler Beschlüsse. Vergessen Sie das bitte nicht! Sie haben sich durch den Beschluß in Kiel eine Grundlage gegeben. So mußten wir feststellen. Ich habe dann festzustellen versucht, wie das Kabinett über diese ganze Frage denkt. Und das habe ich dann mit Rücksicht auf Ihren Vorschlag, uns auszusprechen, nicht in Lauf gegeben, bis Ihre Absage kam. Und nun ist das Malheur passiert. Wenn es eine Möglichkeit gibt, diese Sache, die für uns alle schädlich und peinlich ist, aus der Welt zu schaffen, wollen wir das gemeinsam versuchen und Geschehenes geschehen sein lassen. Das hat alles keinen Zweck, daß man nachkartet, sondern man muß versuchen, einen anderen Weg zu finden, und zwar in unser aller Interesse. (*Albers*: Das ist die Meinung des Bundesvorstandes! Ich bitte, das festzustellen!) Nein, die Meinung des Bundesvorstandes kann ich zusammenfassen, wenn ich die Gesichter sehe. Der Bundesvorstand wünscht – ich wünsche das auch –, daß wir einen Weg finden, und zwar, wie soll ich sagen, (*Dufhues*: Neuordnung des Rundfunks!) in der Neuordnung des Rundfunks. Ich möchte den Bundesrat nicht erwähnen. Herr Krone ist auch der Auffassung, man soll es nicht näher formulieren. Unsere Meinung liegt vor, daß wir nämlich versuchen, einen Weg zu finden.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung.

Ich darf noch etwas sagen! Ich habe heute den Eindruck gehabt, daß Sie mehr Vorstandssitzungen als bisher wünschen. (*Zurufe*: Jawohl! – Sehr richtig! – *Unruhe*.) Meine Herren, vielleicht hören Sie mir mal zu! Ich habe den Eindruck gehabt, daß bei Ihnen der Wunsch besteht, öfters als bisher Vorstandssitzungen abzuhalten. (*Zustimmung und Zurufe*: Sehr gut! – Ist notwendig!) Ja, meine Damen und Herren,

138 FRANZ MEYERS: Bund und Länder in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Ein Vortrag, gehalten anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 1959/60 der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Duisburg, am 3. November 1959. Hg. vom Arbeitskreis für zeitgenössische Politik. Düsseldorf o.J. Vgl. auch „Die Welt“ vom 4. November 1959 und FAZ vom 5. November 1959.

in meiner Person liegt da kein Hindernis. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir uns vornehmen, im Durchschnitt jeden Monat mindestens eine Vorstandssitzung abzuhalten. (*Starker Beifall.*)

Die nächste Vorstandssitzung wird voraussichtlich sein am 24. oder 25. November. Sie kriegen sehr bald Nachricht. Vorher findet noch die kleinere Sitzung statt.

Nun haben einige Herren Landesvorsitzenden mit mir gesprochen. Sie haben es schmerzlich empfunden, daß es abgelehnt worden ist, sie zu der Besprechung heranzuziehen. Der Beschluß liegt vor. Die Zusammensetzung des Gremiums hat sich in der Zwischenzeit dadurch, daß eine Reihe von Herren weggegangen sind, geändert, und wir können nicht noch einmal abstimmen. Aber meine Herren Landesvorsitzenden, wenn Sie Bedenken haben gegen die Grundkonzeption des Antrages Dufhues oder Bedenken gegen einzelne Persönlichkeiten haben und glauben, bessere Vorschläge machen zu können, dann teilen Sie mir das bitte mit. Ich werde diese Briefe zur Kenntnis der Herren bringen. Es ist mir sogar lieb, wenn Sie – wenn es sich um personelle Dinge handelt – andere geeignetere Namen nennen können, daß das zuerst in einem kleineren Kreis besprochen wird, damit nicht in einem so großen Gremium über Personen gesprochen wird. (*Scheufelen: Man muß über den Antrag Dufhues und den Antrag von Hassel beraten!*) Ja, zuerst über das Prinzip und dann über die Personen. Damit darf ich wohl die Sitzung schließen.

11

Bonn, 25. November 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, von Brentano, Dufhues, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Lemmer, Lücke, Meyers, [Müllenbach], Röder, Scheufelen, Schröder, Stoltenberg, Wuermeling, Zimmer.

Beratung und Beschlußfassung über die Vorschläge des geschäftsführenden Vorstandes zur Aktivierung der Bundespartei. Neukonstituierung der Fachausschüsse. Verschiedenes: Wahl eines Bundesschatzmeisters für die Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1960; Flaggenfrage; Lebensmittelpreise.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es wäre gut, wenn wir bald begännen. Wir sind alle knapp in unserer Zeit. Sie werden sicher auch den Wunsch haben, das eine oder